



MONATLICHER PRESSESPIEGEL

JUNI 2021

Inhalt:

- Staat und Politik
- Wirtschaft
- Finanzen
- Transport und Logistik
- Wissenschaft, Bildung und Kultur
- Tourismus und Gastronomie
- Verschiedenes
- Zahlen und Fakten

Folgen Sie uns auf [Twitter](#) und [Facebook](#)

Botschaft von Luxemburg
Presseabteilung
Klingelhöferstraße 7
D-10785 Berlin

Tel. +49 30 263 957 0
Fax +49 30 263 957 27

berlin.amb@mae.etat.lu
berlin.mae.lu





GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

STAAT UND POLITIK



28.6.2021 • 17:24 Uhr

Treffen von deutschsprachigen Staatsoberhäuptern

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat sich mit anderen deutschsprachigen Staatsoberhäuptern getroffen, um mit ihnen über den Zusammenhalt der Gesellschaft in der Pandemie zu sprechen. Steinmeier begrüßte am Montag die Staatsoberhäupter von Belgien, Liechtenstein, Luxemburg, Österreich und der Schweiz in Potsdam zu informellen Gesprächen.

Zu dem Treffen im Bayerischen Haus im Potsdamer Wildpark kamen neben Steinmeier Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein und Erbprinzessin Sophie, König Philippe von Belgien und Königin Mathilde, Großherzog Henri von Luxemburg, der österreichische Bundespräsident Alexander Van der Bellen und Ehefrau Doris Schmidauer sowie der Schweizer Bundespräsident Guy Parmelin und Ehefrau Caroline. Erbprinz Alois nimmt seit 2004 die Aufgaben des Staatsoberhaupts von Liechtenstein wahr. Nach Angaben des Bundespräsidialamtes sollte es bei den Gesprächen auch um aktuelle politische Fragen in den jeweiligen Ländern und in Europa gehen.



Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier (mitte) steht während des Gruppenfotos vor dem Bayerischen Haus neben (l-r) Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein, amtsausführender Stellvertreter des Fürsten von Liechtenstein und Thronfolger, und dessen Gattin Erbprinzessin Sophie, seiner Königlichen Hohheit Henri, Großherzog von Luxemburg, dem Schweizer Bundespräsidenten Guy Parmelin und dessen Ehefrau Caroline Parmelin, dem österreichischen Bundespräsidenten Alexander Van der Bellen und dessen Ehefrau Königin Mathilde. Bild: dpa

Bundespräsident

Deutschsprachige Staatsoberhäupter sprechen über Pandemie

28. Juni 2021, 19:01 Uhr / Aktualisiert am 28. Juni 2021, 19:08 Uhr / Quelle: dpa /



Frank-Walter Steinmeier (r) begrüßt Alexander Van der Bellen und dessen Ehefrau Doris Schmidauer. © Soeren Stache/dpa-Zentralbild/dpa

Potsdam (dpa) - Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat sich mit anderen deutschsprachigen Staatsoberhäuptern getroffen, um mit ihnen über den Umgang mit der Corona-Pandemie zu sprechen. Steinmeier begrüßte am Montag die Staatsoberhäupter von Belgien, Liechtenstein, Luxemburg, Österreich und der Schweiz in Potsdam zu informellen Gesprächen.

Ein Thema waren die unterschiedlichen Erfahrungen mit der Corona-Krise. Dabei herrschte laut Teilnehmerkreisen Einigkeit, dass es richtig gewesen sei, europaweit gemeinsam zu handeln. Zugleich wurde betont, dass die Schweiz bei der Beschaffung von Impfstoffen schneller als die Europäische Union (EU) verhandelt habe. Steinmeier warb demzufolge dafür, die Entscheidungsprozesse in der EU zu beschleunigen. Generell sei eine aktive Aufarbeitung des Umgangs mit der Krise notwendig.

Zu dem Treffen im Bayrischen Haus im Potsdamer Wildpark kamen neben Steinmeier Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein und Erbprinzessin Sophie, König Philippe von Belgien und Königin Mathilde, Großherzog Henri von Luxemburg, der österreichische Bundespräsident Alexander Van der Bellen und Ehefrau Doris Schmidauer sowie der Schweizer Bundespräsident Guy Parmelin und Ehefrau Caroline. Erbprinz Alois nimmt seit 2004 die Aufgaben des Staatsoberhaupts von Liechtenstein wahr.

Nach Angaben des Bundespräsidialamtes sollte es bei den Gesprächen auch um aktuelle politische Fragen in den jeweiligen Ländern und in Europa gehen. Für den Abend war ein gemeinsames Essen geplant. Die Staatsoberhäupter der Länder, in denen Deutsch gesprochen wird, treffen sich jedes Jahr an wechselnden Orten. In diesem Jahr ist Deutschland an der Reihe. Im vergangenen Jahr fiel die Begegnung wegen der Corona-Pandemie aus.

Der Austausch geht am Dienstag mit dem Thema Nachhaltigkeit weiter: Dann wollen die Staatsoberhäupter das Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung auf dem Potsdamer Telegrafenberg besuchen und mit Direktor Ottmar Edenhofer sprechen.

© dpa-infocom, dpa:210627-99-163829/4



Sollte Benzin stärker besteuert werden?

Ja

Nein

[Bundespräsidialamt zum Treffen deutschsprachiger Staatsoberhäupter](https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Berichte/DE/Frank-Walter-Steinmeier/2021/06/210628-Treffen-Staatsoberhaeupter.html?nn=1892262)
[<https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Berichte/DE/Frank-Walter-Steinmeier/2021/06/210628-Treffen-Staatsoberhaeupter.html?nn=1892262>]

STARTSEITE › [<https://www.zeit.de/index>]

RKI streicht Luxemburg von der Liste

CORONA Großherzogtum wird nicht mehr als Risikogebiet geführt

Eric Hamus (mit dpa)

Luxemburg wird in Deutschland nicht mehr als Risikogebiet geführt. Das Robert-Koch-Institut reagiert damit auf die sinkenden Fallzahlen der letzten Wochen. In der Praxis bedeutet das, dass Luxemburger wieder ohne Einschränkungen nach Deutschland fahren können. Nur bei einer Anreise mit dem Flugzeug muss noch ein negatives Testergebnis vorgelegt werden.

Schluss mit der Anmeldepflicht, dem Testnachweis und den Sonderregelungen: Luxemburger dürfen wieder ohne Einschränkungen nach Deutschland einreisen. Das Großherzogtum gilt offiziell nicht mehr als Risikogebiet. Das deutsche Auswärtige Amt folgt damit den Empfehlungen des Robert-Koch-Instituts (RKI), das am Freitag Luxemburg und vier weitere europäische Staaten von der Liste gestrichen hat.

Seit dem 11. Juni liegt die Inzidenz in Luxemburg stabil unter 50. Das ist der Grenzwert, den das RKI für die Einstufung eines Risikogebietes festgelegt hat. „Maßgeblich für die quantitative Bewertung sind tatsächliche und stabile Trends des Infektionsgeschehens, nicht Momentaufnahmen. Daher wird für die Risikobewertung, abhängig von der jeweiligen Situation, in der Regel die Entwicklung des Inzidenzgeschehens über wenigstens eine Woche herangezogen“, hieß in einer Antwort des deutschen Außenministeriums auf eine diesbezügliche Anfrage von *volksfreund.de*.

Dabei stützten sich Bundesregierung und RKI auf Zahlen und Auswertungen des Europäischen Zentrums für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC). Dieses hatte Luxemburg auf seiner Covid-19-Risikokarte am Freitagmorgen wieder als grün eingestuft.

Damit gehört das Großherzogtum nun zu den europäischen

Ländern mit einer niedrigen Inzidenzrate, in denen keine besonderen Einschränkungen mehr gelten und die Freizügigkeit der Menschen nicht weiter eingeschränkt wird.

Eine Liste mit Folgen

Daneben wurden auch Dänemark, Lettland, Slowenien und die Niederlande mit Ausnahme der Überseegebiete Aruba und Sint Maarten vom RKI herabgestuft. In Kroatien wird die Region Varazdin nicht mehr als Risikogebiet eingestuft, in Schweden gelten nur noch die Provinzen Kronoberg, Norrbotten und Värmland als bedenklich.

Die berüchtigte Liste des deutschen Robert-Koch-Instituts ist seit Beginn der Pandemie ein Thema in Luxemburg. Mit Ausnahme einiger Wochen im Sommer letzten Jahres wurde das Großherzogtum fast ununterbrochen vom großen Nachbarland als gefährliches Corona-Risikogebiet eingestuft, was auf öffentlicher wie auf politischer Seite für Diskussionen sorgte. Zeitweilig waren die Grenzübergänge sogar abgeriegelt, was vor allem bei den betroffenen Grenzgängern für Unmut sorgte.

Bis auf einige Ausnahmen mussten Bürger vor ihrer Einreise aus Luxemburg im Netz eine digitale Anmeldung ausfüllen. Gleichzeitig mussten Betroffene innerhalb von 48 Stunden auf dem gleichen Portal ein negatives Testergebnis, einen Impfnachweis oder eine Genesungsbescheinigung hochladen. Andernfalls hätte man sich sofort nach Ankunft in Quarantäne begeben und zehn Tage lang absondern müssen.

Eine Ausnahmeregelung galt nur für Rheinland-Pfalz. So durften sich Rheinland-Pfälzer etwa drei Tage lang ohne weitere Vorgaben oder Folgen in Luxemburg aufhalten. Sie mussten sich weder anmelden noch einen Testnachweis erbringen. Gleiches galt auch für Einreisende aus Luxemburg,

die sich weniger als 24 Stunden in Rheinland-Pfalz aufhielten. Diese Einschränkungen und Sonderregelungen gehören nun – zumindest bis auf Weiteres – der Vergangenheit an. Eine Testpflicht besteht dann nur noch bei der Anreise mit dem Flugzeug.

Während Luxemburg von der Liste gestrichen wurde, gelten die Region Zadar in Kroatien sowie Fidschi und Ruanda als neue Risikogebiete. Portugal und Russland hingegen wurden als Virusvariantengebiete eingestuft, für die besonders strenge Regeln bei der Einreise nach Deutschland gelten. Diese Einstufung gilt ab Dienstag um Mitternacht. Die Einstufung Portugals gilt zunächst für zwei Wochen, eine Verlängerung ist aber möglich, wie das RKI nun mitteilte.

Strenge Vorgaben für Portugal und Russland

In Portugal und Russland waren die Corona-Infektionszahlen zuletzt wieder stark angestiegen. Die portugiesische Hauptstadt Lissabon wurde wegen einer starken Ausbreitung der hochansteckenden Delta-Variante des Coronavirus weitgehend abgeriegelt, in Russland sind die Metropolen Moskau und Sankt Petersburg besonders stark betroffen.

Als Virusvariantengebiete werden Länder oder Regionen eingestuft, in denen ansteckendere Varianten des Coronavirus verbreitet auftreten. Bei den anderen Risikogebieten unterscheidet das RKI zwischen einfachen Risikogebieten mit erhöhtem Infektionsrisiko und Hochinzidenzgebieten, in denen die Fallzahlen und das Infektionsrisiko besonders hoch sind. Für Einreisen aus allen Corona-Risikogebieten gelten rechtliche Vorgaben für Kontrollen, Test- und Quarantänepflichten. Bei Hochinzidenzgebieten und Virusvariantengebieten sind diese Vorgaben besonders streng.

ECDC kategorisiert Luxemburg als grün

COVID-19 „European Centre for Disease Control“ stellt niedrige Inzidenz fest

Cédric Feyereisen

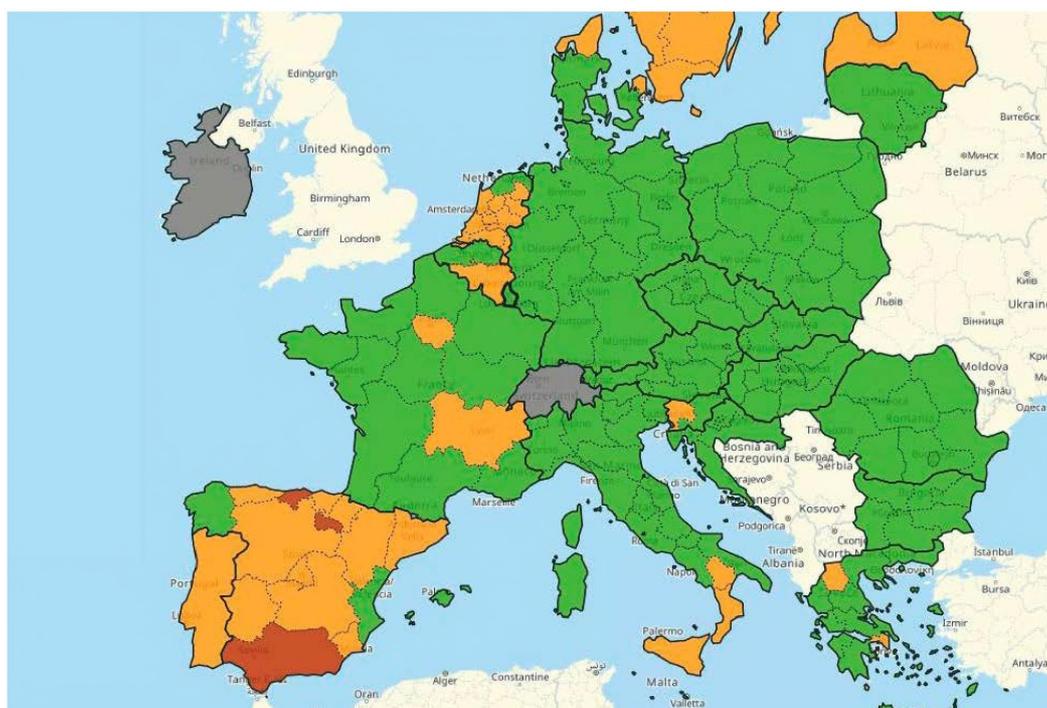
Das „European Centre for Disease Control“ (ECDC) stuft Luxemburg auf seiner Covid-19-Risikokarte wieder als grün ein – das Großherzogtum hat laut ECDC eine niedrige Inzidenz.

Wie die Luxemburger Regierung in ihrer jüngsten Retrospektive vermeldet, bleibt der Abwärtstrend bei den Covid-19-Fallzahlen ungebrochen. Das „Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten“ (ECDC) hat Luxemburg am gestrigen Freitag wieder als grün eingestuft. Heißt: Das Großherzogtum gehört nun zu den europäischen Ländern mit einer niedrigen Inzidenzrate.

In der Woche vom 14. bis 20. Juni ist die Inzidenzrate

laut „Santé“ von 30 auf 14 Fälle pro 100.000 Einwohner in einer Woche gesunken. Das „Verkehrslightsystem“ der ECDC basiert auf der 14-tägigen Meldequote pro 100.000 Personen. Ein Land wird als grün eingestuft, wenn weniger als 75 Fälle gemeldet werden und die Testpositivitätsrate weniger als 1 Prozent beträgt – oder wenn ein Gebiet weniger als 50 Fälle bei einer Positivitätsrate unter 4 Prozent feststellt.

Das Robert Koch-Institut (RKI) stuft Luxemburg momentan noch als einfaches Risikogebiet ein. „Vor nicht notwendigen, touristischen Reisen nach Luxemburg wird derzeit gewarnt“, schreibt das deutsche Auswärtige Amt auf seiner Internetseite. Das RKI basiert seine Einschätzung allerdings auf die Zahlen des ECDC – Deutschland könnte also bald seine Einstufung anpassen.



Es grünt in Europa – das ECDC stuft immer mehr europäische Länder und Gebiete als grün ein

Ein gemeinsamer Ansatz für Covid-19-Reisebestimmungen in der EU

Die EU-Länder haben sich auf einen gemeinsamen Ansatz für Reisebestimmungen geeinigt und einheitliche Kriterien für die Kartierung von Covid-19-Risikostufen festgelegt.

Grün:

- Keine besonderen Maßnahmen;
- Es sollte keine Beschränkungen für die Freizügigkeit von Personen geben.

Orange:

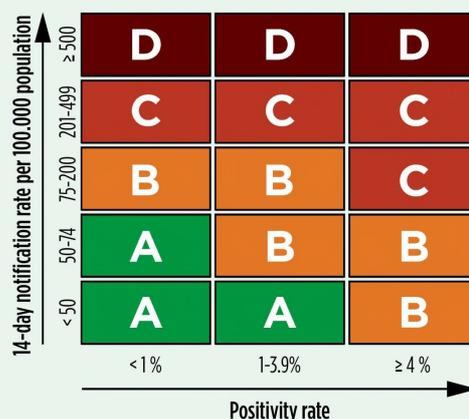
- Mögliche Maßnahmen: Test vor der Ankunft;
- Reisende ohne negatives Testergebnis könnten nach ihrer Ankunft zu einem Test verpflichtet werden.

Rot:

- Mögliche Maßnahmen: Test vor der Ankunft;
- Reisende ohne negatives Testergebnis könnten zur Quarantäne/Selbstisolation verpflichtet werden.

Dunkelrot:

- Von allen nicht unbedingt notwendigen Reisen sollte abgeraten werden;
- Mögliche Maßnahmen: Test vor der Ankunft und Quarantäne/Selbstisolation bei der Ankunft.



Screenshott: ECDC

Millionen aus Brüssel

Die EU-Kommission billigt den Luxemburger Corona-Aufbauplan, vermisst aber einige Reformen

Von **Diego Velazquez (Brüssel)**
und **Morgan Kuntzmann**

Die Stimmung ist gut – wie sollte es auch anders sein? EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen kam am Freitag höchstpersönlich nach Schloss Betzdorf, um grünes Licht für den luxemburgischen Aufbau- und Resilienzplan zu geben, der mit europäischen Geldern finanziert wird.

93 Millionen Euro erhält Luxemburg demnach in den kommenden sechs Jahren. Von der Leyen ist derzeit auf Europatour, um die ersten Bescheide für Hilfen aus dem 750 Milliarden Euro schweren Corona-Aufbauprogramm zu verteilen, der weitgehend durch gemeinsame EU-Schulden finanziert wird. Luxemburg gehört zu den ersten EU-Staaten, deren Aufbaupläne von der EU-Kommission gebilligt wurden.

Das 750-Milliarden-Paket funktioniert wie folgt: Im Sommer 2020 einigten sich die EU-Staaten auf ein gemeinsames Investmentprogramm, um die EU aus der pandemiebedingten Wirtschaftskrise zu holen. Um Geld zu erhalten, mussten die EU-Staaten Ausgabeprogramme entwerfen, die den politischen Prioritäten in Brüssel entsprechen.

Luxemburgs Fokus liegt dabei ganz klar auf die Klimawende: Fast 61 Prozent der Zuschüsse fließen in „grüne Projekte“, wie die energiesparende Bausanierung sowie den Ausbau der E-Mobil-Infrastruktur. „Damit übertreffen wir weit die Anforderungen von 37 Prozent aus Brüssel. Bei den digitalen Investitionen, wo die Mindestanforderung bei 20 Prozent lag, liegt Luxemburg bei 32 Prozent“, erklärte Premierminister Xavier Bettel (DP) am Freitag. Diese 32 Prozent der Gelder sollen zur Digitalisierung der öffentlichen

Verwaltung und privater Unternehmen genutzt werden.

Der Arbeitsbesuch der Kommissionspräsidentin von der Leyen fand bei SES statt – nach ihrer Aussage der „Weltmeister“ der Satellitenkommunikation – und einer der Nutznießer des Geldes aus Brüssel. „Die Pandemie hat uns gezeigt, wie wichtig digitale Technologien geworden sind“, so Bettel. Von den 93 Millionen Euro, die Luxemburg erhalten wird, soll ein Betrag von zehn Millionen Euro für das LuxQCI-Projekt („Luxembourg Quantum Communication Infrastructure“) verwendet werden. „Damit wird die Quantenkommunikationsinfrastruktur zu einer der wichtigsten digitalen Prioritäten der luxemburgischen Regierung“, fügte Bettel an. „So sieht die Zukunft aus“, urteilte Ursula von der Leyen, die den möglicherweise „umweltfreundlichsten Aufbauplan in Europa“ lobte: „Genau das braucht Europa!“

Leise Kritik aus Brüssel

Von der Leyens Enthusiasmus wird allerdings nicht absolut von ihren Diensten geteilt. In den gestern von der EU-Kommission veröffentlichten Analyse des Plans heißt es etwa, dass dieser sich nicht „ausreichend mit Merkmalen des Steuersystems befasst, die eine aggressive Steuerplanung erleichtern“. Dabei hatte die EU-Kommission darauf gepocht, dass dieses Problem bei der Erarbeitung des Aufbauplans in Angriff genommen wird. „Aggressive Steuerplanung und Geldwäschebekämpfung gehören aufgrund ihrer negativen Auswirkungen auf die EU-Wirtschaft zu den wichtigsten Prioritäten der Kommission. Dies wurde in den Leitlinien zur Erstellung der Aufbaupläne der Mitgliedstaaten deut-

lich gemacht“, hatte die Kommission im April betont.

Es fehlen konkrete Reformen

Die Brüsseler Behörde bedauert demnach, dass Luxemburg sich in diesem Aufbauplan vor allem dazu engagiert, in Zukunft konstruktiv zu handeln und lediglich verspricht, geltendes Recht umsetzen zu wollen. Allerdings fehlt der Kommission beispielsweise konkretes Handeln gegen in Luxemburg ansässige Gesellschaften, die Gewinne in Steueroasen durchzuschleusen, in denen es praktisch keine Körperschaftsteuer gibt. „Der Plan bietet daher keine Garantie dafür, dass Luxemburg einen angemessenen Rechtsrahmen schaffen wird, um eine ordnungsgemäße Besteuerung konzerninterner ausgehender Zahlungen sicherzustellen“, lautet die Analyse der Kommission. Dieses Problem wird seit längerem von der EU-Kommission in ihren länderspezifischen Berichten zur Wirtschaftslage in der EU angesprochen. Die Corona-Gelder sollten dazu dienen, Ländern Reformen schmackhafter zu machen. Doch richtig zufriedenstellend ist das Luxemburger Resultat diesbezüglich nicht.

Der Kommission fehlten Hebel

Für David Howarth, EU-Experte an der Universität Luxemburg, ist dieses Resultat allerdings nur wenig verwunderlich. „Luxemburg ist nie ein 'demandeur' vom Corona-Aufbauplan der EU gewesen“, erinnert sich der Experte. „Das Land hat den Plan jedoch unterstützt, um sich solidarisch gegenüber Staaten wie Italien oder Spanien zu zeigen, die das Geld nötig haben, weil sie am härtesten von der Krise getroffen wurden.“

Die Geldsumme, die Luxem-

burg bekommt, ist überschaubar und die Regierung braucht dieses Geld ohnehin nicht unbedingt. Deswegen hatte die Kommission – anders als bei Ländern wie Spanien, Portugal oder Italien – keine wirklichen Hebel in der Hand, um Luxemburg potenziell schmerzhaft Reformen aufzudrängen. Dass die luxemburgische Regierung die Forderungen Brüssels in Sachen Reformen des Steuersystems „ignoriert“, scheint für Howarth in diesem Zusammenhang normal und legitim: Da Luxemburg sich solidarisch mit anderen EU-Partnern gezeigt hat, hätte man erwarten dürfen, dass die Kommission den Aufbauplan nicht dafür benutzt, um Luxemburgs Steuerpolitik unter Druck zu setzen, meint der Akademiker.

Im Gegensatz zu anderen reichen EU-Staaten wie die Niederlande oder Österreich hat Luxemburg die EU-Corona-Hilfen von Anfang an unterstützt. Das weiß auch Xavier Bettel, der am Freitag die Haltung seiner Regierung lobte: „Ich bevorzuge es, Solidarität zu beweisen, anstatt für mehr Geld zu kämpfen.“

„Mit 93 Millionen Euro kriegt man Luxemburg nicht dazu, sich für mehr Steuergerechtigkeit einzusetzen“, bedauert indes Nathalie Oberweis, Abgeordnete von „Déi Lénk“. „Die luxemburgische Regierung war in einer sehr bequemen Position, um Bedingungen zu verwerfen. Bei den Staaten im Süden Europas muss dagegen aufpassen werden, dass der Aufbauplan der EU nicht dazu dient, neoliberale Reformen durchzudrücken.“

● So sieht
● die Zukunft aus.

Ursula von der Leyen

Regierungsarbeit gewinnt an Zustimmung

POLITMONITOR 85 Prozent der Bevölkerung bewerten die Corona-Maßnahmen seit April als gut

Mit den neuen Corona-Maßnahmen punktet die Regierung bei den Luxemburgern. Laut dem Politmonitor des Marktforschungsinstituts TNS Ilres bewerten 85 Prozent die seit April 2021 getroffenen Entscheidungen als gut. Im Herbst letzten Jahres lag die Zustimmung nur bei 63 Prozent.

85 Prozent der Luxemburger Einwohner stufen die Covid-19-Maßnahmen der luxemburgischen Regierung seit April als gut ein. Das ist das Resultat des Politmonitors, den RTL und das Luxemburger Wort in Auftrag gegeben hat und das Marktforschungsinstitut TNS Ilres am Dienstag veröffentlicht hat. Das Vorgehen am Anfang der Krise wird sogar noch positiver eingeschätzt. Neun von zehn Menschen bewerten die Arbeit der Regierung von Mitte März bis April 2020 als gut. Die Hälfte der Luxemburger Bevölkerung redet sogar von „sehr guten“ Maßnahmen. Die Einstufung der Regierungsarbeit von Mitte September bis November 2020 fällt allerdings weniger positiv aus: 63 Prozent der Befragten ant-

worteten mit „gut“ oder „sehr gut“.

10 Prozent der Befragten empfinden die aktuellen Schritte zur Bekämpfung des Coronavirus als nicht ausreichend – 19 Prozent wünschen sich hingegen Lockerungen der Maßnahmen. Zwei Drittel der Menschen zeigen sich zufrieden mit den Sicherheitsmaßnahmen. 55 Prozent der Luxemburger Wähler sind der Meinung, dass die Impfkampagne schnell genug vorangeht – vor allem die älteren Generationen stimmen dieser Aussage zu. Geimpfte, Genesene und Getestete sollen mehr Freiheiten bekommen. Das sagen 62 Prozent der Befragten. Auch hier sind es klar die älteren Menschen, die diese Meinung vertreten. Sorgenkind bezahlbarer Wohnraum

Sorgenkind bezahlbarer Wohnraum

Die Pandemie zeigt laut den Ergebnissen der Umfrage auch ihre Spuren bei der emotionalen Gesundheit der Luxemburger Wähler: 60 Prozent fühlen sich durch die Situation belastet. Vor

allem die jüngeren Generationen empfinden die Krise als mental herausfordernd – 73 Prozent der 18- bis 24-Jährigen. Bei den Menschen über 65 Jahren sagen 51 Prozent, dass Corona sie kaum bis gar nicht belastet.

Zugang zu bezahlbarem Wohnraum ist die größte Sorge der Luxemburger. 81 Prozent der Menschen, die das Meinungsforschungsinstitut TNS Ilres befragt hat, gaben die Wohnungsproblematik im Land als das Thema an, das ihnen die meisten Sorgen bereitet.

Auch das zweitwichtigste Themen, über das sich die Luxemburger Gedanken machen, ist eher pragmatisch: die Verkehrslage im Land. 62 Prozent bereitet ein immer größer werdendes Verkehrsaufkommen Sorgen. Auf Platz drei kommen die Zukunftschancen der Kinder mit 59 Prozent, die Folgen des Klimawandels rangieren mit 49 Prozent nur auf Platz vier. Die Preissteigerung kommt mit 40 Prozent auf Platz fünf der Sorgen-Hitliste.

Für die Umfrage wurden zwischen dem 31. Mai und dem 9. Juni insgesamt 1.127 Wahlberechtigte per Telefon und online befragt.

EU-Ermittler mit beispiellosen Befugnissen

LUXEMBURG Die Europäische Staatsanwaltschaft nimmt heute offiziell die Arbeit auf

Nach Jahren der Vorbereitung und monatelanger Verzögerung startet am heutigen Dienstag die Europäische Staatsanwaltschaft. Die Luxemburger Behörde unter Leitung der rumänischen Korruptionsbekämpferin Laura Codruta Kövesi soll gegen Delikte zulasten des EU-Haushaltes vorgehen. Die Ermittler sind dabei mit beispiellosen Befugnissen ausgestattet und können schneller agieren als ihre nationalen Kollegen. Ein Überblick.

Um welche Straftaten geht es? Die Behörde soll Delikte wie Korruption, Bestechung, Geldwäsche oder Veruntreuung im Zusammenhang mit EU-Geldern verfolgen. Dies kann auch gefälschte oder überhöhte Rechnungen umfassen, um sich EU-Fördermittel zu erschleichen. Die Schwelle liegt hier bei mindestens 10.000 Euro. Zudem sollen die Ermittler bei grenzüberschreitendem Mehrwertsteuerbetrug tätig werden, sofern es um Beträge über zehn Millionen Euro geht.

Geht es um Einzelfälle? Nein. Die Staatsanwaltschaft rechnet damit, dass sie jedes Jahr 3.000 bis 4.000 Fällen nachgehen wird. Allein bei grenzüberschreitendem Mehrwertsteuerbetrug schätzt die EU den Schaden auf 30 bis 60 Milliarden Euro pro Jahr. Bei den anderen Delikten betragen die Schätzungen rund 500 Millionen Euro jährlich.

Nehmen alle EU-Staaten teil? Nein. Nur 22 der 27 EU-Länder sind bei der Europäischen Staatsanwaltschaft dabei. Ungarn,

Polen, Irland, Schweden und Dänemark wollten sich nicht anschließen.

Wie arbeiten die Staatsanwälte? Die eigentliche Ermittlungsarbeit machen sogenannte delegierte Staatsanwälte in den Mitgliedstaaten. Sie können die Beschlagnahme von Vermögenswerten veranlassen, Haftbefehle beantragen oder Anklage erheben.

Warum können die EU-Ermittler wirksamer agieren? Sobald es um grenzüberschreitende Straftaten geht, werden Ermittlungen für nationale Behörden schwierig. Um Informationen aus anderen Ländern zu bekommen, müssen sie Rechtshilfeersuchen stellen, die teils erst nach Wochen oder gar nicht beantwortet werden. Die Rechtshilfeanfragen fallen bei der Europäischen Staatsanwaltschaft weg. Deren Juristen können einfach einen Anruf tätigen oder per E-Mail an die Kollegen in den Mitgliedstaaten herantreten.

Warum ist der Start auch wegen des Corona-Hilfsfonds wichtig? Durch den 750 Milliarden Euro schweren Corona-Wiederaufbaufonds werden sich die Zahlungen aus dem EU-Haushalt in den kommenden Jahren quasi verdoppeln – womit die Gefahr von Betrugsdelikten deutlich steigt. Die Behörde werde deshalb „mit Argusaugen“ auch die Corona-Mittel im Blick haben, sagt EU-Justizkommissar Didier Reynders. Sie werde „sicherstellen, dass die Gelder in vollem Umfang für die wirtschaftliche Erholung in der Krise verwendet werden“.

Probleme mit Slowenien

Wo hakt es noch? Nur zwei Drittel der Länder haben alle ihre delegierten Staatsanwälte bestellt. Derzeit gibt es 88, geplant sind 140. Bei Finnland und Slowenien ist noch kein einziger Ermittler ernannt.

Warum bereitet vor allem Slowenien Ärger? Das Land übernimmt zum 1. Juli den Vorsitz im Rat der EU-Mitgliedstaaten und sollte eigentlich Vorbild sein. Doch am vergangenen Donnerstag trat Justizministerin Lilijana Kozlovic zurück, weil die Regierung des rechtskonservativen Ministerpräsidenten Janez Jansa die Ernennung der beiden delegierten Staatsanwälte verweigerte. Die Behördenleiterin der Europäischen Staatsanwaltschaft Kövesi warf Ljubljana daraufhin mangelnden Kooperationswillen vor, der die „Kontrollsysteme für EU-Mittel in Slowenien ernsthaft untergräbt“.

Sind die Ermittler wirklich unabhängig? Die Staatsanwälte führten ihre Verfahren „in völliger Unabhängigkeit“ von Mitgliedstaaten und EU-Institutionen, sagt der deutsche stellvertretende Generalstaatsanwalt André Ritter. Er verweist auf Sicherheitsvorkehrungen in der Behörde. So entschieden 15 Kammern mit jeweils drei Vertretern aus anderen Mitgliedstaaten darüber, ob Verfahren in einem Land abgeschlossen würden. Ritter ist sich sicher: Bei jeglichen Einflussversuchen werde die Behörde „sehr selbstbewusst dagegenhalten“.

(AFP, Red.)

Korruptionsbekämpfer nehmen Arbeit auf

LUXEMBURG EU-Staatsanwaltschaft soll EU-Haushalt schützen

LUXEMBURG Nach jahrelanger Vorbereitung nimmt am heutigen Dienstag die Europäische Staatsanwaltschaft ihre Arbeit auf. Die Luxemburger Behörde soll gegen Straftaten zulasten des EU-Haushalts vorgehen. Dabei geht es um Delikte wie Korruption, Subventionsbetrug oder die Veruntreuung von EU-Geldern. Hinzu kommt der Kampf gegen grenzüberschreitenden Mehrwertsteuerbetrug. Die Behörde kann dabei auf nationaler Ebene selbst Ermittlungen führen, Haftbefehle

beantragen und Anklage erheben. Die Behörde geht davon aus, dass sie jährlich mit 4.000 bis 5.000 Fällen befasst sein wird.

Geleitet wird die Europäische Staatsanwaltschaft von der früheren rumänischen Korruptionsbekämpferin Laura Codruta Kövesi. An der Europäischen Staatsanwaltschaft beteiligen sich bislang nur 22 der 27 EU-Mitgliedstaaten. Nicht dabei sind Dänemark, Irland, Polen, Schweden und Ungarn.

Benelux macht Druck auf Orbán

Belgien, Luxemburg und die Niederlande kritisieren die ungarische Regierung im EU-Rat – elf Staaten schließen sich an

Dass Jean Asselborn Viktor Orbán öffentlich kritisiert, ist kaum neu. Dass es allerdings eine zwischen einigen EU-Staaten koordinierte diplomatische Attacke gegen den Autokraten in Budapest gibt, dagegen schon. Denn bislang überließ man in Brüssel die institutionalisierte Kritik gegenüber dem autoritären Gebaren der rechtsnationalistischen Regierung in Ungarn gern dem EU-Parlament und der EU-Kommission. Im EU-Rat, in dem die Regierungen aus den EU-Mitgliedstaaten vertreten sind, hielt man sich gern bedeckt. Regierungen neigen in Brüssel dazu, sich gegenseitig in Schutz zu nehmen. Doch bei einem EU-Treffen am Dienstag in Luxemburg wurde mit dieser Doktrin gebrochen: Die Außenminister aus den Benelux-Staaten haben eine gemeinsame Erklärung gegen ein neues ungarisches Gesetz zur Ein-

schränkung von LGBTIQ-Inhalten veröffentlicht. Das Gesetz gilt als besonderes Anliegen von Ministerpräsident Viktor Orbán, dem Kritiker das Schüren von Vorurteilen vorwerfen.

Klare Stellungnahme

Das sehen auch die Benelux-Außenminister so. „Wir bringen unsere tiefe Besorgnis über die Annahme von Änderungsanträgen durch das ungarische Parlament zum Ausdruck, die LGBTIQ-Personen diskriminieren und das Recht auf freie Meinungsäußerung unter dem Vorwand des Schutzes von Kindern verletzen“, lautet es in der gemeinsamen Stellungnahme. Die verabschiedeten Gesetze stellen „eine eklatante Form der Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung, der Geschlechtsidentität und der Meinungsäußerung dar“. Und weiter: „Wir fordern die Europäische

Kommission als Hüterin der Verträge dringend auf, alle ihr zur Verfügung stehenden Instrumente zu nutzen, um die uneingeschränkte Achtung des EU-Rechts zu gewährleisten, einschließlich der Anrufung des EuGH. Wir stehen für den Schutz der Rechte aller EU-Bürger ein.“

Für Luxemburgs Außenminister Jean Asselborn sind die Gesetze außerdem „uneuropäisch“ und hätten nichts im 21. Jahrhundert zu suchen. „Es ist beschämend“, so Asselborn. Elf weitere EU-Staaten schlossen sich der Stellungnahme angeschlossen – darunter auch Deutschland und Frankreich. „Ich bin sehr froh darüber, dass bei einem Treffen auf EU-Ebene so ein starkes Zeichen gegen Orbán und für die Rechte von LGTBIQ-Personen gesetzt wird“, kommentierte der grüne EU-Parlamentarier Rasmus Andresen.

Dass die Benelux-Staaten derart

resolut in die Offensive gehen, hat nicht zuletzt mit den jüngsten politischen Verschiebungen in Den Haag und Brüssel zu tun: In Brüssel sind die Grünen und die Sozialdemokraten wieder in der Koalition, in Den Haag wurde die linksliberale Partei D66 gestärkt.

Ungarische Opposition erfreut

Die Aktion der Benelux-Staaten wird dabei auch in Ungarn von Oppositionellen positiv wahrgenommen. „Das Gesetz ist ein klarer Schritt zur Putinisierung Ungarns – und das erste Anti-LGBTIQ-Gesetz in der Europäischen Union“, sagt etwa Katalin Cseh, eine liberale EU-Abgeordnete aus Ungarn. „Öffentliche Solidaritätsbekundungen und Handlungsaufforderungen – wie die der Benelux-Staaten – sind willkommen.“ *dv*

Luxemburg plant digitalen Impfpass

Nachbarland lockert deutlich. Mehr Freiheit für Geimpfte - auch aus Deutschland.

VON BERND WIENTJES

LUXEMBURG Der luxemburgische Premierminister Xavier Bettel schien bestens gelaunt, als er am Mittwochnachmittag vor die Presse trat. Die Corona-Lage in Luxemburg habe sich deutlich entspannt, sagte er. Gleichzeitig mahnte er weiter zur Vorsicht. Die Pandemie sei noch nicht vorbei. Trotzdem kündigte er ab nächster Woche deutliche Lockerungen an. Unter anderem wird ab 13. Juni die nächtliche Ausgangssperre aufgehoben, und die Gastronomie muss nicht mehr um 22 Uhr schließen. Statt derzeit vier dürfen sich zehn Personen treffen.

In der vergangenen Woche wurden 354 Neuinfektionen im Nachbarland registriert, 140 weniger als noch in der Woche vor Pfingsten. Allerdings wurden vergangene Woche mit 45 000 fast 30 000 Personen weniger getestet als noch Mitte Mai. Die Sieben-Tage-Inzidenz sank weiter. Sie liegt jetzt bei rund 55, in der Woche davor betrug der Wert noch 77. Am Mittwoch wurden im Nachbarland mit 44 positiven Fällen so wenige an einem Tag gemeldet wie zuletzt vor neun Monaten.

Die Entspannung der Lage zeige, dass die Impfungen wirkten, sagte Luxemburgs Gesundheitsministerin

Paulette Lenert. Daher könne man mit weiteren Lockerungen nun einen „großen Schritt Richtung Normalität“ wagen, wobei auch sie betonte, dass man sich auch weiterhin mitten in der Pandemie befinde.

Ab Sonntag kommender Woche dürfen sich dann wieder zehn Personen privat treffen. Derzeit ist das nur für bis zu vier Personen erlaubt. Zehn Personen dürfen sich von da an auch in der Außengastronomie an einen Tisch setzen. Seit der Wiedereröffnung der Terrassen von Restaurants und Cafés brauchen Gäste dort keinen Test. Anders sieht es in den Innenbereichen der Gastronomie aus. Derzeit müssen Gäste einen negativen Corona-Test vorweisen oder vor Ort machen. Ab 13. Juni wird es allerdings Ausnahmen dieser Regelung geben. Wenn sich nicht mehr als vier Personen an den Tisch eines Restaurants setzen, dann müssen diese keinen Test vorweisen. Es dürfen aber auch bis zu zehn Personen gemeinsam essen gehen. Dann ist aber ein sogenannter Covid-Check notwendig. Dieser beinhaltet entweder einen negativen Corona-Test (die Ergebnisse der Schnelltests gelten von da an in Luxemburg 48 statt derzeit 24 Stunden), den Nachweis der voll-

ständigen Impfung oder, dass man maximal vor sechs Monaten infiziert war. Der Nachweis eines Tests, einer Impfung oder einer überstandenen Infektion soll digital über einen QR-Code auf dem Smartphone erfolgen. Luxemburg greift damit der Einführung eines europaweiten digitalen Impfpasses vor. In Deutschland gibt es derzeit noch nicht die Möglichkeit, Impfung oder den Nachweis einer Corona-Genesung digital abzuspeichern. Bedeutet das nun, dass Deutsche, die bereits geimpft sind, sich trotzdem weiter testen lassen müssen, wenn sie in Luxemburg ins Restaurant gehen? „Nein“, heißt es dazu aus dem luxemburgischen Gesundheitsministerium. Das digitale, europäische Covid-Zertifikat soll ab 1. Juli eingeführt werden, „mit einer Übergangsphase von sechs Wochen“, so eine Ministeriumssprecherin auf Anfrage unserer Redaktion. Ziel des Zertifikats sei es, „den freien Verkehr der Bürger in aller Sicherheit innerhalb der EU zu erleichtern“. Auch Deutschland werde einen solchen digitalen Impfpass einführen mit der gleichen Übergangszeit. Daher werde in Luxemburg bis zum Ende dieser Einführungsphase, am 15. August, der analoge Impfpass anerkannt.

Impfplan auf Zielgerade – obwohl kaum die Hälfte der Luxemburger geimpft wurde

CORONA Bald kommen auch Grenzgänger dran

Frank Goebel

Das Gesundheitsministerium fasst offenbar die bisher nicht verfolgte pauschale Impfung von ausländischen Grenzpendlern ins Auge – schließlich befindet man sich in der letzten Phase der nationalen Impfkampagne. Dabei hat das Land aber eine auffällig niedrige Impfquote.

Grenzpendler aus dem Ausland könnten bald auch in Luxemburg eine Einladung zur Impfung erhalten, sobald die Phase 6 der Impfkampagne absolviert ist – damit wäre nämlich die Immunisierung der einheimischen Bevölkerung abgeschlossen. Entsprechende Medienberichte hat das Gesundheitsministerium gegenüber dem *Tageblatt* bestätigt.

Der Schritt würde eine deutliche Kehrwende darstellen: Grenzpendler aus dem Ausland pauschal in die hiesige Impfstrategie einzubinden, hatte Luxemburg bislang abgelehnt. Lediglich Grenzpendler, die in Luxemburg in sensiblen Be-

reichen wie der Pflege arbeiteten, wurden frühzeitig priorisiert. Begründet wurde das grundsätzlich damit, dass jedes Land prinzipiell seine eigenen Bürger versorgt: Schließlich erfolgte nach der gemeinsamen Bestellung auf europäischer Ebene die Zuteilung der Impfstoff-Lieferungen nach einem Schlüssel, der auf der Einwohnerzahl jedes EU-Mitglieds basiert. Und für Luxemburg wäre die Mitversorgung der Grenzgänger auch keine Petitesse: Schließlich pendeln rund 200.000 Menschen zum Arbeiten aus den umliegenden Ländern ins Großherzogtum.

Ebenfalls wäre es wohl wahrscheinlich gewesen, dass manche von ihnen bereits zwei „Impfangebote“ erhalten hätten, während einheimische Luxemburger noch auf das erste gewartet hätten. Das sollte sich aber bald ändern – schließlich befindet sich das Land in der abschließenden Phase der Impfkampagne, die alle Einwohner von 16 bis 54 Jahren umfasst (die in umgekehrter Reihenfolge priorisiert werden).

Dafür, dass der Abschluss der nationalen Impfkampagne offenbar mittelfristig absehbar wird, ist die Impfquote in Luxemburg vergleichsweise niedrig – und sogar die niedrigere im Vergleich mit allen direkten Nachbarn: Sie liegt in Luxemburg bei 52,9 Prozent. Deutschland kommt auf 57,9 Prozent, Frankreich auf 54,4 Prozent und Belgien auf 61,5 Prozent. Spitzenreiter in Europa ist übrigens Malta mit 69,6 Prozent.

Dass (andere) zu impfen kein rein selbstloser Akt ist, sondern auch ein durchaus eigenütziger, trifft auf jede Impfung zu – naturgemäß. Frühzeitiger geimpfte Grenzpendler würden ein zurückhaltendes Impfinteresse der Einheimischen jedenfalls ausgleichen und das Großherzogtum näher an die Quoten bringen, die wohl für die Herdenimmunität nötig sind. Zumindest während der Arbeitszeit – und wenn sie die nicht im Home-Office verbringen.

Nun die Jugend, bitte!

COVID-19 Luxembourg will ab dieser Woche auch Minderjährige zur Impfung einladen

Luxembourg will noch in dieser Woche die ersten Jugendlichen zur Corona-Impfung bitten. In einer ersten Phase sollen rund 25.000 Einladungen verschickt werden, angefangen mit jungen Menschen unter 18 Jahren, die eine schwere Vorerkrankung haben. Das hat Premierminister Xavier Bettel am Samstag in der RTL-Sendung „Background“ verraten. Inzwischen wurde aber auch bekannt, dass der Staatsminister nur einen Tag später positiv auf Corona getestet wurde.

Impfangebot für Minderjährige

Ab der kommenden Woche will Luxembourg die Impfkampagne gegen das Corona-Virus für Menschen unter 18 Jahren öffnen. Das erklärte Premierminister Xavier Bettel (DP) am Samstag in der RTL-Sendung „Background“. Auch in dieser Altersgruppe sollen zu-

nächst die Vulnerablen berücksichtigt werden. Bisher seien knapp 513 000 Impfdosen verabreicht worden, so der Premier weiter. Wenn es hätten mehr sein können, liege das an der Verfügbarkeit der Impfstofflieferungen – das doppelte wäre möglich gewesen. Bettel kündigte ebenfalls an, dass die Impfzentren nach und nach außer Betrieb gehen sollen; die

Impfungen sollten sich dann planmäßig in die Hausarztpraxen verlagern. In Sachen Kreuzimpfungen, also der Mischung von zwei verschiedenen Impfstoffen für die erste und zweite Impfung, warte man weiter auf grünes Licht von der europäischen Arzneimittelagentur EMA. Diese werde aber wohl nicht mehr allzu lange auf sich warten lassen. tom



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

WIRTSCHAFT

AAA-Bewertung erneut bestätigt

WIRTSCHAFT Ausblick
laut Ratingagentur
Moody's „stabil“

In Sachen Kreditwürdigkeit bleibt Luxemburg laut der Ratingagentur Moody's weiterhin ein Musterschüler. Am Samstag wurde Luxemburg erneut mit der höchsten Bonitätsnote, einem „AAA“, bewertet. Der Ausblick für die Wirtschaft bleibt laut Moody's erneut „stabil“. Das teilte das das

Finanzministerium am Samstag mit.

Luxemburg kann sich, wieder einmal, über eine Bestnote von der Ratingagentur Moody's freuen. Das „AAA“ bleibt erhalten und die wirtschaftliche Perspektive bleibt stabil. Die luxemburgische Wirtschaft habe sich auch während der Corona-Pandemie als widerstandsfähig bewiesen. Die öffentlichen Finanzen seien stabil und der institutionelle Rahmen robust und transparent, begründet die Agentur ihre Wertung.

Das Wachstumspotenzial sei weiter hoch und es gebe eine gute wirtschaftliche Flexibilität

im Land. Luxemburg sei auch finanziell gut aufgestellt und habe im europäischen Vergleich die wenigsten neuen Schulden gemacht.

Die proaktive Politik in Luxemburg würde es dem Land erlauben, die Herausforderungen durch die neuen weltweiten und europäischen Finanzregeln zu meistern, so die Agentur weiter.

Finanzminister Pierre Gramegna zeigt sich mit der Wertung der Ratingagentur zufrieden. Die Einschätzung von Moody's würde bestätigen, dass man die richtigen politischen Entscheidungen getroffen habe.

(Red.)

Luxemburg bereits auf Vorkrisenniveau

OECD hebt Wirtschaftsprognose leicht an – noch sei die Pandemie aber nicht beendet

Von Marco Meng

Die Aussichten für die Weltwirtschaft haben sich aufgehellt. So die neue Konjunkturprognose der Industrieländervereinigung OECD, die gestern zum Auftakt eines zweitägigen Ministertreffens in Paris vorgelegt wurde.

Die Aussicht für die großen Volkswirtschaften wird für 2021 mit einem globalen Wirtschaftswachstum von 5,8 Prozent (gegenüber 4,2 Prozent in der Dezemberprognose) angegeben. Für 2022 geht die OECD von einem Wachstum von 4,4 Prozent aus (gegenüber 3,7 Prozent in der Dezemberprognose). Die allgemeine Wirtschaftstätigkeit, so die OECD-Ökonomen, habe inzwischen Vorkrisenniveau erreicht. Das reale globale Einkommen werde Ende 2022 aber immer noch etwa drei Billionen US-Dollar unter dem Wert liegen, den es ohne die Krise erreicht hätte.

Aufschwung in Luxemburg

Für das Großherzogtum erwartet die OECD nach einem relativ leichten Rückgang im Jahr 2020 ein Wachstum von voraussichtlich 4,8 Prozent in diesem Jahr und 2,8 Prozent im nächsten. Die Arbeitslosenquote wird voraussichtlich im dritten Quartal 2021 mit rund 6,6 Prozent ihren Höchststand erreichen, da die Kurzarbeiterregelung ausläuft, und bis Ende 2022 auf 6,1 Prozent sinken.

Die laufende Impfkampagne sol-

le so schnell wie möglich fortgesetzt werden, da die Engpässe beim Impfstoffangebot nachlassen. Eine Verlängerung der gezielten Unterstützungsmaßnahmen für Unternehmen über das Jahr 2021 hinaus sollte darüber hinaus in Betracht gezogen werden, um Unternehmen und Arbeitnehmern in Branchen wie Verkehr und Tourismus bei einer möglichen längerfristigen Nachfrageschwäche zu helfen. Die Inlandsnachfrage wird sich den Prognosen zufolge in Luxemburg in den Jahren 2021 und 2022 allmählich verstärken. Der private Konsum wird durch eine allmähliche Verbesserung am Arbeitsmarkt und durch die allmähliche Normalisierung des Sparens nach dem Anstieg der Sparquote im Zuge der Krise gestützt werden.

„Die Arbeitslosenquote begann in der zweiten Jahreshälfte 2020 zu sinken, dürfte aber im dritten Quartal 2021 aufgrund der geplanten Beendigung der Kurzarbeiterregelung wieder ansteigen, wenn auch nur vorübergehend“, so die OECD. Zu den Abwärtsrisiken für die Projektion gehören schlechter als erwartete epidemiologische Entwicklungen, die das vollständige Auslaufen der derzeit geltenden Eindämmungsmaßnahmen verzögern könnten. Eine langsamer als erwartete Erholung des Arbeitsmarktes könnte den Aufschwung des privaten Konsums schwächen. Auf der anderen Seite

könnte ein früherer Abschluss der Impfkampagne zu einer schnelleren Kontrolle der Pandemie führen und einen stärkeren Aufschwung des privaten Konsums und der Investitionen bewirken.

Gezielte staatliche Unterstützungsmaßnahmen für die Wirtschaft sollten fortgesetzt werden. „Die erwartete Beendigung der Maßnahmen zur Arbeitsplatz-erhaltung im Juni erfordert eine stärkere Aktivierung der Politik, um die Umverteilung von Arbeitsplätzen zu beschleunigen“, so die OECD. Der politische Schwerpunkt sollte auf der zügigen Umsetzung des EU-Konjunktur- und Resilienzplans liegen, um das Wachstum wiederherzustellen und Arbeitsplätze zu schaffen, indem ökologische Ziele erreicht werden. Zu diesem Zweck sollten Infrastrukturinvestitionen angekurbelt werden, um Nachhaltigkeit in der Verkehrsinfrastruktur und im Bauwesen zu verbessern.

Risiken bleiben

„Die Projektionen sind mit erheblicher Unsicherheit behaftet, die Risiken einer positiveren oder negativeren Entwicklung halten sich inzwischen allerdings stärker die Waage“, so der OECD-Bericht. In Ländern mit geringer Impfquote ist das Risiko neuer Corona-Ausbrüche hoch. Auch besteht die Gefahr neuer impfesistenter Mutationen. In diesem Fall bräuhete es neue Infektionsschutzmaßnahmen, die wiederum den Aufschwung ver-

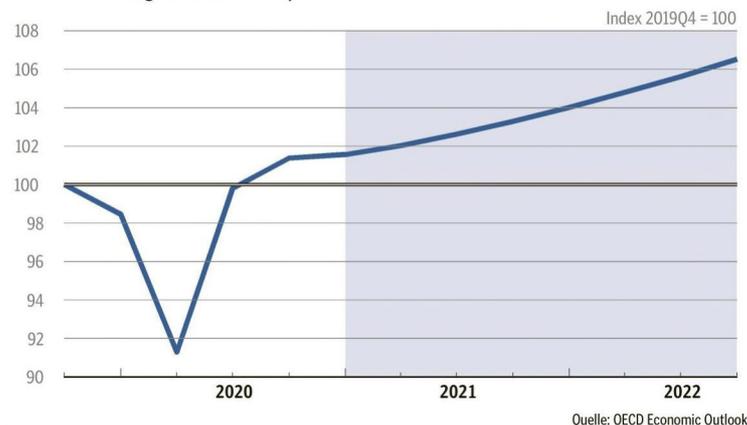
zögern würden.

„In vielen fortgeschrittenen Volkswirtschaften wächst die Zahl der Geimpften, staatliche Konjunkturimpulse beleben die Nachfrage und den Unternehmen gelingt es immer besser, sich an die Infektionsschutzmaßnahmen anzupassen“, stellt der OECD-Bericht fest. Gleichzeitig werde die Konjunkturerholung in wirtschaftsschwachen Ländern, die auch wenig Impfstoff haben, bescheiden ausfallen. Solange weite Teile der Weltbevölkerung nicht geimpft sind und neue Infektionsausbrüche drohen, werde die Konjunkturerholung uneinheitlich verlaufen und anfällig für Rückschläge bleiben, so die OECD. Gewisse Mobilitäts- und Aktivitätsbeschränkungen werden nach Meinung der Organisation darum wohl weiter notwendig bleiben, insbesondere für internationale Reisen. Das dürfte die Aussicht auf eine komplette Konjunkturerholung überall beeinträchtigen, auch in Ländern mit hoher Impfquote oder niedrigen Infektionsraten.

Es war die letzte Prognose von OECD-Generalsekretär Angel Gurría, der daran erinnerte, dass Klimawandel und die Reduzierung des CO₂-Ausstoßes weiterhin die großen Herausforderungen bleiben. Eine globale Steuerreform mit Mindestsätzen für große Konzerne erwartet er beim Gipfel der großen Industrie- und Schwellenländer (G20) Ende Oktober.

Erholung gewinnt an Fahrt

Das BIP übersteigt bereits das vorpandemische Niveau.



Aufbruchstimmung in der Luxemburger Wirtschaft

KONJUNKTUR Statec erwartet BIP-Wachstum von sechs Prozent

Christian Muller

Die Erwartungen für das Wirtschaftsjahr 2021 werden immer besser. Statec rechnet mittlerweile mit einem satten Wirtschaftswachstum von sechs Prozent. Eine derart hohe Wachstumsrate hat das Land seit mehr als zehn Jahren nicht mehr erlebt. Einzig die Entwicklung der Arbeitslosenquote trübt die Aussichten.

In der Luxemburger Wirtschaft herrscht Aufbruchstimmung. „Die wachsende Zuversicht spornt die Konjunktur an“, sagte Statec-Direktor Serge Allegrezza am Dienstag im Rahmen der Vorstellung der neuen Prognosen für die Luxemburger Wirtschaft. Hatte Statec im März noch mit einem guten Wirtschaftswachstum von vier Prozent gerechnet, so erwarten die Statistiker mittlerweile, dass die Wirtschaftsleistung 2021 um satte sechs Prozent zulegen soll. In den letzten 21 Jahren wurde nur zwei Mal eine höhere Wachstumsrate gemessen: Das war im Jahr 2007 und im Jahr 2000.

Bereits im März hatte das statistische Institut erklärt, dass Luxemburg letztes Jahr viel besser durch die Krise gekommen ist als ursprünglich befürchtet. Hatten die Statistiker im April 2020 noch erwartet, dass die Wirtschaft im besten Fall um 6 Prozent einbrechen würde, so hat der gemessene Rückgang letzten Endes nur 1,3 Prozent betragen. Innerhalb Europas haben nur Irland und Litauen bessere Wachstumsraten verbucht.

„Im Vergleich steht Luxemburg gut da“, so Bastien Larue. Im Euroraum war die Konjunktur um 6,5 Prozent eingebrochen, weltweit um etwa drei Prozent. Dennoch habe es auch hierzulande je nach Branche sehr große Unterschiede gegeben, so der Konjunkturrexperte von Statec. Einen

sehr heftigen Einbruch der Zahlen haben beispielsweise die Sektoren „Unterkunft und Gastwirtschaft“ (minus 30,7 Prozent), der Einzelhandel (minus 9,4 Prozent) sowie die Industrie (minus 6,4 Prozent) verbucht. Auf der anderen Seite konnte in den Bereichen „Information und Kommunikation“ (plus 17 Prozent) sowie in der Staatsverwaltung (plus 5,7 Prozent) und dem Bildungswesen (plus 4,4 Prozent) deutliche Steigerungen verbucht werden. Im gewichtigen Finanzbereich fiel der Rückgang (mit minus 1,9 Prozent) eher moderat aus.

Luxemburg befinde sich seit dem zweiten Halbjahr 2020 wieder auf dem Wachstumspfad, so Bastien Larue weiter. Bereits vor dem Ende des letzten Jahres war die nationale Wirtschaft wieder auf dem Leistungsniveau von vor der Krise angekommen. Angetrieben wird das Wachstum sowohl vom Verbrauch als auch von Investitionen. Nach einem heftigen Einbruch der Zuversicht in die Zukunft zu Beginn des letzten Jahres hat das Vertrauen der Unternehmen wie auch der Verbraucher wieder deutlich zugelegt.

Für den Horeca-Sektor hingegen bleibe es schwierig, fügte er hinzu. In dem Bereich wurden letztes Jahr etwa tausend Stellen abgebaut. Etwa 500 weitere gingen zu Beginn des Jahres 2021 verloren. Der Volkswirt rechnet aber damit, dass es auch in dieser Branche, mit dem Auslaufen der Maßnahmen, bald wieder besser wird. Insgesamt zählt der Sektor aktuell 20.500 Mitarbeiter.

Kein Optimismus am Arbeitsmarkt

Verbessert hat Statec nun auch seine Erwartungen, was die Ent-

wicklung der Arbeitslosigkeit anbelangt. Waren die Statistiker Anfang März noch davon ausgegangen, dass die Quote bis Ende 2021 auf 6,8 Prozent ansteigen wird, so rechnen sie nun, bis Jahresende 2021, nur noch mit einer Arbeitslosenquote von 6,4 Prozent. Im folgenden Jahr 2022 soll die Quote dann wieder leicht, auf 6,3 Prozent zurückgehen.

Statec erwartet somit, ähnlich wie OECD, IWF, und EU-Kommission, dass die Arbeitslosenquote künftig etwa ein Prozentpunkt höher sein wird, als sie es vor dem Beginn des Covid-Stillstands war. Ende April 2021 hatte Luxemburg, trotz der bereits erreichten Verbesserungen, eine Arbeitslosenquote von 6,1 Prozent. Innerhalb von nur zwei Monaten (März/April) war die Arbeitslosenquote letztes Jahr von 5,4 auf 6,9 Prozent (von 16.000 auf über 20.000 Personen) in die Höhe geschneit.

Auch mit den Staatsfinanzen geht es wieder aufwärts, sagt Statec. Nach einem Defizit von 4,1 Prozent im Jahr 2020 rechnen die Statistiker für 2021 mit einem kleineren Defizit von 0,7 Prozent. Im Jahr 2022 soll dann ein Überschuss von 0,7 Prozent erwirtschaftet werden. Hintergrund der positiven Entwicklung sind steigende Steuereinnahmen auf Gehältern und mehr Einkünfte aus der Mehrwertsteuer.

Mit der wieder anziehenden Konjunktur geht Statec davon aus, dass auch der CO₂-Ausstoß wieder zulegen wird, wie Tom Haas von Statec am Dienstag erläuterte. Dank der neuen CO₂-Steuer werde er jedoch nur um 2,5 – und nicht um sieben Prozent – wachsen. Für internationale Transportfirmen sei Luxemburg nämlich mittlerweile, wegen der Steuer, preislich weniger interessant als Belgien. Unter dem Strich sollte Luxemburg 2021 demnach seine gesetzten Klimaziele für das

Jahr erreichen können.

Aufgrund der weiterbestehenden Ungewissheiten, was die Entwicklung der Pandemie, die Solidität der Unternehmen oder der Staatsschulden angeht, hat Statec am Dienstag, neben dem in diesem Artikel vorgestellten „zentralen Szenario“, das am wahrschein-

lichsten gilt, auch wieder ein optimistisches und ein pessimistisches Szenario erstellt. Im optimistischen Szenario könnte das BIP in Luxemburg 2021 um bis zu 7,7 Prozent in die Höhe schnellen. Im pessimistischen Szenario rechnen die Statistiker immer noch mit einem Wachstum von 4,8 Prozent.

Arbeitslosenquote sinkt unter sechs Prozent

Die Zahl der bei der Arbeitsagentur in Luxemburg gemeldeten Arbeitssuchenden lag am 31. Mai 2021 bei 17 340, vermeldet die Adem. Das sind 909 Personen weniger als noch im Vormonat April. Im Vergleich zum Vorjahr ist ein Rückgang von 2 869 Personen, um-

gerechnet 14,2 Prozent, die bei der Adem gemeldet waren, festzustellen. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote ist demnach weiter rückläufig und liegt nun bei 5,9 Prozent. Im März und April lag diese bei 6,1 Prozent. Im Februar 2020, vor der Covid-Krise, lag die saisonbereinigte Arbeitslosenquote bei 5,5 Prozent.

Mit Volldampf in den Aufschwung

Mit einem erwarteten Wirtschaftswachstum von sechs Prozent in diesem Jahr brummt die Luxemburger Wirtschaft so stark wie seit zehn Jahren nicht mehr.

VON SABINE SCHWADORF

LUXEMBURG Auch wenn die Luxemburger Konjunkturoperatoren wie Ferdy Adam vom Statistikamt Statec warnen, dass alle Daten vorläufig seien und man das Corona-Jahr 2020 nicht außer Acht lassen dürfe, so steht doch fest: Luxemburgs Wirtschaft brummt so stark wie seit zehn Jahren nicht mehr. Ein Wirtschaftswachstum von sechs Prozent prognostiziert immerhin das Statistikamt. Lange hat das Großherzogtum einen solchen Boom nicht mehr erlebt. „Wir brauchen uns nicht zu verstecken“, gesteht Adam, gibt aber zu bedenken, dass eine kumulierte Rechnung des Corona-Jahres 2020 mit einem Einbruch um 1,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (Deutschland: minus fünf Prozent) und des aktuellen Jahres wohl einen realistischen Mittelwert von etwa 2,5 Prozent Wirtschaftswachstum ergeben. Dennoch: „Alles, was derzeit über das Normalmaß hinausgeht, sind Nachholeffekte, die den Corona-Schaden weniger groß machen“, sagt er. Und Statec-Direktor Serge Allegrezza sagt im Rahmen der Vorstellung der neuen Prognosen für die Luxemburger Wirtschaft: „Die wachsende Zuversicht spornt die Konjunktur an.“

Doch warum kommt das Großherzogtum weniger stark angezählt aus der Pandemie heraus als andere Länder? Was macht Luxemburg anders oder besser? Ein Grund dafür liegt laut den Statistikern in der Struktur der Luxemburger Wirt-

schaft. „Das Großherzogtum hat eine große Dienstleistungsbranche und konnte daher schnell viele Beschäftigte ins Homeoffice schicken, die von da aus weitergearbeitet haben“, erklärt Ferdy Adam. Auch wenn der Einbruch in Hotellerie und Gastronomie im vergangenen Jahr bei etwa 30 Prozent liegt, so sei die Branche weniger wichtig für die Wirtschaft als in Urlaubsländern wie Italien oder Spanien. Und auch die Industrie spiele eine weniger große Rolle als etwa in Deutschland. „Dagegen hat, das Pandemiejahr der Informations- und Kommunikationsbranche einen Schub gebracht, sie hat ihre Wertschöpfung um 17 Prozent verbessert“, sagt der Statec-Mitarbeiter im TV-Gespräch. Teilweise lasse sich diese Verbesserung sogar auf einzelne Betriebe herunterbrechen.

Der zweite Grund für ein besseres Abschneiden der Luxemburger Wirtschaft in Pandemiezeiten sieht Adam in der „liberaleren Öffnungspolitik“ des Landes im Vergleich zu anderen Ländern. Bis auf den großen Lockdown im Frühjahr 2020 seien etwa die Schulen und Kitas Luxemburgs lediglich für insgesamt fünf Wochen über Weihnachten und Karneval geschlossen gewesen. „Viele Eltern konnten so weiterarbeiten“, sagt der Statistiker. Das ist auch erkennbar am Wirtschaftswachstum im letzten Trimester 2020, als bis auf Luxemburg alle EU-Staaten noch einen Einbruch der Wirtschaft verzeichneten. So ist die Zahl der gearbeiteten Stunden im EU-Vergleich auch in Luxemburg nur um etwa 3,5 Prozent eingebrochen, im EU-Schnitt gab es ein Minus von rund acht Prozent.

Das wirkt sich auch auf den Arbeitsmarkt aus: „Da hat sich Lu-

xemburg sehr gut aus der Affäre gezogen“, freut sich Ferdy Adam. So lag trotz des Corona-Einbruchs im Frühjahr 2020 die Zahl der Beschäftigten im Juli bereits wieder auf dem Niveau vom Jahresanfang. Seitdem ist die Zahl der Beschäftigten auf derzeit rund 483 000 gestiegen. „Auch wenn die Kurzarbeit geholfen hat, Personal zu halten, so liegt dies auch am Mangel an verfügbaren Arbeitskräften, dass weniger Menschen ihren Job verloren haben“, sagt der Experte. Dennoch befindet sich die Arbeitslosenquote bei 6,3 Prozent wie im vergangenen Jahr.

Dass sich die Corona-Krise nicht so stark im Großherzogtum ausgewirkt hat, lässt sich auch an der Staatsverschuldung ablesen. Zunächst sind weniger Fördergelder aus den Schuldgarantien und anderen Staatszahlungen für Unternehmen abgerufen worden, bei der Kurzarbeit nur ein Drittel der möglichen Förderung. Folglich fällt das Staatsdefizit mit vier Prozent relativ gering aus für 2020. Ähnlich niedrig liegt es in Deutschland, Frankreich und Italien weisen jeweils zehn Prozent aus. Für dieses Jahr rechnet das Statec noch mit einer leichten Verschuldung, im kommenden Jahr sollen die Einnahmen dann wieder kräftiger sprudeln.

„Aktuell“, so sagt Ferdy Adam, „zieht es in der Industrie an und dem Bau geht es gut. Wirtschaftstreiber ist aber klar der Finanzsektor.“ So rechnet er vor allem damit, dass das Privatkundengeschäft in Luxemburg anzieht und „ein positives Ergebnis haben wird: Denn während der Normalmann eine neue Waschmaschine gekauft hat, haben vor allem die Wohlhabenden ihr Geld in der Pandemie gespart und wollen es jetzt anlegen.“ Luxemburg freut sich.

Makroökonomische Vorschau

	1995-2020	2020	2021	2022
	Entwicklung in % außer wenn anders dargestellt			
 BIP in Prozent	3.2	-1.3	6.0	3.5
 Beschäftigung	3.2	2.0	2.5	2.5
 Arbeitslosenquote (% der Erwerbsbevölkerung)	4.5	6.3	6.4	6.3
 Verbraucherpreisindex	1.8	0.8	2.0	1.6
 durchschnittliche Lohnkosten	2.6	-0.7	2.3	4.1
 Saldo des Staatshaushalts (in % des BIP)	1.7	-4.1	-0.7	0.7
 Treibhausgasausstoß¹	-1.9	-17.2	2.5	2.6

¹ Evolution 2005-2019

GRAFIK: TypoServ/QUELLE: Statec

Beste Gehälter, doch Kaufkraft ist nicht viel höher

STATEC Luxemburg hat den niedrigsten „Gender Pay Gap“

Luxemburg zahlt europaweit die besten Gehälter. Ist der Lebensstandard tatsächlich so viel höher als in anderen europäischen Ländern? Ein Blick auf die Kaufkraft der Luxemburger zeichnet ein differenzierteres Bild. Auch in einem anderen Bereich ist das Großherzogtum Spitzenreiter: Der „Gender Pay Gap“ ist in Luxemburg am niedrigsten. Das geht aus einem Schreiben von Statec hervor.

Das Großherzogtum gilt gemeinhin als das Land in der EU, in der die Arbeitnehmer am besten verdienen. Ein Blick auf die Statistiken zeigt: Das stimmt nur unter Vorbehalt – denn die

Kaufkraft der Luxemburger ist nicht viel höher als in anderen europäischen Ländern. Das gilt sowohl für den für Luxemburg errechneten Durchschnitts-Bruttolohn von 64.932 Euro als auch für den hierzulande geltenden Mindestlohn. Das hat die nationale Statistikbehörde Statec gestern bekannt gegeben.

Im Vergleich mit den Nachbarländern stellt Statec fest, dass Luxemburg nicht in allen Bereichen die höchsten Löhne zahlt. So wird der Arbeitnehmer im Baugewerbe und im Horeca-Sektor in Belgien besser entlohnt als in Luxemburg. Wird die Kaufkraft mit einberechnet, wird man in Belgien auch in

verschiedenen Dienstleistungsbereichen und im Handel besser bezahlt. Deutschland führt das Ranking hingegen im Industriegewerbe an. Luxemburg bleibt jedoch Spitzenreiter im Bereich der Finanz- und Versicherungsaktivitäten, dem Gesundheitswesen, dem öffentlichen Dienst und dem Bildungswesen.

Luxemburg weist zudem den niedrigsten „Gender Pay Gap“ in der EU und in der Eurozone auf. Die Diskrepanz im Stundenlohn liegt bei 1,4 Prozent, der Unterschied im jährlichen Einkommen beläuft sich auf 7,1 Prozent.

(siw)

Kaufkraft relativiert das Gehalt

Hohe Löhne sind in Luxemburg nicht immer das, was sie zu sein scheinen

Von Nadia Di Pillo

Es gibt viele Gründe, in Luxemburg zu arbeiten. Dazu gehören auch die hohen Gehälter. Nirgendwo in Europa können Arbeitnehmer mehr verdienen als im Großherzogtum. Setzt man die Gehälter jedoch in Verbindung mit der Kaufkraft des jeweiligen Landes, ergibt sich ein ganz anderes Bild, wie der Statedec in seiner Veröffentlichung „Regards“ zeigt.

So liegt etwa das durchschnittliche Bruttojahresgehalt im Großherzogtum bei 64 932 Euro. Das sind 182 Prozent des europäischen Durchschnitts. Bulgarien weist mit 8 147 Euro lediglich 23 Prozent des europäischen Durchschnitts auf. Der Abstand zwischen Luxemburg und Bulgarien beträgt somit 8 zu 1. Wenn man jedoch die Kaufkraft berücksichtigt, verringert sich der Abstand: Das durchschnittliche Bruttojahresgehalt in Luxemburg – ausgedrückt in SPA (standard de pouvoir d'achat) – beträgt nur noch 145 Prozent des europäischen Durchschnitts und das Durchschnittsgehalt in Bulgarien fällt auf 45 Prozent zurück. „Der Abstand zwischen Luxemburg und Bulgarien reduziert sich damit auf ein Verhältnis von 3 zu 12“, so der Statedec.

Diese Unterschiede ergeben sich auch im Vergleich mit anderen Ländern. Das durchschnittliche Bruttojahresgehalt in Frankreich beträgt 58 Prozent des luxemburgischen Durchschnittsgehalts, rechnet man aber die Kaufkraft hinzu, sind es 67 Prozent. Im Vergleich zu Belgien steigt der Prozentsatz von 71 Prozent auf 80 Prozent, im Vergleich zu Deutschland von 69 Prozent auf 84 Prozent.

Der Statedec weist auch darauf hin, dass die meisten internationa-

len Statistiken auf einem durchschnittlichen (oder medianen) Lohn beruhen, der für die gesamte Wirtschaft eines Landes ermittelt wird. Dieser Durchschnittslohn wird jedoch weitgehend von der Zusammensetzung der Beschäftigung nach Branchen beeinflusst, wobei die erforderlichen Spezialisierungsgrade von Branche zu Branche stark variieren. Im Großherzogtum nehmen etwa die Finanz- und Versicherungstätigkeiten eine dominierende Stellung ein: Sie machen 13 Prozent der Beschäftigung aus, während spezialisierte, wissenschaftliche und technische Tätigkeiten weitere neun Prozent darstellen. Allein in diesen beiden Branchen sind 22 Prozent der Mitarbeiter beschäftigt, verglichen mit nur acht Prozent in Belgien, neun Prozent in Deutschland und elf Prozent in Frankreich. „Dennoch sind dies zwei der drei bestbezahlten Branchen, in denen hauptsächlich Hochschulabsolventen beschäftigt sind. Die Auswirkungen auf den Durchschnittslohn sind daher sehr signifikant“, schreibt der Statedec.

Jede Branche ist anders

Der Bausektor ist mit elf Prozent der Beschäftigten in Luxemburg ein viel größerer Arbeitgeber als in den anderen europäischen Ländern; dort liegt der Durchschnitt bei lediglich fünf Prozent.

Umgekehrt spielen andere Branchen in Luxemburg eine „schwächere“ Rolle: Der Handel zum Beispiel beschäftigt nur elf Prozent, verglichen mit 15 Prozent in der Eurozone. In der Industrie ist die Kluft noch größer: Die Branche beschäftigt in Luxemburg nur zehn Prozent der Arbeitskräfte, während sie in der Europäischen Union 22 Prozent und in Deutschland so-

gar 24 Prozent der Arbeitsplätze ausmacht.

Der Statedec weist auch darauf hin, dass die Durchschnittslöhne in Luxemburg in der Tat in bestimmten Branchen, wie dem Bildungswesen, der öffentlichen Verwaltung, dem Gesundheits- und Sozialwesen sowie dem Finanz- und Versicherungswesen, deutlich höher sind als in den Nachbarländern. „In anderen Branchen ist der Abstand jedoch geringer. Luxemburg hat sogar niedrigere Durchschnittslöhne als einige seiner Nachbarländer. Dies gilt für administrative und unterstützende Dienstleistungen, Hotels und Restaurants, Handel, Bau und Industrie.“

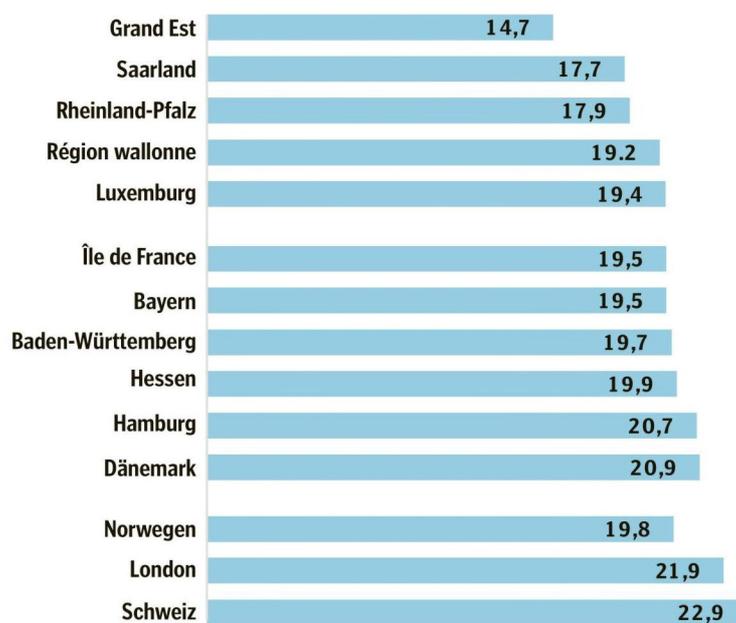
Höhere Prämien in Luxemburg

Hinzu kommt, dass der durchschnittliche Anteil von unregelmäßigen Prämien (Jahresendprämien; 13. Monat usw.) an den Jahresgehältern in Luxemburg mit 15 Prozent besonders hoch ist – der europäische Durchschnitt liegt bei nur acht Prozent.

Schließlich ist der durchschnittliche Stundenlohn in einigen europäischen Regionen höher als in Luxemburg, wenn man die Kaufkraft berücksichtigt (siehe Grafik). So haben etwa innerhalb der europäischen Union Hamburg, Bayern und Ile de France durchschnittliche Stundenlöhne, die höher sind als die in Luxemburg. Das Gleiche gilt für die Schweiz und London.

Es gilt demnach, laut Statedec, bei den Einkommensvergleichen gezielter und differenzierter hinzuschauen. Zwar sind die Luxemburger Gehälter immer noch attraktiv, aber im internationalen Vergleich nicht immer das, was sie zu sein scheinen.

Der durchschnittliche Bruttostundenlohn ist in Hamburg oder Paris höher als in Luxemburg



Quelle: STATEC/Eurostat

Aktie unter der Lupe: RTL

Ein Risiko und sieben Chancen

Neue Inhalte, Fusionspekulationen und eine Großaktionärsstrategie entfachen Kurs- und Dividendenfantasie. Die RTL-Aktie ist ein Geheimtipp, aber nichts für schwache Nerven.

Catrin Bialek, Ulf Sommer
Düsseldorf

Drei Euro je Aktie und insgesamt knapp eine halbe Milliarde Euro hat die RTL Group vor gut einem Monat ihren Aktionären überwiesen. Kein anderer Titel aus dem Nebenwertindex SDax kommt auf eine so hohe Summe. Wer die Aktie hält, fährt mit ihr auf dem aktuellen Kursniveau eine stattliche Dividendenrendite von 6,1 Prozent ein. Das schafft im Dax niemand.

Hinzu kommen bei RTL noch 60 Prozent Kursplus in den vergangenen zwölf Monaten. Damit ist die Aktie aber noch immer 50 Prozent von ihrem vor sieben Jahren erreichten Allzeithoch in Höhe von 99,60 Euro entfernt. Ausgereizt ist der Medientitel also offenbar noch nicht. Doch die Aktie ist nichts für schwache Nerven. Neben steigenden Gewinn- und Ausschüttungserwartungen gibt es auch ein nicht zu verachtendes Risiko.

Die RTL Group hat im Coronajahr 2020 ordentlich gelitten: der Umsatz sank gegenüber dem Vorjahr um 9,5 Prozent auf sechs Milliarden Euro. Der Gewinn brach um 35 Prozent auf 492 Millionen Euro ein. Das hat Gründe – und die reichen weiter zurück, als es die sinkenden Einnahmen wegen der Corona-Folgen vermuten lassen. 43,8 Prozent seines Umsatzes erzielte RTL mit der klassischen TV-Werbung. Es ist der größte Teil – und gleichzeitig der schwierigste. Denn mit dem Verschieben der Sehgewohnheiten vieler Nutzer in Richtung Streaming schwindet auch das Interesse der Werbeindustrie an dieser Werbeform. Nach Angaben des Zentralverbands der deutschen Werbewirtschaft sanken die Netto-Werbeinnahmen im linearen Fernsehen 2020 deutschlandweit um 8,8 Prozent auf vier Milliarden Euro. Ein Trend, der sich nach Ansicht von Branchenexperten weiter verstärken wird.

Mehr noch: Die historischen Wurzeln des Unternehmens, das Radiogeschäft, spielen inzwischen eine marginale Rolle. Der Umsatzanteil liegt nur noch bei 3,5 Prozent. Das Geschäft ist – ebenso wie das klassische Fernsehen

– rückläufig. Aber die RTL Group behauptet sich: Im ersten Quartal stieg der organische Umsatz gegenüber dem Vorjahr um knapp vier Prozent. Analyst Daniel Kerven von der US-Bank JP Morgan attestierte dem Medienkonzern ein starkes erstes Quartal und beließ seine Einschätzung auf „Übergewichten“ mit einem Kursziel von 80 Euro. Zumindest daran gemessen eröffnet sich weiteres Kurspotenzial von 65 Prozent. Allein mit dem klassischen Fernseh- und Radiogeschäft werden deutlich höhere Kurse kaum zu schaffen sein. Doch die RTL Group macht sich weniger abhängig von den schrumpfenden Werbeeinnahmen.

■ Kurs-Chance 1: Streaming

Das große Wachstumsfeld heißt Streaming. Das Unternehmen will damit 500 Millionen Euro im Jahr 2025 umsetzen. Früher strahlte der Konzern, zu dem neben RTL auch Sender wie Vox und N-TV gehören, die Programme im linearen Fernsehen oder im klassischen Radio aus und erzielte die Einnahmen vor allem über die Buchung von Werbeplätzen. Die Rechnung war einfach: je höher die Reichweite eines Formats, desto höher der Werbepreis.

Das ist vorbei, seitdem sich der Medienkonsum zunehmend ins Internet verlagert und Streaming-Dienste wie Netflix boomen. Der Konzern baut deshalb eigene Streaming-Plattformen auf. Die wichtigste Kennziffer ist die Höhe der Reichweite. TV Now, der hauseigene Streaming-Dienst von RTL, zählt 1,7 Millionen zahlende Abonnenten, doppelt so viele wie vor einem Jahr. Dabei profitiert TV Now von der Partnerschaft mit der Deutschen Telekom, die TV Now Premium zusammen mit ihrem Angebot Magenta TV anbietet. Das von RTL-Deutschlandchef Bernd Reichart ausgegebene Ziel, bis Herbst die Zwei-Millionen-Abonnenten-Marke zu knacken, rückt näher.

■ Kurs-Chance 2: Inhalte

Ein Fünftel der Einnahmen erzielt RTL mit der Produktion von Inhalten.

Die Tochter Fremantle produziert nicht nur Filme und Serien für die eigenen Sender und den eigenen Streaming-Dienst TV Now, sondern beliefert auch konkurrierende Plattformen wie Netflix oder Amazon Prime Video. In diesem Bereich will RTL stark wachsen. Der Optimismus ist begründet: Da die Zahl der Plattformen steigt, wächst auch der Hunger nach Inhalten. Eine komfortable Situation für Fremantle.

■ Kurs-Chance 3: Digitalwerbung

Mit seinen digitalen Erlösen erreicht die RTL Group einen Umsatzanteil von 17,5 Prozent. Dahinter verbergen sich zahlreiche Einnahmequellen: Digitalwerbung, wie Displaywerbung, Erlöse von Abos der beiden Streaming-Dienste TV Now und Videoland (Niederlande) oder auch Umsätze der Werbetechnologieanbieter SpotX und Smartclip. Eines der Wachstumsfelder heißt Addressable TV – also auf den Nutzer zugeschnittene TV-Werbung. Ziel ist es, mit dieser Art von TV-Werbung in Deutschland im Jahr 2025 rund 200 Millionen Euro einzunehmen.

■ Kurs-Chance 4: Plattformen

Ein Umsatzanteil von 6,7 Prozent geht auf Einnahmen von Plattformen zurück. Dahinter verbergen sich Zahlungen von Kabelnetzbetreibern, Satellitenfirmen und Anbietern von Internet-TV-Diensten. Dabei geht es um die Verbreitung des Sendesignals der großen Free-TV-Sender in HD-Qualität oder etwa für digitale Pay-TV-Kanäle wie RTL Crime oder RTL Living oder aber für Streaming-Dienste wie TV Now. Dieser Bereich wuchs im vergangenen Jahr um neun Prozent.

■ Kurs-Chance 5: Großaktionär

Mehrheitseigner Bertelsmann hält 76,28 Prozent aller RTL-Aktien und hat damit das Sagen. Die Strategie des Medienkonzerns, der mit einem Jahresumsatz von 17 Milliarden Euro zu den größten weltweit zählt, ist unmissverständlich: Die Töchter müssen das Potenzial haben, nationale Media-Champions zu sein.

Ist das nicht der Fall, werden Alternativen gesucht. So machte RTL in

Luxembourg

Frankreich die Erfahrung, mit der Sendergruppe M6 keine Vorreiterrolle einnehmen zu können. Eine Lösung ist in Sicht. Die RTL-Tochter M6 will mit der französischen Gruppe TF1 fusionieren und so einen nationalen Media-Champion bilden. Die Unternehmen locken mit einer starken Wertschöpfung für die Aktionäre: Die geplante Fusion erlaube die Hebung jährlicher Synergien in Form eines höheren Gewinns vor Steuern, Zinsen und Abschreibungen (Ebita) von 250 bis 350 Millionen Euro innerhalb der ersten drei Jahre nach Abschluss der Transaktion, heißt es aus Konzernkreisen.

■ **Kurs-Chance 6: Dividende**

Ende April hat die RTL Group den Verkauf des US-amerikanischen Ad-Tech-Unternehmens SpotX an Magnite abgeschlossen. Im Rahmen der Transaktion erhielt RTL umgerechnet gut eine halbe Milliarde Euro in bar und 12,37 Millionen Magnite-Aktien. Daraus ergibt sich ein Unternehmenswert für SpotX von knapp einer Milliarde Euro.

Bei Investoren entfacht dies Hoffnungen auf eine zusätzliche Dividende. Dazu sagt RTL: „Unsere Dividende sieht eine Ausschüttungsquote von

mindestens 80 Prozent des bereinigten Nettogewinns vor. Die Aktionäre profitieren damit auch von Cash-relevanten Veräußerungsgewinnen.“

Dazu muss man wissen: Analysten rechnen im Schnitt damit, dass RTL im laufenden Jahr den Nettogewinn um knapp 20 Prozent auf 580 Millionen Euro erhöhen wird. Allein daraus errechnet sich anhand der firmeneigenen Dividendenpolitik eine mindestens stabile Ausschüttung von drei Euro im kommenden Frühjahr. Allein aus der Cash-Komponente des SpotX-Verkaufs in Höhe von 640 Millionen Dollar „ergibt sich damit eine zusätzliche Dividende von mehr als 1,00 Euro pro Aktie“, sagte ein Konzernsprecher dem Handelsblatt: „Je nachdem, wann und zu welchem Kurs wir auch im laufenden Jahr die Magnite-Aktien verkaufen, könnte sich eine zusätzliche Dividende (aus Cash-Komponente und Aktienanteil) von insgesamt knapp 3,00 Euro pro Aktie ergeben.“

■ **Kurs-Chance 7: Fusion**

RTL- und Bertelsmann-Chef Thomas Rabe hatte im Spätwinter signalisiert, er könne sich bei einem Einlenken der Regulierungsbehörden eine Übernah-

me des Münchener Rivalen Pro Sieben Sat.1 vorstellen. Bereits heute arbeiten die beiden TV-Konzerne bei der Vermarktung ihrer Werbeplätze zusammen. Die beiden Unternehmen haben 2019 das Joint Venture D-Force gegründet, dessen Spezialität Addressable TV ist, das heißt individuell adressierbare Werbung für den Zuschauer. Mehr noch: Die RTL-Mutter Bertelsmann überprüft derzeit, wie die Mediengruppe RTL Deutschland und das Hamburger Verlagshaus Gruner + Jahr enger zusammenarbeiten können. Dabei ist ebenfalls von einer möglichen Fusion die Rede.

Als starker Befürworter gilt Stephan Schäfer, der neue Vorstandschef von Gruner + Jahr, der in Personalunion Inhabergeber der Mediengruppe RTL Deutschland ist. Bereits heute arbeiten die beiden Unternehmen sowohl bei der Vermarktung der Werbeplätze als auch bei der Nutzung der Inhalte eng zusammen. Die Sichtweise der Finanzmärkte ist eindeutig: Je mehr Zusammenarbeit es gibt, desto mehr Synergien und damit niedrigere Kosten gibt es – und am Ende höhere Gewinne.

3,5

Prozent
beträgt der Umsatzanteil des RTL-Radiogeschäfts. Die historischen Wurzeln des Unternehmens spielen damit nur noch eine marginale Rolle.

Quelle: RTL



Mit Airbag-Sensoren fing es an

IEE will neue Märkte erschließen – doch auch im Stammgeschäft sieht Geschäftsführer Paul Schockmel noch Potenzial

Interview: Marco Meng

Seit 1995 bei IEE hatte Paul Schockmel zwischendurch einmal die Firma verlassen, um in Brüssel die Leitung der Clepa, dem Verband der europäischen Automobilzulieferer, zu übernehmen. Jetzt übernahm er beim Luxemburger Sensor-Hersteller von Firmen-Mitgründer Michel Witte die Führung.

Paul Schockmel, Sie sind jetzt seit fast drei Monaten Chef von IEE. Haben Sie sich denn schon eingelebt in die neue Position?

Das bestimmt, denn weder die Firma noch das Geschäft sind mir neu. Insgesamt bin ich jetzt rund 25 Jahre im Unternehmen.

Warum verließ Herr Witte das Unternehmen?

Nach 32 Jahren bei IEE hat Herr Witte entschieden, dass es an der Zeit wäre, sich zurückzuziehen und der nächsten Generation die Führung der Firma zu überlassen. Der Automobilsektor befindet sich zur Zeit in einem schnellen Strukturwandel. Dies erfordert auch von den Zulieferern, sich diesem Wandel anzupassen. Viele strategische Positionen wurden in den letzten Jahren neu besetzt und es war jetzt ein guter Zeitpunkt, die Führung der Firma diesem jüngeren, aber dennoch erfahrenen Team zu überlassen.

Ist der Produktionsstandort Echternach sicher?

Wir haben in Echternach unser führendes Werk innerhalb der Gruppe. Das wird auch so bleiben, da wir große Projekte im Bereich der Digitalisierung und Automatisierung in Echternach fahren werden. Des Weiteren haben wir in eine neue Radarproduktion in Echternach investiert, welche seit Januar unser neuestes Produkt „VitaSense“ produziert.

Macht derzeit auch IEE der Mangel an Mikrochips zu schaffen?

Ja, wir sind betroffen, weil ein großer und zunehmender Teil unserer Produkte mit Elektronik verknüpft ist oder ganz elektronisch ist. Wir spüren das sowohl im Bereich der Halbleiterkomponenten als auch bei einfachen elektronischen Komponenten oder Basismaterialien, die sich

verknappen mit dem Effekt, dass das dann auch Auswirkungen auf die Preise hat. Das ist ein Thema, das uns seit einem halben Jahr sehr beschäftigt und uns voraussichtlich auch noch bis ins nächste Jahr hinein beschäftigen wird.

Traditionell ist Ihr Hauptgeschäft die Autobranche. Ändert sich das?

Ja, unser Hauptgeschäft ist immer noch Sensorik im Automobilzulieferer-Bereich. Das wird auch noch lange Zeit so bleiben. Das hat zwei Gründe: Einerseits haben wir, was typisch für die Automobilindustrie ist, langfristige Verträge mit unseren Kunden, was auch gut ist. Und andererseits sehen wir in unserem Stammgeschäfte auch weiterhin noch gutes Wachstumspotenzial. Natürlich haben wir aber seit längerem auch Bestrebungen unternommen, uns zu diversifizieren, vor allem bei der Gebäude-Automatisierung und auch ein bisschen im Bereich „E-Health“ (Sensorik im Gesundheitssektor d. Red.). Aber das ist immer noch klein im Vergleich zum Automobilgeschäft.

Doch es ist anvisiert, dass das wachsen soll?

Durchaus. Einerseits, um mehr Stabilität im Portfolio zu haben, indem wir nicht zu stark abhängig von einem Geschäftsbereich sind. Andererseits sind die Kompetenzen, die wir bei uns bei Sensorik und Elektronik entwickelt haben, natürlich auch in anderen Märkten gefragt.

Letztes Jahr kündigte IEE den Abbau von 40 Stellen an. Läuft der Sozialplan?

Wir hatten Ende letzten Jahres einen sogenannten „plan de maintien dans l'emploi“ zusammen mit der Personalvertretung und der Gewerkschaft vereinbart, der eine Reihe von Entlassungen vorsah, aber auch Maßnahmen wie ein Frührente-Programm. Das ist zum größten Teil umgesetzt.

Wie viel Umsatz hat IEE 2020 gegenüber dem Vorjahr eingebüßt?

Die Automobilbranche hat schon 2019 geschwächelt, und die Pandemie hat letztes Jahr die Situation für die ganze Branche ver-

schärft. Wir sind da keine Ausnahme und haben als gesamte Gruppe rund 20 Prozent an Umsatz verloren, was dann auch unter anderem zu den angesprochenen Maßnahmen geführt hat.

Generell ist IEE seit der Gründung stark gewachsen. Wo sehen Sie noch Märkte und Geschäftsfelder?

Insgesamt, egal welche Branche, ist Sensorik ein Wachstumsmarkt. Es gibt aber auch viele Player in diesem Geschäftsfeld. Unser Stammgeschäft Automobil mit Fokus auf Insassen, wo wir seit 25 Jahren eine führende Rolle spielen, wird weiter wachsen, auch die nächsten zehn, zwanzig Jahre, unter anderem angetrieben durch das automatisierte Fahren. Ich denke da zum Beispiel an sogenannte kritische Phasen, wenn der Autopilot an den menschlichen Fahrer abgeben muss, da braucht man Sensoren, die in solchen Situationen unterstützen. Das sind wir gut aufgestellt. Das wird unsere Kernaktivität in den nächsten zehn Jahren sein. Zusätzlich dazu wollen wir uns aber bei Gebäudetechnik und E-Health ein Produktportfolio aufbauen. Da haben wir einige Projekte in der Pipeline. Zum Beispiel werden wir nächstes Jahr ein Produkt anbieten über einen Partner, einen Schuhhersteller, wobei wir nicht nur einen Sensor anbieten, sondern die gesamte Elektronik dazu samt Kommunikation mit Mobilgeräten, mit Apps und Cloud. Das Produkt soll in Bezug auf Diabetes motivierten Leuten helfen, ihr Leben positiv zu gestalten. Das ist auch für uns neu. Das andere ist das Thema Elektromobilität. Da sind wir dabei, den Markt zu erkunden, um Lösungen oder Komponenten anzubieten. Zum Beispiel Sicherheitssensorik für Lithium-Ionen-Batterien. Für einen großen Hersteller von Elektrowerkzeugen liefern wir seit kurzem schon Sensoren und haben da auch weitere Projekte. In diesen Bereich müssen wir aber noch sehr viel Arbeit reinstecken, um uns in diesem Markt langfristig gut zu positionieren und langfristig wachsen zu können.

Vor kurzem hat sich ein neuer

Mieter, eine koreanische Firma, im Automotive Campus angesiedelt. Sind Sie zufrieden mit der Entwicklung des Campus, der sich langsamer entwickelt als man das geplant hatte?

Zusätzlich zu der südkoreanischen Firma haben wir auch eine Mannschaft von LuxProvide bei uns. Letzte Woche wurde ja der Supercomputer Meluxina in Betrieb genommen. Bei verschiedenen Projekten werden wir auch Hauptnutzer dieses Computers sein. Aber es stimmt schon, die Entwicklung des Campus geht etwas schleppend voran, nichtsdestotrotz glauben wir als IEE immer noch an das Konzept „Open Innovation“ des Campus als Gemeinschaft von großen Konzernen, öffentlicher Forschung und Start-ups, die sich austauschen und gegenseitig befruchten. Ich denke, der große Strukturwandel, der in vollem Gange ist mit Elektrifizierung, Digitalisierung, automatisiertem Fahren, neuen Geschäftsmodell und so weiter, das kann man nicht mehr alleine bewältigen. Da braucht man ein großes Netzwerk mit Partnern. Und das ist das Konzept dieses Campus.

Das heißt, die Ausrichtung des Campus hat sich etwas geändert?

Am Anfang war es mehr auf Zulieferer ausgerichtet, mittlerweile denkt man eher in Richtung Mobilität allgemein und auch darüber hinaus. Denn man kann es nicht mehr so genau trennen, ob man will oder nicht. Mobilität ist nicht mehr ein Fahrzeug, sondern verschiedene Konzepte, die sich auch gegenseitig befruchten und miteinander in Wettbewerb stehen. Digitalisierung spielt dabei eine wichtige Rolle, sowohl bei Entwicklungsprozessen als auch im Bereich von Produkten und Businessmodellen.

Dass Unternehmen wie Google im Automobilsektor aktiv sind, daran sieht man, wie sehr sich alles geändert hat.

Wobei die primäre Motivation von Firmen wie Google wahrscheinlich die Daten sind. Am und im Auto werden enorme Datenmengen produziert. Schon heute haben Sie bei Premiummarken hundert Mikroprozessoren, die

aktiv sind und enorm viele Daten produzieren, die bislang nur wenig verwendet werden. Das bietet enormes Potenzial und vielleicht auch neue Produktideen.

Wohin möchten Sie IEE führen? Wie soll das Unternehmen in fünf oder in zehn Jahren aussehen?

Wir werden uns zumindest in den nächsten Jahren sehr stark fokussieren auf unsere Kernkompetenzen und die liegen vor allem im Bereich der Entwicklung und Herstellung von gedruckten Folien-Sensoren. Hier sind wir führend, und das wollen wir weiter

ausbauen. Wir entwickeln und produzieren auch schon seit langer Zeit Elektronik. Die Sensorik selbst wird immer stärker ein Teil davon. Das letzte Beispiel davon ist die erwähnte Radar-Technologie. Wir produzieren jetzt seit Anfang des Jahres in Echternach in Serie und sind das weltweit erste Unternehmen, das ein Produkt für den Fahrzeuginnenraum anbietet, das auf Radar-Technologie basiert. Wir sehen in diesem Bereich enorme technologische Entwicklungen auf uns zukommen. Das wollen wir ausschöpfen. Wir wollen dabei zunehmend

künstliche Intelligenz benutzen, um Produkte zu entwickeln und anzubieten. Auch beim Thema Data Mining werden wir immer mehr machen müssen.

Der Sensorspezialist

1989 in Luxemburg als International Electronics & Engineering (IEE) gegründet, beschäftigt das Unternehmen, das zum Beispiel Sensoren für Autoairbags herstellt, heute rund 4 000 Mitarbeiter, mehr als 600 davon in Luxemburg. Ab 2013 wurde IEE vom chinesischen Unternehmen HiWing übernommen. 2019 eröffnete das „IEE Innovation Center“

im Autocampus in Bissen, den IEE mit initiierte. Firmensitz und Luxemburger Produktionsstätte befinden sich in Echternach. 2019 machte der Konzern einen Nettogewinn von 17 Millionen Euro. MeM

● *In Echternach ist unser führendes Werk innerhalb der Gruppe. Das wird auch so bleiben.*

Adler Luxemburg kurz vor der Rettung

Luxemburg. Die insolvente Adler Modemärkte AG befindet sich nach eigenen Angaben „in fortgeschrittenen Verhandlungen“ mit dem Berliner Logistikunternehmen Zeitfracht als neuem Investor. Man sei zuversichtlich, „zeitnah ein unwiderrufliches Angebot zum Abschluss einer Investoren-

vereinbarung von Zeitfracht zu erhalten“, teilt die bekannte Modekette mit. „Dieser Schritt wird ein wichtiger Meilenstein für die Sanierung des Unternehmens sein“, an der im Rahmen eines Insolvenzverfahrens in Eigenverwaltung intensiv gearbeitet werde, heißt es in einer Pressemitteilung. „Ziel ist es, nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens am 1. Juli 2021 einen Insolvenzplan bei Gericht

einzureichen. Der Insolvenzplan soll nach derzeitiger Planung Ende Juli 2021 der Gläubigerversammlung zur Abstimmung vorgelegt werden“, schreibt die Modekette weiter. Was das für Arbeitsplätze und Filialen bedeutet, ist noch unklar. Adler beschäftigte zum 30. September 2020 rund 3 350 Mitarbeiter und betreibt derzeit 171 Modemärkte, davon 142 in Deutschland, 24 in Österreich, drei

in Luxemburg, zwei in der Schweiz sowie einen Online-Shop. Wie in deutschen Medienberichten zu erfahren ist, wolle Zeitfracht auch die Adler-Tochtergesellschaften in Luxemburg, Österreich und der Schweiz übernehmen. „Das heute vorgelegte Angebot ist die Chance für einen erfolgreichen Neuanfang für Adler“, sagt Vorstandschef Thomas Freude in einem Pressebericht. ndp



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

FINANZEN

Auf einen Blick

Der Bankenstandort kommt gut durch das Jahr 2020

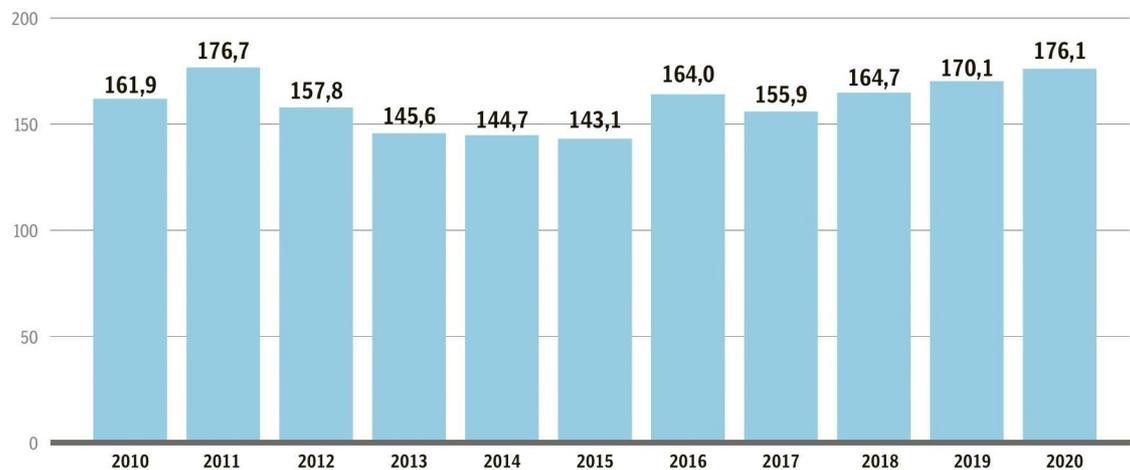
Luxemburg. Die Notfallpläne lagen in der Schublade, als dann letztes Jahr im März der Ernstfall eintrat. Doch trotz Lockdown und Rückzahlungspausen für laufende Kredite in Milliardenhöhe kamen Luxemburgs Banken, wie die Kennzahlen es für 2020 zeigen, gut durch die Krise: Die Mitarbeiterzahl blieb stabil, Kundeneinlagen stiegen wie auch die Kreditvergabe. Augenfällig ist der Trend, der

zeigt, dass die Zahl der Banken am Finanzplatz weiter abnimmt.

Auch wird es schwerer für die Finanzhäuser, die Nettorenditen der Vergangenheit zu erwirtschaften. Interessant dabei, dass laut CSSF die klassische Einnahmequelle Zinsen noch immer am meisten Zuflüsse beschert und das Private Banking Ende letzten Jahres ein Rekordvolumen an verwaltetem Vermögen auswies. *MeM*

Kunden deponieren wieder mehr Geld bei den Banken

Angaben in Milliarden Euro



Quelle: BCL

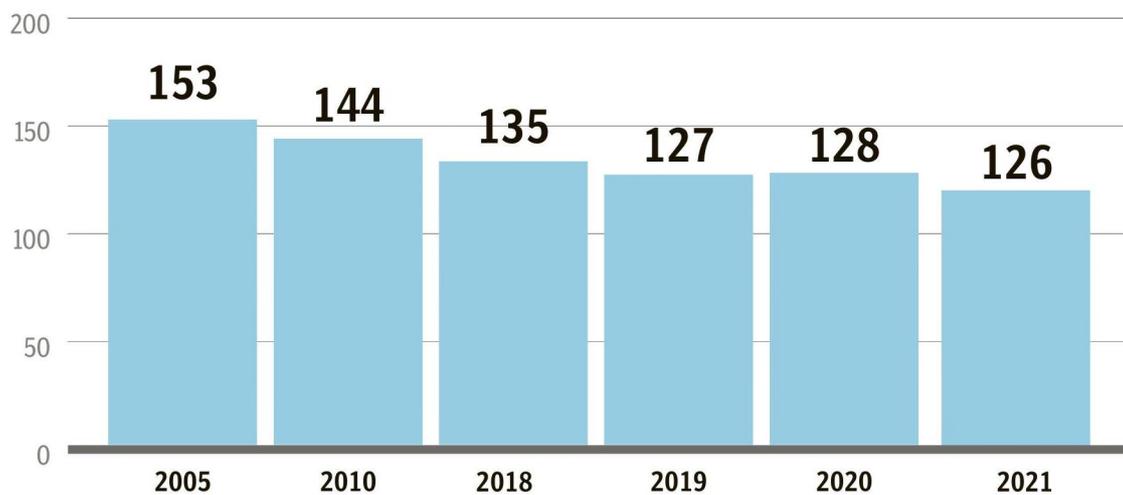
Das Nettoergebnis der Luxemburger Banken sinkt

Angaben in Millionen Euro



Quelle: CSSF

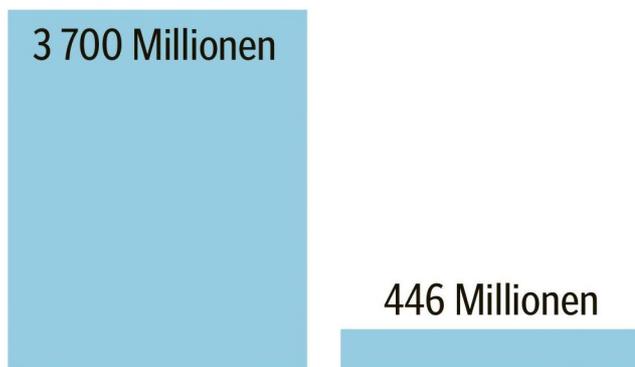
Die Zahl der Banken nimmt ab



Quelle: BCL

Rückzahlungspause

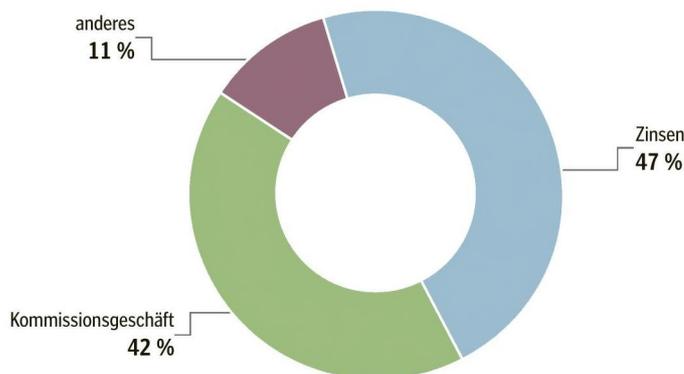
Das Volumen der Kreditsumme, für die wegen der Pandemie ein Rückzahlungsmoratorium gewährt wurde, erreichte im Mai 2020 mit 3 700 Millionen Euro den Höhepunkt. Das Volumen reduzierte sich zum 31. Dezember 2020 auf 446 Millionen Euro.



Quelle: Finanzministerium

Einkommensquelle der Banken

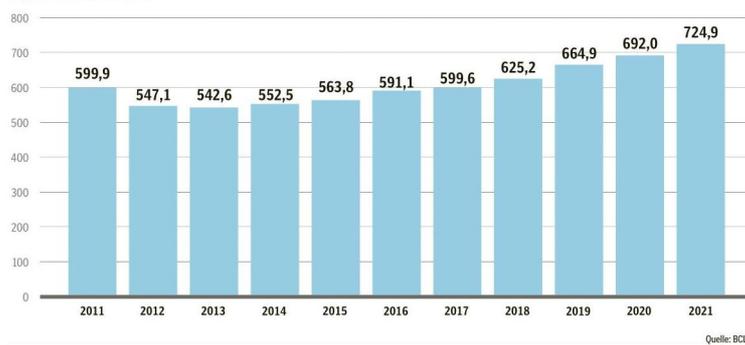
Trotz Niedrigzins: Zinsen bleiben auch 2020 die Haupteinnahmequelle der Banken.



Quelle: CSSF

Das Kreditvolumen steigt

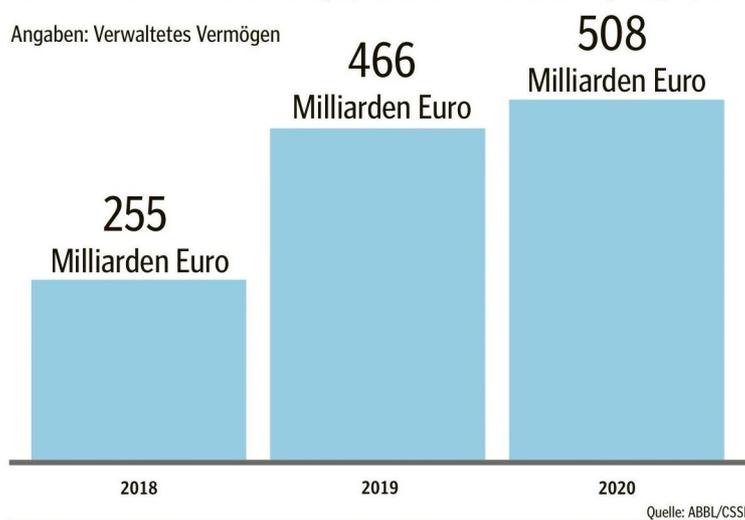
Angaben in Milliarden Euro



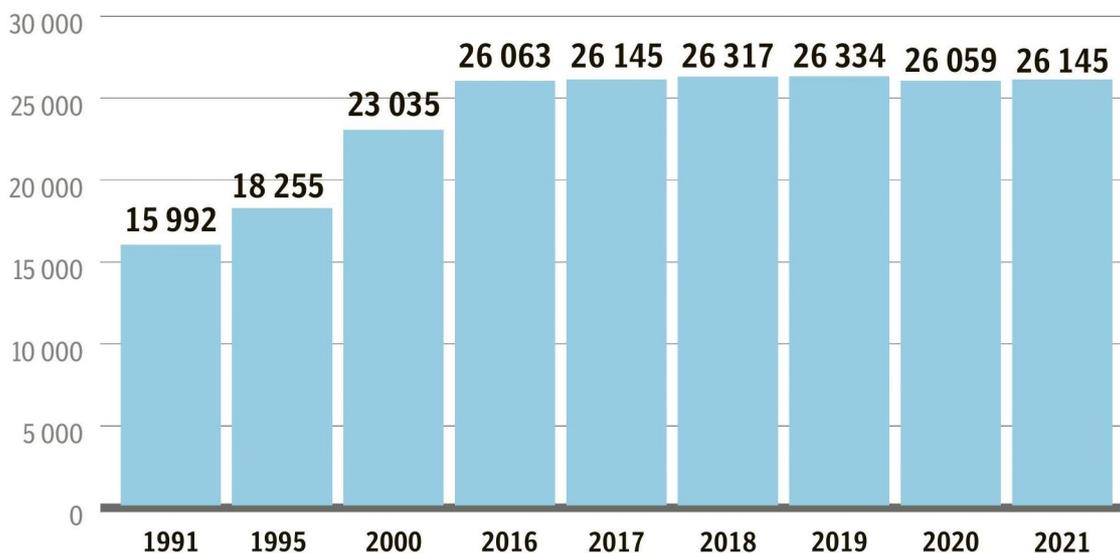
Privatbanken legen zu

Auch im Corona-Jahr nahm das Vermögen, das Kunden im Private Banking anlegten, zu.

Angaben: Verwaltetes Vermögen



Die Zahl der Beschäftigten steigt



Banken und ihre Herausforderungen

Während und nach der Pandemie

Von Marco Weber

2020 und 2021 werden sicherlich als die Jahre in Erinnerung bleiben, in denen das bisher bekannte Leben und die Arbeitswelt durch die Pandemie komplett auf den Kopf gestellt wurden. So war es noch vor anderthalb Jahren undenkbar, dass nahezu alle Mitarbeiter einer Bank aus dem Home Office arbeiten. Doch inwiefern zeigt sich diese besondere Situation auch in den finanziellen Kennzahlen der Luxemburger Banken für das Jahr 2020?

Auf der Ertragsseite wurde das Zinseinkommen als Haupteinkommensquelle der Luxemburger Banken 2020 abgelöst. Während sich das Zinsniveau und somit auch das Zinseinkommen der Banken seit nunmehr einigen Jahren auf einen niedrigen Niveau stabilisiert haben, erreichte das Provisionsergebnis 2020 einen neuen Rekordwert: Eine erneute Steigerung von 15 Prozent auf 5,9 Milliarden Euro nach dem erstmaligen Überschreiten der Fünf-Milliarden-Grenze im letzten Jahr. Damit liegt das Provisionsergebnis zehn Prozent über dem Zinsergebnis. Die Ursache für diese Steigerung ist im Wesentlichen auf eine Veränderung der Bankenlandschaft aufgrund von Restrukturierungen, beispielsweise durch Eröffnung oder Integration neuer Niederlassungen im Ausland, zurückzuführen.

Bereinigt um diesen Effekt würde sich der Anstieg immer noch auf fünf Prozent belaufen, der teilweise auch auf die Pandemie zurückzuführen ist; insbesondere die hierdurch verursachte Volatilität der Aktienmärkte führte zu einem signifikanten Anstieg des Transaktionsvolumens. Die bisherige Entwicklung der Aktienmärkte 2021 lässt auf eine weitere Steigerung hoffen; so ist der EUROST-OXX 50 seit dem 1. Januar 2020 um 15 Prozent gestiegen und auch das Nettofondsvermögen aller Luxemburger Investmentfonds hat sich von 4 974 Milliarden Euro Ende 2020 bis auf 5 294 Milliarden Euro zum 30. April 2021 gesteigert.

Trotz dieser überwiegend posi-

tiven Entwicklung blieb der Jahresüberschuss vor Wertberichtigungen und Steuern 2020 konstant. Der seit Jahren kontinuierliche Anstieg der Personal- und sonstigen Aufwendungen hat sich auch 2020 fortgesetzt beziehungsweise weiter verstärkt. Während die gesamte Mitarbeiterzahl leicht gesunken ist, sind die Personalaufwendungen um 5,6 Prozent gestiegen. Neben der zum 1. Januar 2020 erfolgten Indexanpassung ist der Trend zu höher qualifizierten Mitarbeiterprofilen hierfür die Ursache. Einen noch stärkeren Anstieg weisen die sonstigen Ausgaben auf; hier kommt es im Jahresvergleich beispielsweise durch Investitionen in die IT-Infrastruktur, Restrukturierungen und regulatorische Projekte zu einem Anstieg von acht Prozent. Auch in diesem Bereich hatten die genannten Restrukturierungen einen wesentlichen Einfluss. Der deutlichste Effekt der Pandemie zeigt sich jedoch bei den seitens der Institute vorgenommenen Wertberichtigungen: 600 Millionen Euro zusätzliche Abschreibungen auf Kredite im Vergleich zu 2019 lassen das Jahresergebnis 2020 aller Luxemburger Banken um 20 Prozent sinken. Ein derartig hohes Niveau an Wertberichtigungen wurde letztmalig im Jahr 2011 erreicht.

Während die absoluten Kennzahlen (die Sondereffekte der Pandemie außer Acht gelassen) seit Jahren stabil sind, hat sich die Cost-Income-Ratio, aufgrund des prozentual stärkeren Wachstums der Aufwendungen im Vergleich zu den Erträgen, in den letzten fünf Jahren von 50 Prozent auf 62 Prozent im Jahr 2020 erhöht.

Digitalisierung beschleunigen

Dieser Wert zeigt deutlich eine der weiterhin größten Herausforderung der Banken auf: Wie kann die zukünftige Profitabilität gesichert oder wieder erhöht werden? Während auf der Ertragsseite durch das seit Jahren niedrige Zinsniveau die Möglichkeiten begrenzt bleiben, sind fortan Investitionen notwendig, um sich die besten Talente zu sichern und vor allem, um den sich

stetig wandelnden und dabei wachsenden Anforderungen durch die Digitalisierung und geänderte Kundenerwartungen gerecht zu werden. Hierbei hat der COVID 19 Ausbruch unerwartet stark die Art und Weise beeinflusst, wie Banken ihre Geschäfte abwickeln; sowohl hinsichtlich der Geschwindigkeit als auch der Qualität der Dienstleistungserbringung. Die dabei gewonnenen Erkenntnisse werden den Banken helfen, die begonnene Digitalisierung zu beschleunigen. Themen wie Automatisierung oder Cloud Computing haben dabei das Potenzial, die Effizienz zu steigern und damit die Kosten langfristig zu senken. Auch auf Kundenseite hat sich die ohnehin schon starke Akzeptanz digitaler Kanäle durch die Pandemie noch weiter verstärkt; für die Banken besteht hier die Chance durch neue, innovative Vertriebskanäle und Produkte zu profitieren.

Cybersicherheit immer wichtiger

Zugleich haben in der Covid-Krise Angriffe durch kriminelle Akteure, die die zunehmende Nutzung von digitalen Kanälen, sozialen Medien, Cloud-Plattformen und Videokonferenzen als Angriffsfläche nutzen, an Bedeutung gewonnen. Seit Beginn der Krise ist ein signifikanter Anstieg dieser Angriffe festzustellen: Das Computer Incident Report Center Luxembourg (CIRCL) führt für das Jahr 2020 circa 180 000 gemeldete Cyberangriffe auf; eine Verdopplung im Vergleich zu 2019. Allein dieser Wert zeigt deutlich, dass Cybersicherheit immer mehr an Wichtigkeit gewinnt und einen größeren Einsatz auf allen Ebenen erfordern wird. Eine Zusammenarbeit innerhalb der Bankenbranche sowie die Abstimmung mit staatlichen Institutionen ist dabei essenziell.

Thema Nachhaltigkeit

Neben der Digitalisierung und Cyberangriffen nimmt das Thema ESG (Nachhaltigkeit in den Bereichen Umwelt: „Environment“, sozialer Verantwortung: „Social“ und Unternehmensführung: „Governance“) zunehmend eine zentrale Rolle ein. Die von KPMG durchgeführte Studie „Die Zukunft des europäischen Bankensektors“ kommt zum dem Ergebnis, dass Themen wie Klima- und Umweltschutz, soziale Gerechtigkeit, Menschenrechte oder Gleichberechtigung in der Gesellschaft und ins-

besondere bei der jungen Generation einen zunehmend höheren Stellenwert erhalten haben. Banken, wie auch alle anderen Unternehmen, werden ihre Geschäftsmodelle entsprechend stark an dem Thema Nachhaltigkeit ausrichten. Für die Banken besteht hier die Chance, sich künftig durch geeignete Produkte und Finanzierungen mit ESG-Fokus zu positionieren und somit ihre Beziehungen mit Kunden, institutionellen Investoren sowie Asset Managern zu verstärken.

Spannend bleibt auch die Frage nach dem zukünftigen „Way of Work“. Viele Unternehmen haben bereits kommuniziert, zukünftig verstärkt auf das Thema Home Office zu setzen. Luxemburg kommt hier aufgrund der vielen Grenzgänger eine Sonderstellung zu. Während die CSSF mit dem kürzlich veröffentlichten Rundschreiben 21/769 zur Telearbeit die rechtlichen Rahmenbedingungen konkretisiert hat, hängt die weitere Nutzung stark von etwaigen steuerlichen Übereinkünften Lu-

xemburgs mit den Finanzbehörden der Nachbarländer ab.

Insgesamt haben die Banken die Krise bislang gut überstanden. Hinsichtlich der zentralen Themen bleibt zu hoffen, dass die in den letzten 15 Monaten gemachten Erfahrungen entsprechend umgesetzt werden können und durch zielgerichtete Investitionen der Grundstein gelegt wird, um zukünftig wieder zu der angestrebten Profitabilität zurückzukehren.

* Marco Weber ist Partner im Bereich Wirtschaftsprüfung bei KPMG

„Der Bankensektor ist solide aufgestellt“

CSSF-Direktor Claude Marx zu den Auswirkungen der Pandemie auf die Finanzbranche, Cyberattacken und Tech-Giganten

Interview: Marco Meng

Die CSSF überwacht die Institute der Finanzbranche im Land, die insgesamt etwa 50 000 Beschäftigte zählen. Welchen Veränderungen der Bankensektor durch Pandemie und Digitalisierung ausgesetzt ist, dazu der Generaldirektor Claude Marx, der die Luxemburger Finanzaufsichtsbehörde seit 2016 leitet, im Interview.

Claude Marx, nach der Pandemie wird vermutlich die Zahl von Insolvenzen steigen. Wird das auch Banken und Versicherer treffen?

Ganz klar trifft die Pandemie auch die Finanzbranche, zum Beispiel weil die Unternehmen Kredite bei den Banken haben. Das genaue Ausmaß möglicher Insolvenzen kennen wir aber nicht und hängt von der wirtschaftlichen Entwicklung ab. Das Timing, wie die staatlichen Hilfsprogramme auslaufen, ist da mitentscheidend. **Wie ist die Situation der Banken?**

Der Bankensektor ist solide aufgestellt, sowohl finanziell als auch organisatorisch. Wichtig zu erwähnen in diesem Zusammenhang ist, dass die Banken gehalten sind, eine laufende Überwachung der Kreditwürdigkeit der Kunden durchzuführen. Dadurch können Kreditausfälle früh identifiziert und Verluste abgedeckt werden, und es türmen sich in den Büchern keine latenten Risiken auf.

Was Luxemburg angeht, so gab es hier letztes Jahr 600 Millionen Euro mehr Rückstellungen als 2019. Das hat allerdings nicht alleine mit der Pandemie zu tun, sondern auch mit neuen Buchhaltungsregeln, nach denen auch für solvente Kreditnehmer Rückstellungen gemacht werden müssen; hinzu kamen Rückstellungen wegen der Kredit-Moratorien (Rückzahlungspausen, d. Red.). Werden die Kredite wieder bedient, dann werden auch die Rückstellungen aufgelöst. Wichtig ist, dass die Eigenkapitalquote der Luxemburger Banken noch immer sehr hoch ist mit ungefähr bei 24 Prozent. Das Minimum beträgt acht Prozent. Zudem sind Unternehmens-

kredite in der Regel mit Aktiva abgesichert, so dass es im Fall einer Firmeninsolvenz nur selten zu einem kompletten Kreditausfall kommt. Bis jetzt sieht es gut aus.

Die Pandemie selbst konnte dem operationellen Geschäft nichts anhaben?

Trotz Lockdown und Homeoffice gab es nie eine Unterbrechung des operationellen Geschäfts oder Verluste dadurch, was zeigt, dass die Finanzdienstleister hier gut aufgestellt sind, um zu jedem Zeitpunkt weiter zu funktionieren.

In der Krise zeigte sich Luxemburgs Finanzsystem stabil. In Zukunft wird aber wohl vor allem die Gefahr aus dem Netz steigen, zum Beispiel durch kriminelle Hacker.

Das Internet ist unverzichtbar für ein effizientes und modernes Finanzdienstleistungsgeschäft. Es gibt da nicht nur stets neue Möglichkeiten, sondern auch neue Risiken. Die Finanzdienstleister werden immer abhängiger von Internet und IT, womit auch die Gefahr von Cyberattacken immer größer wird. Diese Risiken müssen wir einschätzen, ohne durch stets neue Regularien die digitale Entwicklung zu bremsen. Wir haben gesehen, dass es während der Pandemie 2020 eine größere Anzahl von Attacken gab, vor allem im Bereich Phishing. Dank der Kontrollmechanismen der Banken waren die Auswirkungen dieser Attacken aber sehr beschränkt.

Wir haben diesbezüglich auch letztes Jahr eine neue Richtlinie herausgegeben über das Management der IT-Risiken und der IT-Sicherheit, womit wir eine Richtlinie der European Banking Authority umsetzen. Zudem hat die Europäische Kommission im September mit „Dora“, also den Digital Operational Resilience Act vorgeschlagen, ein Rahmenwerk für die Finanzdienstleistungen in ganz Europa. Erstens muss jedes Finanzunternehmen – auch IT-Dienstleister – ein Regelwerk ha-

ben, um die IT-Risiken zu managen. Auch müssen alle Attacken und IT-Vorfälle den Aufsichtsbehörden mitgeteilt werden. Es müssen Tests durchgeführt werden, um zu schauen, wie robust die Systeme sind. Und es müssen auch die Risiken überwacht werden bei der Benutzung von Outsourcing an Finanzdienstleister.

Als Antwort auf die Finanzkrise 2007 kam ein strenges Regelwerk, was für Banken hohe Kosten bedeutet. Sorgt das nicht dafür, dass nur noch die Großen überleben – man dann aber wieder das Dilemma des „too big to fail“ hat?

Man darf nicht vergessen, dass die Finanzkrise 2007 erhebliche Kosten und viel Leid mit sich gebracht hat. Die Verschärfung der Regeln durch höhere Eigenmittelanforderungen und anderes mehr war eine Antwort auf die Krise, die durch die Finanzdienstleister verursacht wurde, auf wesentliche Schwachstellen im Bankensystem und vor allem in den großen Banken-Gruppen. Diese Regeln wurden über den Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht koordiniert und wurden primär für die großen Banken entwickelt. Die EU hat dann die Entscheidung getroffen, diese Regeln meist undifferenziert mit einer kleinen Dosis von Proportionalität auf die europäischen Banken anzuwenden. Dadurch ist natürlich ein Kostendruck entstanden. Dieser Kostendruck ist höher bei den kleinen Banken im Verhältnis zur Ertragsbasis als bei größeren Banken. Aber diese Kosten, die durch die Regeln entstanden sind, spielen eher eine untergeordnete Rolle, wenn es um die Profitabilität geht und die Gesamtkosten. Die sinkenden Margen kommen einerseits von den niedrigen oder negativen Zinsen sowie geringeren Kommissionsmargen und aufgrund höheren Konkurrenzdrucks durch mehr Transparenz, so dass Kunden heute viel besser vergleichen können. Auf der anderen Seite steigen die Kosten wegen hoher Investments in die IT,

Geldwäschebekämpfung und Investorenschutz. Das macht es kleineren Banken schwer zu überleben.

Insgesamt gibt es noch zu viele Banken in Europa, und es gibt auch noch zu viele Banken in Luxemburg. Aber das heißt nicht, dass das Geschäft der Banken sich verringert, wie die Bilanzsummen der Banken zeigen. Was too big to fail betrifft, so wurde nach der Finanzkrise ein wichtiges Regelwerk etabliert in der Eurozone, die in Luxemburg mit dem Gesetz vom 18. Dezember 2015 eingeführt wurde, das sehr aufwendige und kostspielige Regeln beinhaltet, dies aber nur bei den „too big to fail“-Banken, nicht bei kleineren.

Einen echten Boom von Kryptowährungen gab es auch in der Pandemie nicht, auf Hochs folgten Abschwünge. Werden sich Bitcoin und Co. aber irgendwann doch etablieren?

Ich mag den Namen Kryptowährung nicht, weil in dem Wort der Begriff „Währung“ enthalten ist. Eine Währung hat eine gewisse Definition zum Beispiel von Stabilität, weil es garantiert ist durch eine Zentralbank und so fort. Das haben wir bei diesen „Kryptowährungen“ nicht. Es ist wahr, wir haben beim Bitcoin extrem starke Preisveränderungen in einer sehr kurzen Zeit gesehen, von 8 000 Dollar bis über 50 000 Dollar, und dann wieder runter. Wir müssen auch das ganz genau verfolgen. Ich glaube, diese Volatilität hat übrigens nichts mit der Pandemie zu tun. Wir haben auch gesehen, dass viele dieser extremen Unterschiede teilweise durch Gaunereien verursacht werden, durch Manipulation von einer kleinen Zahl von Großbesitzern. Die großen Verlierer sind dabei die kleinen Anleger.

Mit einer hohen Gewinnchance ist eben immer ein hohes Risiko verbunden. Das geht nicht anders. Das heißt aber jetzt nicht, dass wir gegen Krypto sind – wir als CSSF sind neutral. Neuem gegenüber sind wir grundsätzlich nicht verschlossen. Wir haben letztes Jahr ein Regime eingeführt für Virtual Asset Service Provider, Wechselplattformen, wo man Zentralbankgeld gegen sogenanntes Kryptogeld tauschen kann: auch diese Dienstleister müssen sich jetzt bei uns eintragen – auch wenn sie bereits eine Lizenz als Finanzdienstleister haben –, und werden von uns zwecks Geldwä-

schebekämpfung überwacht. Ebenso schauen wir uns auf der Produktseite Kryptoassets an. In Ucits-Fonds (normale Publikumsfonds d. Red.) ist es nicht erlaubt, Kryptoassets zu halten. In alternativen Investmentfonds schon. Wichtig wäre, dass es für Kryptoassets internationale Regeln gibt und nicht jedes Land seine eigenen Regeln hat, auch weil Kryptoassets ihrer Natur nach etwas sind, was nicht an ein Land gebunden ist. In der Zukunft wird es nicht eine Regelung für Kryptoassets geben, sondern man wird unterscheiden müssen zwischen den verschiedenen Arten von Kryptoassets, und sogar innerhalb von Tokens gibt es sehr viele verschiedene Arten, die sich verschieden verhalten und verschiedene Risiken haben. Man kann sich auch denken, dass in der Zukunft vielleicht Banken selbst Kryptoassets herausbringen.

Augenfällig ist, dass die Resultate der Banken im Gesamten seit Jahren zurückgehen, während das Fondsvermögen anscheinend unaufhaltsam wächst. Bildet sich da nicht eine Blase?

Die Fondsvermögen steigen durch zwei Entwicklungen: erstens durch Netto-Neueinlagen von Investoren und dann zweitens durch die Entwicklung an den Börsen. Das hat man sehr gut gesehen in der Pandemie. Im Februar 2020 hatten wir ein Fondsvermögen insgesamt von 4,67 Billionen, dann im März 2020 sind wir runtergefallen auf 4,1 Billionen. Und ein Jahr später, im März 2021, hatten wir einen Rekord mit 5,25 Billionen. Dass netto mehr Geld in Fonds fließt, hat auch mit dem niedrigen Zins zu tun und der Tatsache, dass ein Bankguthaben keine Rendite bringt. Die Fonds sind darum eine gute In-

vestitionsmöglichkeit. Fonds tragen zur Finanzierung der realen Wirtschaft bei. Und das ist heute sogar nötiger denn je. Und da insgesamt die Luxemburger Fonds sehr gut diversifiziert sind, kann man ganz klar sagen, dass das keine Blase ist. Auch wenn die Entwicklung spektakulär ist, so kann man dennoch sagen, dass wir in Luxemburg und insgesamt auch in ganz Europa noch unterinvestiert sind gegenüber anderen Regionen wie Amerika oder Asien. Darum glaube ich, dass die Fondsbranche noch eine sehr gute Zukunft hat.

Am Anfang jeder Entwicklung stehen Ideen und das Geld, sie umzusetzen. Der Finanzbranche kommt also beim Erreichen von Nachhaltigkeitszielen eine große Bedeutung zu.

Ich glaube, hier sollte es vor allem nicht darum gehen, neue Regeln einzuführen, sondern es geht darum, den Planeten vor dem Untergang zu bewahren. Hier hat die Europäische Union, die ja sonst für viel kritisiert wird, etwas sehr Fortschrittliches getan, indem sie ein bindendes Regelwerk entworfen hat mit dem EU-Green Deal, um der Erderwärmung entgegenzuwirken. Das geht nicht mit öffentlichen Geldern alleine. Hier kommt Green Finance ins Spiel.

Etwas sehr Wichtiges, was dieses Jahr angefangen hat, ist das Non-Financial Reporting: Firmen müssen offenlegen, wie sie sich sozial, ökologisch und hinsichtlich der Unternehmensführung verhalten. Ausformuliert sollen die Regeln am 1. Januar 2022 sein. Dann muss noch einmal überprüft werden, ob diese initiale Nachhaltigkeits-Klassifizierung, die jetzt für März 2021 gemacht wurde, nachgebessert werden muss. Wir hören aus der Fondsbranche, dass

dort ungefähr 20 Prozent schon auf die ein oder andere Weise eine nachhaltige Strategie verfolgen. Auch geht es darum, Greenwashing zu vermeiden. Aber man muss auch realistisch sein. Denn das Ganze ist etwas Neues, etwas Einzigartiges. Eine solche Regulierung gibt es derzeit nirgendwo sonst. Es geht eigentlich um das wichtigste Ziel, denn wenn wir dieses Ziel nicht erreichen, dann brauchen wir auch all die anderen Regularien nicht mehr.

Geben wir uns mit diesen Standards zufrieden oder versuchen wir vielleicht auf der Luxemburger Seite, noch irgendwie zusätzliche Anforderungen einzuführen? Da gebe ich Ihnen ganz klar die Antwort: Nein. Die Anforderungen sind sehr hoch. Das ist auch gut so. Die Firmen brauchen Zeit, um das alles richtig umzusetzen. Wir werden danach tätig und streng kontrollieren. Auch weil das Thema sehr ernst ist.

Was Anreize betrifft, um Investitionen in bestimmte Bereiche zu stimulieren, so ist das jetzt noch nicht auf der Tagesordnung. Ich glaube, der Blickpunkt zurzeit sind die Risiken und vor allem auch die Risiken, die damit verbunden sind, wenn man nicht in nachhaltige Produkte investiert. Da bilden sich nämlich Risiken von verschiedenen Arten für die Finanzdienstleister. Wenn man nicht nachhaltig investiert und nicht nachhaltig denkt und auch seine Firma nicht nachhaltig aufstellt, wird man ein geschäftliches Problem haben in der Zukunft, um Kunden zu gewinnen, aber auch um junge Angestellte anzuziehen, weil junge Leute Nachhaltigkeit als ein sehr wichtiges Auswahlkriterium benützen werden.

Könnten für Investitionen in CO₂-arme Wirtschaft nicht bestimmte

Regeln gelockert werden?

Es gibt Überlegungen, bei den Kapitalanforderungen für Banken explizit Nachhaltigkeitsanforderungen einzubauen. Man kann sich auch vorstellen, dass es in einem gewissen Maße Erleichterungen bei den Kapitalanforderungen geben könnte. All das wird trotzdem begrenzt bleiben. Man darf nicht aus den Augen verlieren, dass es insgesamt bei der Regulierung ja um die Finanzstabilität geht und um den Investoren- und Konsumentenschutz, das gilt bei Nachhaltigkeit genauso.

Was wäre, wenn die finanzstarken Tech-Unternehmen wie Facebook, Google oder Amazon ins Finanzgeschäft kämen?

Ich schließe nicht aus, dass das passieren wird. Das Wahrscheinlichste wäre das Geschäft mit Kleinkrediten. Es gibt da auch schon einige, die für kleine und mittlere Unternehmen zum Beispiel in Amerika ein beschränktes Angebot anbieten. Man darf das aus einem Grund nicht unterschätzen, nämlich Big Data. Wenn eine Bank heute 50, 60, vielleicht 100 Daten über einen Kunden hat, dann haben die großen Tech-Firmen oft Tausende. Das erlaubt ihnen, mit automatisierten Credit Scoring-Modellen auch ganz genau Zahlungsfähigkeit von Kredit-suchenden vorauszusehen. Das wäre wirklich eine ernstzunehmende Konkurrenz für die Retailbanken. Es wird also sehr spannend, wie das Feld der Finanzdienstleister morgen aussehen wird. Und auf der positiven Seite sehen wir aber auch, dass die Großbanken ihrerseits aufrüsten, modernisieren, digitalisieren, effizienter werden. Das ist der Gegenangriff der Großbanken auf die derzeitigen Herausforderungen.

● Wer sich nicht um Nachhaltigkeit kümmert, wird in der Zukunft ein Problem haben.

● Die großen Tech-Firmen als Kreditgeber wären eine ernstzunehmende Konkurrenz für die Retailbanken.

„Chancen für neue Dienstleistungen“

Die Bankenlandschaft ändert sich grundlegend, das ist auch politisch so gewollt, erklärt Ananda Kautz von der ABBL

Interview: Marco Meng

Ananda Kautz wurde vergangenen August Nachfolgerin von Marc Hemmerling, der in den Ruhestand ging: Seitdem leitet die Brasilianerin beim Bankenverband ABBL den Bereich Innovation, Digital Banking and Payments.

Ananda Kautz, die EU-Kommission hat mit 2020/0267 eine Pilotregelung für Marktinfrastrukturen auf Basis der Blockchain-Technologie vorgeschlagen. Was bedeutet das, vor allem für Luxemburger Banken?

Um etwas Kontext zu dieser Frage zu geben, möchte ich die Tatsache betonen, dass die Europäische Kommission einen großen Fokus auf die Digitalisierung des Finanzsystems in Europa legt. Sie hat die sogenannte „Digital Finance Package Strategy“ entwickelt, die im September 2020 auf den Weg gebracht wurde. Es wird ein Vorher und Nachher in Bezug auf dieses Digitalpaket der geben.

Was sind die Ziele?

Das erste Ziel ist die Verringerung der Fragmentierung des Finanzsektors, um mehr grenzüberschreitende Dienstleistungen zu ermöglichen. Das zweite ist die Schaffung eines europäischen Datenraums. Und die dritte Säule dieses Innovationspakets ist ein regulatorischer Rahmen, um Innovationen zu erleichtern. Es geht auch darum, an den Cybersecurity-Risiken zu arbeiten, der digitalen Resilienz, der Stabilität des Finanzsektors. Hier kommt die Marktinfrastrukturen auf Basis der Blockchain-Technologie ins Spiel. Ich denke, es wäre eine große Chance für den Finanzsektor, wenn der regulatorische Rahmen geschaffen würde für die Nutzung der Blockchain-Technologie. In Luxemburg haben wir da einige gute Akteure.

Nach PSD2 kommt irgendwann PSD3, das heißt, die Banken müssen sich Gedanken über ihre Geschäftsmodelle machen. Wie sehen sie in zehn oder 15 Jahren aus?

Die Zahlungsrichtlinie PSD2 war ein Game Changer, der die Banken dazu zwingt, die Daten Drittanbietern bereitzustellen.

Wir sehen, dass Bezahlvorgänge mobiler werden und es auch mehr Instant-Zahlungen gibt. Außerdem gibt es die Strategie der Europäischen Kommission, Zahlungen mit „europäischer Souveränität“ durchzuführen statt sich auf die amerikanischen Kartenanbieter zu verlassen. Ich denke, dass es in Bezug auf den Zahlungsverkehr noch einige Änderungen geben wird, natürlich zum Vorteil des Verbrauchers und des Schutzes sowie der Wettbewerbsfähigkeit des Marktes. Insgesamt geht es darum, ein „Open Finance“-Umfeld zu schaffen, wobei der Umfang der Produkte viel größer sein könnte als nur Bezahlvorgänge, es könnte bis hin zu Sparkonten, Kredite, Anleihen gehen. Das ist eine große Veränderung für die Banken.

Die Zukunft in zehn bis 15 Jahren können wir uns als ein offenes, eingebettetes Finanzwesen vorstellen, was bedeutet, dass die Daten der Verbraucher mit deren Zustimmung unter den verschiedenen Akteuren ausgetauscht werden. Die Bank ist also eine Art Anbieter, der bereits in das Finanz- und Konsumverhalten eines Verbrauchers eingebunden ist. Und auf der anderen Seite erwarten wir auch, dass Banken von Daten aus anderen Bereichen profitieren werden, zum Beispiel wenn der Kunde seine Stromverbrauchsdaten mit der Bank teilen möchte. Dann könnte die Bank auf dieser Grundlage einen Kredit vorschlagen und ähnliche Dinge, die damit zusammenhängen.

Wir haben bei der ABBL ein digitales Strategiekomitee gegründet, das zum Ziel hat, den Banken bei der institutionellen Transformation zu helfen und in einer jüngst gegründeten Data on Finance Working Group über „Open Finance“ diskutiert, wobei sich zeigte, dass Luxemburg Teil dieser Veränderung sein will. Es ist also wichtig für die Zukunft, dass wir die Banken auch auf der technologischen Seite vorbereiten.

Das Angebot von Fintechs beschränkt sich nicht mehr nur auf Zahlungsdienstleistungen. Wo bestehen die größten Kooperations-

möglichkeiten zwischen Banken und Fintechs?

Es geht nicht nur um die Zusammenarbeit mit Fintechs, sondern auch mit anderen Dienstleistern, zum Beispiel Energieunternehmen und noch viel mehr. Nun ist die Frage, ob das nicht riskant für die Banken ist, dass sie vielleicht ihre Bedeutung verlieren. Man muss verstehen, dass es so ist, dass manche Produkte von Natur aus zum „Rohstoff“ werden, zum Beispiel der Bezahlvorgang. Es wird eine Herausforderung in Bezug auf die Rentabilität sein. Das ist sicher.

Aber wir sehen auch Chancen für neue Dienstleistungen und neue Erträge auf der Basis von Innovationen, innovativen Dienstleistungen, die von der Bank und auch in Zusammenarbeit mit den Fintechs entwickelt werden können. Es gibt Raum für die Zusammenarbeit zwischen Banken und Fintechs. Das ist der Grund, warum wir zusätzlich zu diesem digitalen Strategiausschuss, den wir eingerichtet haben, um die digitale Transformation voranzutreiben, auch ein separates Gremium schufen, das sich Digital FinTech Innovation Forum nennt und die Idee verfolgt, die Zusammenarbeit und die Geschäftsmöglichkeiten zwischen den Banken und neue Technologie-Dienstleistern zu erleichtern.

90 Prozent unserer Mitgliedsbanken sagen, dass sie Fintechs als Partner und Katalysatoren für Innovationen sehen und nicht als Konkurrenten. Manche konzentrieren sich darauf, dass sie in Partnerschaft mit Fintechs arbeiten. Oder sie beteiligen sich an Fintech-Unternehmen. Wir haben hier also einen Mix von Strategien. In einer Studie, des Weltwirtschaftsforums aus dem Jahr 2017 war Luxemburg die Nummer eins von 137 Ländern, was die Fähigkeiten in Bezug auf die digitale Transformation angeht.

Digitalisierung bedeutet auch, dass die Cybersicherheit immer wichtiger wird.

Ja, Cybersicherheit ist schon seit Jahren ein zentrales Thema,

denn mit der Digitalisierung nimmt das Risiko von Cyberangriffen zu. Darum wurde auch in Luxemburg das Cybersecurity Competence Center (C3) gegründet, und wir haben bei der ABBL deswegen auch eine Arbeitsgruppe, die sich mit Cybersicherheit beschäftigt. Mit zunehmender Digitalisierung werden gleichzeitig auch die Technologie und der Prozess rund um die Cybersicherheit weiterentwickelt. Es werden regulatorische Standards für die Wahrung der Cybersicherheit gesetzt, gleichzeitig müssen die Verbraucher aufgeklärt werden, damit sie sich der Risiken bewusst sind.

Nachhaltigkeit und Umweltschutz sind zentrale Themen im Moment. Denken Sie, dass in Zukunft ein Kredit, eine Hypothek oder die Zinsen für einen Kredit von der Nachhaltigkeit abhängen können?

Das Bewusstsein für Nachhaltigkeit und Umweltschutz ist bei allen größer geworden. Dabei geht es nicht nur um Regulierung, sondern auch um die Erwartungen der Verbraucher an alle Anbieter, einschließlich der Finanzdienstleister.

Die Europäische Union benötigt im Rahmen des „Green Deal“ pro Jahr rund 180 Milliarden Euro an Investitionen in Energieeffizienz und erneuerbare Energien. Öffentliche Gelder können die erforderlichen massiven Umweltinvestitionen nicht decken. Die Art und Weise, wie die Banken die Transformation unterstützen können, liegt meiner Meinung nach hauptsächlich in der Transparenz der Investitionen, auch um so Greenwashing zu vermeiden.

Eine Studie von Morningstar besagt, dass einer von vier Fonds in Europa als nachhaltig im Sinne ihrer Empfehlung eingestuft wird. Das zeigt, dass sich der Finanzsektor zunehmend auf Produkte konzentriert, die einerseits die Nachhaltigkeits-Vorschriften berücksichtigen, andererseits aber auch den Wünschen der Verbraucher entsprechen.

Banken unter Zugzwang

Viele Kunden interessieren sich für Kryptowährungen, doch die Geldhäuser zögern – besonders in Luxemburg

Von Marlene Brey

Spätestens Elon Musks Tweets und die folgenden gewaltigen Kurschwankungen haben den Bitcoin in den Mainstream getragen. Die Kryptowährung erfreut sich wachsender Bekanntheit und Beliebtheit. Hinzu kam der Boom bei Kleinanlegern während der Corona-Krise. Angeblich regelt die Nachfrage das Angebot. Doch das stimmt nicht immer, wie der Hype um Bitcoin und Co. zeigt. Denn viele Kunden haben zwar großes Interesse an den sogenannten Digital Assets, doch Banken ziehen nur zögerlich mit dem Angebot nach.

Viele Jahre haben die Institute das Thema weitgehend ignoriert und den Bitcoin als gefährliches Spekulationsobjekt abgetan. Beispiel Goldman Sachs: Die Abteilung für Verbraucher- und Investment-Management formulierte noch im Mai 2020, dass Kryptowährungen „keine Anlageklasse“ seien, „ungeeignet für die Kunden“. Es wurde argumentiert, es ginge nur um einen Hype, der schlimmer sei als der berühmte Run auf holländische Tulpen in den 1600er Jahren. Jamie Dimon, Vorstandschef von Amerikas größter Bank JP Morgan Chase, tonte 2017, er würde seine Trader feuern, wenn sie so dumm seien, mit Bitcoin zu handeln.

Dann kam die Kehrtwende. Zumindest auf der großen Bühne. Trotz anhaltender Turbulenzen – etwa wegen Musks Tweets – ist der Kurswechsel bei Goldman genauso wie bei JP Morgan, Morgan Stanley und vielen andere etablierten Finanzhäusern im Gange. Auch die Deutsche Bank schaut sich sehr genau an, welche Möglichkeiten der Kryptomarkt bietet. Dass nicht nur die Großen umdenken können, zeigt ein auf den ersten Blick ulkiges Beispiel: Bei der sächsischen Volksbank Mittweida, im äußersten Osten des Nachbarlandes, hat man sich auf Krypto-Start-ups spezialisiert. Und was passiert derweil in Luxemburg?

Luxemburg ist unentschlossen

Zumindest das Thema ist auch hierzulande angekommen. PwC Luxembourg etwa hat ein „Blockchain & Crypto-Assets Meet Up“

eingeführt. „Durch diese Reihe wollen wir die neuesten Entwicklungen und Erkenntnisse über die sich ständig weiterentwickelnde Blockchain-Technologie und ihre Anwendungen diskutieren“, heißt es auf der Webseite. Das Format ist ein einstündiges Treffen mit Experten und wird jedes Quartal organisiert. Das nächste Webinar gibt es am 30. Juni.

Ende April fand „auch Luxembourg's first Blockchain Week“ statt. Die gut besuchte Veranstaltung umfasste eine Grundsatzrede von Premierminister Xavier Bettel, bei der dieser ankündigte, er wolle, dass Luxemburg ein „digitaler Vorreiter“ sei und „weiterhin Risiken eingehe“, wenn es um innovative Technologien wie Blockchain gehe. Auch Finanzminister Pierre Gramegna war anwesend. Bei der Luxemburger Blockchain-Woche waren Luxemburgs Blockchain- und Krypto-Experten versammelt. Denn diese gibt es hier durchaus. Im LHoFT, Luxemburgs Fintech-Plattform, sitzen mindestens acht Start-ups, die sich im Feld von Kryptowährungen und Blockchain bewegen. Sie tragen Namen wie Stokr, Tokeny, Morfin, bitFlyer, CoinPlus, BlockHouse Technology, FundsDLT oder Scorechain. Da ist also einiges in Bewegung im Großherzogtum. Doch was heißt das praktisch für willige Anleger?

Ein Blick auf die Banken im Land zeigt: Sie beobachten den Markt zwar immer genauer, doch daraus folgt bisher wenig. So hat etwa die BIL Mitte Juni noch ein Webinar zum Thema veranstaltet. Dort fragte die Bank: „Um das Auf und Ab der Kryptowährung zu verstehen, müssen wir zu den Grundlagen zurückkehren: Was sind die Merkmale einer Währung? Und was sind die Merkmale von Kryptowährungen? Sollten Investoren, ob groß oder klein, genauer hinschauen? Ist eine breitere Einführung möglich?“ Man nähert sich dem Thema mit großen Worten und kleinen Schritten. Ein Angebot gibt es bisher nicht.

Ähnlich sieht es bei der Banque Raiffeisen aus. Hier sagt eine Sprecherin: „Banque Raiffeisen bietet bisher keine Krypto-Produkte respektive Dienstleistungen an. In

der Regel stellen Kryptowährungen eine hoch spekulative Anlageform dar. Raiffeisen hingegen setzt den Fokus auf eine weniger risikobereite Anlageberatung. Daher ist eine zukünftige Implementierung in unser aktuelles Investmentportfolio, das auf Nachhaltigkeit und verantwortungsvollem Investieren basiert, zum heutigen Zeitpunkt eher unwahrscheinlich.“ Auch von der ING kommt die Absage: „Krypto-Dienstleistungen sind im Moment nicht Teil unserer Strategie in Luxemburg. In Zukunft könnte sich das natürlich ändern, aber dies ist der heutige Stand.“ Ein Experte im Feld gibt zu bedenken, dass die meisten Banken hierzulande auch gar nicht die Entscheidungsgewalt haben, weil sie Ableger größerer Banken sind. So hat die Frankfurter Privatbank Hauck & Aufhäuser, die auch in Luxemburg operiert, Anfang 2021 einen Krypto-Fonds initiiert.

Auswege für Anleger

Anleger, die in digitale Assets investieren wollen, finden also bei den meisten Banken im Land kein Angebot und müssen sich andere Lösungen überlegen. Fündig werden sie bei Start-ups. Ein Beispiel ist Coinbase. Auf der Plattform können Kunden Kryptowährungen kaufen, verkaufen und konvertieren. Auch Bitstamp mit Lizenz aus und Sitz in Luxemburg oder die App von Revolut sind hierzulande verfügbar.

Noch nicht so etabliert sind die Start-ups im LHoFT. Hier sitzt etwa Vlad Centea mit seinem Fintech Morfin. Er sieht sich als Brückenbauer zwischen der Bankenwelt und der Welt der digitalen Vermögenswerte. „Alle Banken beobachten den Markt sehr genau. Die Mitarbeiter aus den Innovationsabteilungen kommen regelmäßig ins LHoFT. Sie sind sehr interessiert – aber eben auch sehr vorsichtig“, sagt er. Seine Einschätzung ist, dass die Banken damit viele Kunden verlieren. Denn das Interesse in der breiten Bevölkerung steigt. Aber nicht für jeden kommt es in Frage, über eine Kryptobörse zu gehen. „Das ist einfach komplizierter, als das Geschäft über die vertraute Bank zu regeln. Heute sind die meisten Nutzer von digitalen Assets vom Bankensystem

ausgeschlossen, weil die Banken nicht ausgestattet sind, um die Compliance und die Technologie zu bewältigen. Banken müssen darum viele Chancen im Zusammenhang mit digitalen Vermögenswerten und Kunden ziehen lassen, obwohl sie gerne beteiligt wären“, erklärt er.

Schwierigkeiten für Start-ups

Aber nicht nur Privatanleger bedrängen die Banken wegen Kryptoangeboten – auch die Start-ups sind auf die Zusammenarbeit angewiesen. Und auch hier zeigen sich die Banken zögerlich. Ein Gründer in der Branche erzählt von seinen Erfahrungen: „Die meisten Banken sind hoch interessiert. Aber wenn man als Unternehmen auf sie zugeht, kann man oft nicht mal ein normales Unternehmenskonto eröffnen.“

Zahlreichen Krypto-Start-ups fällt es schwer, bei einer BIL, der Spuerkeess oder auch der Deutschen Bank ein Geschäftskonto zu eröffnen. Hier kommt wieder die sächsische Volksbank Mittweida ins Spiel: Sie ist ein Paradebeispiel dafür, wie eine traditionelle Bank einen erfolgreichen Strategiewechsel vollziehen kann. In Mittweida hat man sich nämlich auf genau dieses Publikum spezialisiert. Wo Krypto-Firmen sonst aufgrund von Unwissenheit und Vorsicht lieber per se eine Absage erhalten, bekommen sie nun ein Angebot. Die Volksbank Mittweida leistet damit einen Beitrag zur Krypto-Adaption in Deutschland. Einen solchen Vorreiter könnte auch Luxemburg gebrauchen.

● **Krypto-Dienstleistungen sind kein Teil unserer Strategie in Luxemburg.**

ING Luxembourg

● **Eine zukünftige Implementierung ist unwahrscheinlich.**

Banque Raiffeisen, Luxemburg

GASTBEITRAG

Europas konkurrierende Finanzplätze

Nicolas Mackel

CEO von
Luxembourg for
Finance

Hubertus Väth

Geschäftsführer
von Frankfurt
Main FinanceJoost van der
Does de
WilleboisChairman von
Capital
Amsterdam

Börsen-Zeitung, 17.6.2021

Die Finanzplätze in der Europäischen Union werden oft als Konkurrenten gesehen, die sich in einem Nullsummenspiel gegenseitig das Geschäft wegschnappen. Nach dem britischen Referendum über den Austritt aus der EU wurde viel Aufmerksamkeit darauf verwendet, zu kommentieren, wie einzelne Zentren im Kampf um die „Brexit-Beute“ abschneiden.

Dabei hatten Frankfurt, Luxemburg und Amsterdam in der Post-Brexit-Zeit viele Gemeinsamkeiten: Das ehrliche Bedauern, mit London einen Finanzplatz von Weltrang in Europa zu verlieren, das klare Ziel, den Brexit milde zu gestalten, und das immer noch gültige Angebot gen London, neue Brücken bauen zu wollen.

Die verschiedenen Finanzzentren sind sicherlich Konkurrenten, und das ist grundsätzlich eine gute Sache, die der Finanzindustrie und letztlich ihren Kunden zugutekommt und Unternehmen wie Volkswirtschaften vorantreibt. Aber die Finanzdienstleistungslandschaft in Europa ist viel differenzierter als die „Schlamm-schlacht“ zwischen den verschiedenen Städten, die manche gerne darstellen, vermuten lässt. Die vielen Verlagerungen von Personal und Assets nach dem Brexit, die seit 2016 bekannt wurden, haben dies unterstrichen und bieten einen nützlichen Einblick in das, was Europas Finanzmärkte wirklich ausmacht.

Bestes Ökosystem

Erstens haben sich Finanzinstitute in den meisten Fällen dafür entschieden, dorthin umzuziehen, wo ihrer Meinung nach das beste lokale Ökosystem zur Unterstützung einer bestimmten Aktivität besteht, nicht unbedingt für die gesamte Gruppe. Diese Verlagerungen wurden entschieden, indem die relativen Stärken der verschiedenen Optionen, die für eine bestimmte Aktivität in

jeder Stadt zur Verfügung standen, auf der Grundlage einer komplexen Reihe von Fakten bewertet wurden. Diese reichen von der Regulierung, dem Personalangebot, der realen Infrastruktur, der Marktinfrastruktur, den Kosten pro Arbeitseinheit bis hin zum Arbeitsrecht, um nur einige Faktoren zu nennen. Das Ergebnis dieses Bewertungsprozesses erklärt nach fünf Jahren, warum Frankfurt und Paris den Großteil der Bankaktivitäten bekamen und Luxemburg und Dublin die bevorzugte Wahl für die Vermögensverwaltungsbranche waren. Amsterdam schließlich hat bei den Anbietern von Marktliquidität und Handelsplattformen gut gepunktet. Auch Brüssel, Budapest, Krakau, Madrid, Mailand und einige andere Städte konnten punkten. Weitere Entwicklungen stehen noch bevor, wie zum Beispiel die schrittweise Verlagerung des Clearinggeschäfts für Euro-Derivate von London auf den Kontinent. Dies ist nicht als plötzliche Zersplitterung der bisher in London konzentrierten Macht zu sehen, sondern vielmehr als willkommene Multipolarisierung der spezialisierten Finanzzentren in der EU.

Zweitens sind die EU-Finanzzentren in der Tat eher integriert und ergänzen sich gegenseitig, als dass sie wirklich Konkurrenten sind. Der Grund, warum die Finanzindustrie ihre Ansiedlungen auf verschiedene Städte aufgeteilt hat, ist, dass jede von ihnen eine andere Spezialisierung und damit einen einzigartigen Mehrwert bietet, während sie gleichzeitig nahtlos miteinander verbunden sind, um diese Spezialisierung mit wenig Reibung zu ermöglichen.

Ganz neu ist das übrige nicht. Die Integration der Kompetenzen verschiedener Finanzplätze hat eine lange Tradition. Große Finanzakteure haben schon immer ihre Wertschöpfungskette so ausgerichtet, dass sie die Vorteile spezialisierter Finanzstandorte nutzen konnten. Kontinentaleuropäische Vermögensverwalter oder auch die Deutsche Börse sind gute Beispiele für Firmen, die sich diese Komplementarität verschiedener Zentren zunutze gemacht haben.

Indem sie die Standortvorteile konkurrierender Finanzzentren nutzen, können Firmen aus der ganzen EU ihre Aktivitäten in Segmenten ausbauen, die durch die an dem einen oder anderen Ort vorhandenen Fähigkeiten besser bedient werden. Das gilt auch für die Regulatorik. Im Wesentlichen sind sie also in der Lage, die zentralen Lehren sowohl von Adam Smith, dem Befürworter freier Märkte,

als auch von David Ricardo, dem Verfechter des komparativen Vorteils, in die Praxis umzusetzen.

In Zukunft gilt es, die in den einzelnen europäischen Finanzzentren vorhandene Expertise zu fördern und zu nutzen, damit die Finanzbranche die zahlreichen Herausforderungen bewältigen kann, die sich ihr stellen – von der beschleunigten Digitalisierung über die Pandemiebekämpfung bis hin zur Finanzierung einer nachhaltigen Zukunft.

Sinnvoll zusammenarbeiten

Die Förderung des nachhaltigen Finanzwesens ist ein gutes Beispiel dafür, dass der Wettbewerb Europa nicht daran hindert, auf sinnvolle Weise zusammenzuarbeiten, da die nationalen Interessen aufeinander abgestimmt sind. Das Ziel eines Finanzplatzes kann nicht einfach darin bestehen, Marktanteile zu erobern, sondern Nachhaltigkeit in allen Finanzaktivitäten und -sektoren zu verankern. Platz ist reichlich: Der europäische Finanzmarkt ist 4 Bill. Euro schwer. Viel Geld also, das arbeiten will.

Das Gleiche gilt aktuell für die Finanzierung des Wiederaufbaus der Volkswirtschaften nach der Pandemie. Es muss frei fließendes Kapital geben, das globale Investoren mit Projekten, die Geld benötigen, verbindet. Hier ist die Expertise und Macht der Finanzzentren entscheidend. Das ist, wenn man so will, unser Kerngeschäft.

Drittens ist der EU-Binnenmarkt nach wie vor eine starke Kraft, die Unternehmen anzieht, und so Wachstum fördert und Arbeitsplätze schafft. Um ihn noch leistungsfähiger zu machen und es den EU-Akteuren zu ermöglichen, sich ihren Konkurrenten in den USA und Asien zu stellen, sollte die EU ihre Arbeit an der Vertiefung des Binnenmarkts für Finanzdienstleistungen durch die verschiedenen Aspekte der Bankenunion, der Kapitalmarktunion, des Green Deal und des digitalen Binnenmarkts intensivieren.

Dies ist das Gegenteil einer abgeschotteten „Festung Europa“, es geht darum, einen fairen Wettbewerb zu ermöglichen, um die Wettbewerbsfähigkeit dank der Spezialisierung und der damit einhergehenden Skalierung zu stärken.

Offenheit im Handel

Die EU ist immer mit gutem Beispiel vorangegangen, was die Offenheit im Handel angeht. Die EU-Finanzzentren sollten sicherlich weiterhin mit ihren europäischen Kolle-

gen in London und der Schweiz zusammenarbeiten, ebenso wie mit anderen globalen Zentren. Daher gibt es natürlich eine klare Rolle für London in dieser neuen kollektiven Anstrengung, da das Finanzwesen im Wesentlichen ein wirklich globales Geschäft ist und hoffentlich auch bleiben wird.

Zusammengefasst: Der Brexit birgt immer noch das Risiko, Europa als globalen Finanzplatz zu schwä-

chen. Aber er birgt auch die Chance, mehr als ein Nullsummenspiel zu werden, weil die Komplementarität der Finanzzentren sehr viel Nutzen stiftet. Die EU muss den aktuellen Schwung dafür verwenden, um die Bankenunion zu vollenden und einen echten EU-Kapitalmarkt zu schaffen. Nur dann wird sie in der Lage sein, ihre Rolle im globalen Finanzwesen voll zu auszuspielen.

Investmentfonds und Rückversicherer treiben Luxemburg nach vorne

Wie staatliche Förderung von Innovationen und Start-ups, ein Plus bei Informationstechnologien und im Finanzsektor sowie ein hoher Bildungsstandard das Großherzogtum an der Spitze halten, belegen neue Zahlen des Deloitte-Business-Monitors.

VON BJÖRN PAZEN

LUXEMBURG Traditionell analysiert das Wirtschaftsberatungsunternehmen Deloitte Luxemburg alle Zahlen zur Wirtschaft in Luxemburg mit speziellem Fokus auf den deutschsprachigen Markt. In der achten Auflage des „Business Monitor Luxemburg kompakt“, die sich zudem mit dem Spezialthema „Agilität als Erfolgsfaktor für Unternehmen“ befasst, zeigt der Daumen der Entwicklung klar nach oben. Wie schon vom Statistikamt Stateg im TV vom 11. Juni bestätigt, ist Luxemburg aus wirtschaftlicher Sicht deutlich besser als andere Länder durch die Pandemie gekommen.

Treiber waren vor allem die Bereiche Informationstechnologie und der Finanzsektor. Nach den von Deloitte Luxemburg aufgeschlüsselten Zahlen trägt allein der Finanzsektor 26,8 Prozent zur luxemburgischen Wirtschaftsleistung bei, Tendenz (wieder) steigend. Mit 31,2 Prozent liegt nur die Industrie davor. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) von Luxemburg belief sich 2020 auf 62,7 Milliarden Euro.

Andreas Meier, Partner und German Business Community Leader bei Deloitte Luxemburg: „Wir haben uns in dieser besonderen Pandemie-Zeit bewusst mit dem Thema Agilität auseinandergesetzt. Die Interviews, die wir hierzu mit Luxemburger Marktteilnehmern geführt haben, haben gezeigt, dass viele Unternehmen am Standort durch eine agile Einstellung relativ gut auf die derzeitigen Herausforderungen vorbereitet waren. Das spiegelt sich in den wirtschaftlichen Kennzahlen

wider.“

Finanzsektor: Das Rückgrat der luxemburgischen Finanzdienstleistungsbranche bilden Private Banking und die Fondsverwaltung. Weltweit liegt das Großherzogtum in Sachen Fonds auf Rang zwei, in Europa ist man klare Nummer eins, auch im Private Banking nach wie vor führend in Europa, zudem ist Luxemburg mittlerweile einer der wichtigsten Standorte für Rückversicherer.

Im Finanzsektor gab es Ende vergangenen Jahres 16 248 Beschäftigte – trotz Corona ein Plus im Vergleich zum Vorjahr, das für dieses Jahr sogar noch stärker erwartet wird, auch weil viele Finanzunternehmen planen, wegen dem Brexit aus London nach Luxemburg umzuziehen. Die Gesamtbilanzsumme der Finanzbranche (ohne Banken) lag Ende 2020 bei 8,6 Milliarden Euro, das Gesamt Nettoergebnis von 234 Millionen Euro bedeutet – vor allem pandemiebedingt – einen Rückgang von rund 50 Prozent.

Banken: Aktuell gibt es in Luxemburg 129 Banken aus 27 Ländern, davon 23 aus Deutschland, 14 aus Frankreich und 14 aus China. Die Schweiz ist mit 13 Banken vertreten, acht Banken sind aus Luxemburg selbst. Ende 2020 arbeiteten 26 106 Menschen im Bankensektor. Für die Zukunft – und durch Corona natürlich weiter verstärkt – sieht Deloitte vor allem die Digitalisierung weiterhin als eine der größten Herausforderungen, neben der strukturellen Reform der Banken.

Investmentfonds: In Luxemburg gab es Ende vergangenen Jahres 3611 Fonds mit 14 590 Teilfonds und einem Gesamt Nettofondsvermögen von rund fünf Billionen Euro. Deutsche Fondsunternehmen lagen gemessen am insgesamt verwalteten Nettofondsvermögen mit 13,7 Prozent auf Platz vier hinter den USA (20,7 Prozent), Großbritannien (17 Prozent) und der Schweiz mit 14,2 Prozent. Innerhalb von vier Jahren stieg das Fondsvermögen um 1,3 Billionen Euro.

Vor allem Private Equity und Immobilienfonds (wegen der weltweit niedrigen Zinsen) sorgten für einen Boom in diesem Bereich, insgesamt sind in Luxemburg mehr als 25.000 Holdingstrukturen gemeldet, auch hier mit einer steigenden Tendenz. 23 Prozent der Unternehmen kommen aus Deutschland.

Versicherungen: Insgesamt arbeiten in Luxemburg 4200 Menschen bei Versicherungen, mit über 200 Gesellschaften ist Luxemburg mittlerweile Europas führender Standort für Rückversicherer (davon sieben Prozent deutsche Anbieter). Das Gesamt-Prämienaufkommen lag 2020 bei rund 51 Milliarden Euro, davon elf Milliarden im Rückversicherungsbereich. Die Bilanzsumme bei Versicherungen lag im Vorjahr in Luxemburg bei 302 Milliarden Euro. Laut Deloitte-Studie haben sich auch viele Versicherer entschieden ihre Geschäfte wegen Brexit zukünftig von Luxemburg statt aus London zu führen.

Wie der Staat die Wirtschaft fördert: Neben der politischen Stabilität und einer hohen staatlichen Innovationstätigkeit hat die Regierung einen Plan ins Leben gerufen, um sechs nicht-finanzielle Industrie-sektoren über Staatsbeteiligungen zu fördern: Automobil, Kreativwirtschaft, Fertigungsindustrie und Materialforschung, Holz, Gesundheitstechnologien, Umweltinnovationen sowie Informations- und Kommunikationsunternehmen. Daneben gibt es zum Beispiel Luxinnovation, eine Initiative zur Förderung von Innovationsgeist, Wachstum und inländischen Investitionen. Mit allen diesen Maßnahmen sind die staatlichen Bruttoinvestitionen von 1,915 Milliarden in 2015 auf 2,730 Milliarden in 2019 gestiegen.

Zudem ist der Staat Anteilseigner und Geldgeber bei vielen Start-up-Unternehmen, meist aus den Bereichen Digitalisierung und Innovation, viele Projekte und Unternehmen werden als so genannte Public-Private-Partnerships zwischen Unternehmen, Start-Ups, Universität und Staat aufgebaut. Weitere Trends für die Zukunft sind

Kongresstourismus, Erneuerbare Energien und Raumfahrt (Rohstoffgewinnung im Weltraum).

Zur Steigerung der Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Luxemburg tragen laut der Deloitte-Analyse vor allem die Förderung des FinTech-Sektors, die Maßnahmen im Bereich der Cybersicherheit, die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung, der Ausbau der technologischen Infrastruktur des Landes sowie das Vorhandensein großer Datenzentren bei, wo staatliche Investitionen in Milliardenhöhe für zahlreiche Arbeitsplätze und Wachstum sorgten. Mit über 20 Datenzentren verfügt Luxemburg über eines der größten Daten- und Internet-Hubs in Europa. „Angesichts der hochmodernen Internet-Infrastruktur haben viele öffentliche und europäische Institutionen sowie diverse Unternehmen ihre Datenzentren im Großherzogtum angesiedelt“, heißt es im Business-Monitor.

Erfolgsfaktor Bildung: Die luxemburgische Regierung legt hohen Wert auf Qualität im Bildungswesen – vom Kind bis zum Studenten. Zum Beispiel spricht ein Abiturient in Luxemburg nach seiner schulischen Laufbahn in der Regel vier

Sprachen: Luxemburgisch, Deutsch, Französisch und Englisch. Die Universität Luxemburg bildet über 6500 Studenten aus 129 verschiedenen Ländern aus und beschäftigt darüber hinaus Lehrkräfte und Angestellte aus 94 verschiedenen Ländern.

Erfolgsfaktor Multikulti: Eine Besonderheit des Großherzogtums ist das multikulturelle Umfeld. Menschen aus rund 170 Nationen stellen 47,4 Prozent der luxemburgischen Bevölkerung.

Logistik als Wachstumsmotor: Auch wenn die Banken und der Finanzsektor für Luxemburgs Weltruhm sorgen, sind die Bereiche Handel und Industrie weiter gewachsen – gerade mit Blick auf Deutschland. Rund 400 Unternehmen in Luxemburg stehen unter deutschsprachiger Führung, oder gehören zu einem deutschen Konzern.

Damit belegen deutschsprachige in Luxemburg Platz drei, hinter Belgien und Frankreich. Nach der Analyse von Deloitte ist vor allem der Logistiksektor stark im Kommen – die Branche beschäftigt aktuell 24 000 Menschen, was 6,5 Prozent des luxemburgischen Arbeitsmarktes entspricht. Trotz Pandemie wur-

den am luxemburgischen Flughafen im Jahr 2020 insgesamt 947 000 Tonnen Fracht umgeschlagen – ein Plus von rund sechs Prozent im Vergleich zu 2019. Was für ein Binnenland wie Luxemburg zudem ungewöhnlich ist: rund 200 Schiffe fahren unter der luxemburgischen Flagge, Tendenz ebenfalls steigend. Und: 80 Prozent von Luxemburgs Gütern und (vor allem) Dienstleistungen werden exportiert.

Fazit: Was die gesamtwirtschaftliche Entwicklung betrifft, stehen die Zeichen laut Studie für die Wirtschaftskraft Luxemburgs gut. Die Digitalisierung geht in Luxemburg – alleine schon durch die vielen innovativen Start-ups schneller voran. Aber der Banken- und Finanzsektor hat ein anderes Problem: Die weltweite Suche nach hochqualifizierten Arbeitskräften wird immer schwieriger. Harald Thul, Partner bei Deloitte Luxemburg: „Die Anzahl an Herausforderungen wird nicht abnehmen, wir sind aufgrund der aktuellen wirtschaftlichen Entwicklung aber zuversichtlich, dass der Wirtschaftsstandort Luxemburg auch diese bewältigen wird.“

Luxemburgs Börse fordert ESG-Datenstandards

Chefin Becker: Transparenz vermeidet Greenwashing

kjo Luxembourg – Die Chefin der Luxemburger Börse und Luxemburger grünen Börse, Julie Becker, spricht sich für Standards für ESG-Daten (Environment, Social, Governance) aus, um das Sustainability-Finance-Segment voranzutreiben.

„Wenn wir über Standardisierung sprechen, besteht eine Herausforderung darin, dass es noch keinen international anerkannten universellen Standard zur Definition von Nachhaltigkeit oder ein Regelwerk zur Messung und Berichterstattung über die ESG-Leistung gibt“, sagt Becker im Interview der Börsen-Zeitung. Sie sieht eine strate-

gische Bedeutung in dem Zugang zu aussagekräftigen, zuverlässigen und vergleichbaren Nachhaltigkeitsdaten. „Insbesondere Anleger und Vermögensverwalter benötigen Zugriff auf solche Datensätze, um nachhaltige Anlagestrategien zu entwickeln, geltende Vorschriften und Standards einzuhalten und über diese Anlagen Bericht zu erstatten“, führt Becker aus. Und darüber adressiert sie auch das Greenwashing-Risiko: „Der beste Weg, um Risiken des Greenwashing zu vermeiden, sind Transparenz und Daten“, sagt sie.

Luxembourg

INTERVIEW ZUR SERIE SUSTAINABILITY AN DEN FINANZMÄRKTEN (7): JULIE BECKER, LUXEMBURGER GRÜNE BÖRSE

„Ein grünes Projekt allein reicht eben nicht mehr aus“

Börsenchefin über das Erfordernis von Ausbildung in Sachen Nachhaltigkeit, Standardisierung von ESG-Daten und das Verhindern von Greenwashing-Skandalen

Das Interview führte Kai Johannsen.

■ **Frau Becker, welche Auswirkungen hat die Covid-19-Pandemie auf die Luxemburger Grüne Börse – Luxembourg Green Exchange, LGX – gezeitigt?**

Die Covid-19-Pandemie beschleunigte den Fokus auf Nachhaltigkeit und brachte insbesondere das S in ESG, das heißt die soziale Dimension, in den Mittelpunkt. Es hat ein neues Gefühl der Dringlichkeit und ein neues Bewusstsein geschaffen, dass wir jetzt handeln müssen, um globale Herausforderungen wie den Klimawandel und soziale Ungleichheit anzugehen. Im Jahr 2020 gab es weltweit ein Rekordniveau bei den Neuemissionen entsprechender Anleihen, was zum großen Teil auf den starken Anstieg der Social und Sustainability Bonds zurückzuführen war. Dieser Emissionsanstieg nachhaltiger Wertpapiere spiegelte sich auch an der Luxembourg Green Exchange wider. Allein im Jahr 2020 haben wir neue grüne, soziale und nachhaltige Bonds über 186 Mrd. Euro an der LGX gelistet, was einer Steigerung von 134% gegenüber dem Vorjahr entspricht. Bezogen auf die Anzahl der neuen nachhaltigen Anleihen waren es voriges Jahr 407 neue Wertpapiere – ein Plus von mehr als 50% gegenüber 2019. Dies zeigt, was für ein wichtiges Jahr 2020 für Sustainable Finance war.

■ **Gibt es noch weitere Aspekte?**

Ein weiterer Punkt ist die strategische Bedeutung des Zugangs zu aussagekräftigen, zuverlässigen und vergleichbaren Nachhaltigkeitsdaten. Insbesondere Anleger und Vermögensverwalter benötigen Zugriff auf solche Datensätze, um nachhaltige Anlagestrategien zu entwickeln, geltende Vorschriften und Standards einzuhalten und über diese Anlagen Bericht zu erstatten. Um dieser Datenherausforderung zu begegnen, haben wir im September 2020 den LGX Data Hub eingerichtet. Dies ist eine Datenbank mit strukturierten Nachhaltigkeitsdaten zu mehr als 3000 nachhaltigen Anleihen von 800 Emittenten, die nahezu das gesamte Universum börsennotierter nachhaltiger Schuldtitel weltweit abdeckt. Mit bis zu 150 Datenpunkten pro Wertpapier ist es die umfassendste Quelle für Nachhaltigkeitsdaten auf dem Markt und ermöglicht Anlegern und Vermögensverwaltern, die sozialen und ökologischen Auswirkungen verschiedener Anlageoptionen zu verstehen und zu vergleichen.

■ **Die Pandemie hat das Thema Grün, Social und Nachhaltigkeit bei Emittenten und Investoren weit oben auf der Tagesordnung positioniert. Wir haben Rekorde gebrochen und Meilensteine gesetzt. Glauben Sie, dass sich dieser Trend in den kommenden Jahren fortsetzt?**

Ohne Zweifel! Wir sind davon überzeugt, dass die nachhaltige Finanzierung zunimmt und Finanzierungen eines Tages standardmäßig nachhaltig sein werden. Der Investorenappetit auf nachhaltige Instrumente ist sehr groß. Das zeigte sich am Beispiel der EU-Sure-Sozialanleihen, die von der Europäischen Kommission seit Oktober 2020 zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Europa emittiert werden. Der erste Social Bond der EU war 13-fach überzeichnet. Die enorme Nachfrage der Anleger nach nachhaltigen Schuldtiteln wird hoffentlich andere Emittenten ermutigen, nachhaltige Produkte zu emittieren. Heutzutage besteht noch ein klarer Angebotsmangel an nachhaltigen Finanzprodukten. Anleger dagegen berücksichtigen immer mehr die allgemeine Nachhaltigkeitsstrategie oder das ESG-Profil des Emittenten, wenn sie entscheiden, wo sie ihr Geld anlegen. Viele Unternehmen, die in kohlenstoffarmen Industrien wie erneuerbaren Energien, kohlenstoffarmen Transporten oder nachhaltiger Landnutzung tätig sind, wirken sich positiv auf die Umwelt aus, geben jedoch nicht unbedingt Green Bonds aus. Hier sehen wir großes Wachstumspotenzial.

■ **Was sind die größten Herausforderungen für dieses Marktsegment?**

Auch wenn wir insbesondere im vergangenen Jahr eine Reihe sehr positiver Entwicklungen gesehen haben, sind noch viele Hürden zu nehmen. Ein Aspekt ist der Zugang zu Bildung und Daten in diesem Bereich. Das Problem besteht heute darin, dass viele Nachhaltigkeitsdaten vorhanden sind, diese jedoch auf mehrere Quellen verteilt und in unterschiedlichen Formaten unter Verwendung unterschiedlicher Metrics dargestellt werden. Das Sammeln, Strukturieren und Vergleichen dieser Daten ist eine außergewöhnliche Aufgabe für Vermögensverwalter und Investoren.

■ **Gibt es noch andere Punkte?**

Wenn wir über Standardisierung sprechen, besteht eine weitere Herausforderung darin, dass es noch keinen international anerkannten universellen Standard zur Definition

von Nachhaltigkeit oder ein Regelwerk zur Messung und Berichterstattung über die ESG-Leistung gibt. Um diesem Standardisierungsbedarf gerecht zu werden, wurden verschiedene Initiativen ins Leben gerufen, beispielsweise die Taskforce für klimabezogene Finanzangaben oder das Netzwerk von Zentralbanken und Aufsichtsbehörden zur Ökologisierung des Finanzsystems. Dies ist vielversprechend. Im vergangenen Jahr hat eine neue Art von thematischen Anleihen an Bedeutung gewonnen, nämlich die nachhaltigkeitsgebundenen Anleihen. Diese Finanzinstrumente unterscheiden sich von grünen, sozialen und nachhaltigen Anleihen darin, dass sie kein bestimmtes grünes oder soziales Projekt finanzieren, sondern auf zukünftigen Nachhaltigkeitsergebnissen basieren und den Übergang des Emittenten zu einem nachhaltigeren Geschäftsmodell finanzieren.

■ **Wie groß ist heutzutage das Risiko eines Greenwashing-Skandals angesichts der Tatsache, dass immer mehr Investmentfirmen sich der Welle grüner und nachhaltiger Investitionsmöglichkeiten anschließen wollen? Wie können Anleger erkennen, wenn es sich nur um eine „grüne Kommunikation“ handelt?**

Der beste Weg, um Risiken des Greenwashing zu vermeiden, sind Transparenz und Daten. Wenn wir zum Beispiel Anleihen mit einem entsprechenden Label betrachten, verpflichten sich die Emittenten, einen bestimmten Prozess zu respektieren, einen soliden Rahmen zu schaffen und diesen von einer externen Partei überprüfen zu lassen. Ebenso wichtig ist, dass sich Emittenten thematischer Anleihen zu einer fortlaufenden Berichterstattung nach der Emission verpflichten, damit Anleger überprüfen können, ob sie ihre Versprechen hinsichtlich der Mittelverwendung einhalten. Angesichts der umfangreichen Dokumentation, die vor der Emission zur Verfügung gestellt wurde, und der regelmäßigen Berichterstattung nach der Emission sowie der externen Überprüfung ist das Risiko von Greenwashing bei börsennotierten, nachhaltigen Schuldtiteln äußerst gering. Die Art des Greenwashing, das wir heute sehen, hängt eher mit den Marketingbemühungen einiger Unternehmen zusammen, die versuchen, sich als nachhaltige Unternehmen zu positionieren, ohne ihren Worten Taten folgen zu lassen. Dies ist angesichts des Fokus auf Nachhaltigkeit vielleicht unvermeidlich.

- **Was unternimmt die LGX, um Skandale eines Greenwashing zu vermeiden oder dieses Risiko zu verringern?**

Als die LGX 2016 gegründet wurde, beschlossen wir, über die bewährten Marktpraktiken hinauszugehen, um die Integrität der von uns gelisteten Wertpapiere sicherzustellen. Wir wussten, dass wir ein Risiko eingehen, da wir das richtige Gleichgewicht finden mussten zwischen der Gewährleistung der Transparenz der Produkte und dem Ausschluss bestimmter Emittenten. Dies geschah auf der Basis strenger Zulassungskriterien. Beispielsweise sind wir die erste Börse, die Berichte nach der Emission auf der LGX seit Beginn obligatorisch machte. Alle an der LGX gelisteten nachhaltigen Wertpapiere sind gemäß international anerkannten Standards wie den Green Bond Principles, den Social Bond Principles, den Sustainability Bond Guidelines und den Sustainability Linked Bond Principles der International Capital Market Association – ICMA – emittiert worden.

- **Welchen Rat geben Sie Vermögensverwaltern, wenn sie umweltfreundliche und nachhaltige Produkte glaubwürdig anbieten möchten?**

Ich möchte sie ermutigen, die Transparenz an erster Stelle zu positionieren und sicherzustellen, dass sie und die Investoren über alle Informationen verfügen, die sie benötigen, um fundierte Anlageentscheidungen zu treffen und gemäß den neuen Offenlegungspflichten zu berichten. Wenn die Vermögensverwalter noch kein umfassendes Verständnis für die Prinzipien, Produkte und Markt-

praktiken nachhaltiger Finanzierungen erworben haben, würde ich ihnen raten, diesen Punkt eher früher als später anzusprechen. Ein weiterer Punkt ist der Zugang zu aussagekräftigen und vergleichbaren Nachhaltigkeitsdaten. Assetmanager sollten sicherstellen, dass sie über eine zuverlässige Datenquelle verfügen.

- **Wie wichtig ist die Devise „Practice what you preach“ für Emittenten, Unternehmen, Institutionen, Vermögensverwalter et cetera heute, um grünes Kapital von Investoren zu gewinnen, insbesondere angesichts der Erfahrungen dieser Krise?**

Dies ist ein äußerst wichtiger Punkt. Anleger benötigen jetzt zusätzlich zu den rein finanziellen Datensätzen nichtfinanzielle Daten, wenn sie eine Investition in Betracht ziehen. Dies zeigt, dass das ESG-Profil eines Unternehmens immer wichtiger wird. Emittenten und Unternehmen, die Refinanzierungen am Bondmarkt vornehmen, müssen ESG-Aspekte berücksichtigen und ehrgeizige Nachhaltigkeitsstrategien entwickeln. Irgendwann kann der Zugang zu den Kapitalmärkten sogar durch das ESG-Profil der Emittenten bedingt sein. Um die globalen Ziele zu erreichen, müssen alle Sektoren und Unternehmen ihren Übergang zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft beschleunigen. Dies ist ein enormes und kollektives Unterfangen, und diejenigen, die auf der Strecke zurückbleiben, werden sowohl von Investoren als auch von Verbrauchern bestraft. Ein grünes Projekt allein reicht eben nicht mehr aus. Investoren wenden sich an Unternehmen, die ehrgeizi-

ge Nachhaltigkeitsstrategien verfolgen und echte und messbare Maßnahmen ergreifen, um nachhaltiger zu werden.

- **Wo möchten Sie in zwei Jahren mit der LGX sein? Was sind die nächsten Meilensteine?**

Wir denken ständig darüber nach, was wir tun können, um die Agenda für nachhaltige Finanzen voranzutreiben und den Marktanforderungen gerecht zu werden. Wir gehen davon aus, dass es auf dem ESG-Gebiet viel zu tun gibt, aufgrund von schnellen Marktentwicklungen, verändertem Anlegerverhalten, neuen Vorschriften und neuen Verbrauchertrends. Viele Unternehmen möchten ihren Übergang zu mehr Nachhaltigkeit beginnen und über ihre diesbezüglichen Projekte berichten, verfügen jedoch heute nicht über die Tools oder das Wissen. Dies ist ein Bereich, den wir genau beobachten. Schließlich möchten wir zu neuen Marktentwicklungen beitragen, insbesondere zu solchen, welche die Übergangsfinanzierung unterstützen.

„Heutzutage besteht noch ein klarer Angebotsmangel an nachhaltigen Finanzprodukten.“

„Irgendwann kann der Zugang zu den Kapitalmärkten sogar durch das ESG-Profil der Emittenten bedingt sein.“

ZUR PERSON

Lokal essen und E-Auto fahren

kjo – „Persönlich setze ich mich für Nachhaltigkeit durch mein ehrenamtliches Engagement in Gremien von Verbänden und Unternehmen unterschiedlichster Art, Wissenschaft, Gesellschaft, Finanzen und Fintech ein. Dort versuche ich meine Erfahrungen und Überzeugungen zu teilen und dafür zu sorgen, dass Nachhaltigkeitsaspekte langfristig systematisch berücksichtigt werden. Es geht darum, zweck- und wirkungsbewusst zu handeln“, sagt Julie Becker (45) zu ihrem eigenen

Zugang zu Sustainability und ergänzt zum Green-Aspekt: „Ich fahre ein E-Auto, bevorzuge lokale Anbieter von Nahrungsmitteln und unterstütze die Kreislaufwirtschaft, so gut es geht: Neben Sortieren und Recycling bevorzuge ich das Reparieren, Mieten oder Teilen. Aber vor allem teile ich diese Werte mit meinen Kindern“, d. h. ihren beiden Söhnen, die Fans der Fußballclubs von Barcelona und Manchester City sind.

Die Französin mit luxemburgischem Pass – Musikfan unter ande-

rem von Depeche Mode – ist seit Ende April CEO der Luxembourg Stock Exchange und der Luxembourg Green Exchange (LGX). Sie übernahm diese Position von Robert Scharfe, der die Börse viele Jahre geführt und vorangetrieben hat. Scharfe verabschiedete sich nun in den Ruhestand. Er wird dem Finanzplatz Luxemburg aber über verschiedene beratende Aktivitäten erhalten bleiben.

„Outsourcing von Trading war undenkbar“

Franck Chatillon ist ein Vorreiter: Sein Fintech „Greenwich Dealing“ handelt im Auftrag von großen Kunden Aktien und Fonds

Von Marlene Brey

Trading-Plattformen sind in der Corona-Krise bei Privatanlegern gefragt. Eine App auf dem Smartphone erlaubt es, ganz einfach Aktien und Fonds zu handeln. Man könnte sagen, Greenwich Dealing ist so etwas Ähnliches. Allerdings für die großen Kunden – Asset Manager und Fonds. Bei diesen Deals stehen daher mehr Nullen auf dem Bildschirm. Und anstelle eines simplen Online Brokers geht es hier um einen ausgelagerten Trading Desk. Mancher erinnert sich, in Filmen sitzen dort die hektischen Broker vor blinkenden Wertpapierkursen.

Kernkompetenz oder Papierkram

„Für Asset Manager war das Outsourcen von Trading lange undenkbar“, sagt Franck Chatillon, Gründer und CEO von Greenwich Dealing mit Sitz in Luxemburg. „Wenn ich vor zehn Jahren zu einem Asset Manager gesagt habe: Sie wissen, dass Sie das auslagern können? Dann haben viele gesagt: Nein, so etwas gibt es nicht.“ Andere hätten das auch schlicht nicht gewollt. Gehörte das nicht zum Kernbereich ihrer Arbeit? Chatillon sagt: nein. Die Aufgabe von Asset Managern sei, den Markt zu beobachten, eine Anlagestrategie aufzubauen, Investoren von dieser zu überzeugen und Kapital zu generieren. „Sie treffen die Entscheidungen, wir kümmern uns um die Implementierung“, ist seine Formel. Denn was nach der Investmententscheidung komme, koste inzwischen viel Zeit und Geld.

Das „Danach“ ist im letzten Jahrzehnt komplizierter geworden. Für den Beginn dessen steht die Richtlinie 2004/39/EG über Märkte für Finanzinstrumente, Kurzform MiFID. Die Richtlinie der Europäischen Union zur Harmonisierung der Finanzmärkte im europäischen Binnenmarkt hatte zum Ziel, Transparenz zu schaffen, die Anleger besser zu schützen und mehr Wettbewerb unter Anbietern zu schaffen. Für jene hatte das enorme Konsequenzen. Nur zwei Beispiele: Das Prinzip der besten Ausführung (englisch: best execution) bezeichnet die Verpflichtung für Wertpapierfirmen, den Kundenauftrag so auszuführen, dass er den besten Preis erzielt. Der Kauf einer Aktie von ArcelorMittal wird vor diesem Hintergrund plötzlich kompliziert. „Arcelor verkauft seine Aktien simultan in 1 000 Märkten“, erklärt Chatillon. „Dazu gehören Trading Plattformen, Börsen und viele mehr. Man

muss nun sicherstellen, dass der Deal, den man macht, der Deal zum besten Preis in diesem Moment auf all diesen Märkten ist“. Hinzu kommt eine weitere Änderung, die MiFID mit sich brachte: Die Finanzmarktgeschäfte müssen so dokumentiert und archiviert werden, dass die Einhaltung der „best execution“ und anderer Bestimmungen auch gegenüber den Aufsichtsbehörden nachgewiesen werden kann. Die neuen Vorschriften haben Anbieter ins Schwitzen gebracht, und Chatillon hat es beobachtet. Er kommt aus dem Bankensektor. Angefangen hat er bei J. P. Morgan. Später arbeitete er 20 Jahre bei BNP Paribas. Früh hat er gesehen, dass sich der Markt ändert, weil die regulatorischen Anforderungen steigen. „Kleine und mittlere Player verfügen nicht über die Ressourcen, um das Trading und das Reporting zu leisten“, sagt er.

Bei Trading und Reporting entstehen schließlich Kosten: für die Technologie, etwa das Order Management System (OMS) und für das Personal, wie Dealer und Compliance-Angestellte. Wer all das vorhalte, brauche eine gewisse Größe. Chatillon meint damit: „Wer weniger als zehn Milliarden managt, für den sind die Fixkosten zu hoch.“ Statt hoher Fixkosten bietet Greenwich Dealing an, Trading und Reporting auszulagern. „Wir übernehmen das Traden und die Kunden bezahlen den Trade Fee. Das Motto ist: Wer nicht tradet, zahlt auch nicht. Das gab es vorher überhaupt nicht in Europa. Wir waren die ersten“, so Chatillon. Die erste Plattform gründete er 2006 in Frankreich. Anfangs brauchte es viel Überzeugungsarbeit, sagt er. „Niemand will dein erster Kunde sein.“ Aber er war gut vernetzt, bekam den Vertrauensvorschuss. Greenwich Dealing startete mit drei Kunden. „Einer von ihnen ist stark gewachsen. Es hat uns erlaubt, die kritische Größe zu erreichen.“ Allmählich kamen Kunden in allen Assetklassen dazu. Mittlerweile sind es 21. Das mag wenig klingen. Doch dieser Eindruck täuscht.

Hoher Einsatz

Greenwich Dealing nimmt eine Gebühr pro Order. Die gehandelten Summen sind dabei schwindelerregend. „Ich gebe Ihnen eine Vorstellung: Beim privaten Aktienhandel werden oft zwischen 5 000 und 20 000 Euro pro Transaktion eingesetzt. Das ist Retail, nicht unser Job. Bei institutionellen Kunden im Equity Bereich sind es zwischen 100 000 und 300 000 und bei Fi-

xed Income 500 000 Euro Minimum.“

Er werde häufig gefragt, wie hoch das verwaltete Vermögen sei. Ein Kunde sei 25 Milliarden schwer, aber das heiße nicht, dass dieser 25 Milliarden handelt. Versicherungsgesellschaften setzen auf „buy and hold“. Bei Hedgefonds gibt es viel Bewegung. „Es ist also nicht das Volumen der Kunden, das Einkommen bringt, sondern die Strategie der Kunden“, sagt Chatillon.

Greenwich Dealing verlangt als Gebühr drei bis vier sogenannter Basispunkte. Die meisten Privatbanken nehmen zehn bis 20 Basispunkte am Aktienmarkt. Viele Kunden würden daher fragen, wie das sein könne. Chatillons Antwort: Privatbanken hätten eben sehr hohe strukturelle Kosten. „Wir sind sehr aggressiv, was den Preis angeht. Also ganz ehrlich: Privatbanken mögen uns nicht so gerne – besonders nicht die Schweizer Banken.“

Da ist es vielleicht gut, dass Chatillon von der Schweiz nach Luxemburg gezogen ist. „Luxemburg ist the place to be“, sagt der CEO. Das Büro von Greenwich Dealing wurde 2017 eröffnet. „Unsere Kunden sind hauptsächlich europäische Banken. Wenn wir mehr von diesen Kunden wollen, dann müssen wir in der EU sitzen und reguliert sein. Die Schweiz ist draußen, genauso wie Großbritannien. Mit Luxemburg haben wir den europäischen Pass und können unsere Lösung überall in Europa verkaufen.“ Und das Geschäft zieht gerade an. „Ich würde sagen, seit rund einem Jahr gibt es eine größere Nachfrage danach, Trading outzusourcen. Es ist das Thema in der Branche.“

Das zeigt nicht nur die Auftragslage bei Chatillon, der sagt: „Ich suche nicht mehr nach Kunden. Sie rufen uns an.“ Die neue Nachfrage zeigt auch eine Umfrage von Coalition Greenwich, einem der weltweit führenden Anbieter von Analysen für die Finanzdienstleistungsbranche. Das Ergebnis: Ein Drittel der befragten Buy-Side-Firmen betrachtet das Outsourcing von Trading plötzlich als mögliche Option. „Wettbewerbsdruck und immer komplexere Märkte veranlassen viele institutionelle Investoren, ihre Aufmerksamkeit und Ressourcen auf die Dinge zu konzentrieren, die sie am besten können, und gleichzeitig nach Möglichkeiten zu suchen, Nicht-Kernaktivitäten auszulagern“, heißt es in der dazugehörigen Studie. Das veranlasse sie, „eine bisher undenkbare Option in Erwägung zu ziehen: die Auslagerung ihrer Trading Desks.“



Das Großherzogtum: Für Lazard Frères Gestion ein dynamischer Finanzstandort. Foto: Gerry Huberty

Vermögensverwalter

Mit Lazard kommt ein Big Player

WIRTSCHAFT / 29.06.2021

[Marco MENG](#)

Der Zuwachs zeigt, dass der Finanzplatz Luxemburg weiterhin attraktiv ist.

Die französische Vermögensverwaltungsgesellschaft Lazard Frères Gestion, die auch als Privatbank tätig ist, eröffnet eine Niederlassung in Luxemburg.

Damit wolle das Unternehmen sein Private-Banking-Geschäft ausbauen, teilt Lazard Frères Gestion mit.

Julien Thibault-Liger, Geschäftsführer von Lazard Frères Gestion in Luxemburg, erklärt, **Luxemburg als dynamischer Finanzplatz sei ein wichtiger Standort für das vermögende Marktsegment**, das Kernzielgruppe von LFG ist. Die Gründung der Niederlassung werde es Lazard Frères Gestion ermöglichen, neue Kunden zu erreichen, sowohl Privatpersonen, Familien und Unternehmen.

Die Lazard Group wurde 1848 in New Orleans (USA) gegründet und ist ein weltweit führendes Finanzberatungs- und Vermögensverwaltungsunternehmen, das bei [Fusionen](#), [Übernahmen](#), Umstrukturierungen, Kapitalstruktur und Strategie berät. Mit fast 3.000 Mitarbeitern in 27 Ländern verwaltet es weltweit ein Vermögen von 265 Milliarden Dollar. Das französische Tochterunternehmen Lazard Frères Gestion, **spezialisiert auf die Geldanlage in börsennotierte Wertpapiere**, verwaltet mit 180 Mitarbeitern 32 Milliarden Euro im Auftrag von institutionellen und privaten Investoren.

Klinkenputzen bei Fintechs und Anlegern

Wie zwei junge Luxemburger einen Fonds aufbauen, der 100 Millionen Euro schwer werden soll

Von Thomas Klein

Auf den ersten Blick hat Laurent Hengesch einen ungewöhnlichen Lebenslauf für jemanden, der einen Fonds aufzusetzt, der bis 100 Millionen Euro schwer werden soll. „Ich habe eine etwas komische Reise hinter mir, bis ich herausgefunden habe, was ich wollte. Ich habe erst die Hotelfachschule gemacht, dann Wirtschaftswissenschaften studiert, das Studium abgebrochen, wieder aufgenommen und zwischendurch als Weinverkäufer gearbeitet“, erzählt der Luxemburger. Seine Berufung fand er dann schließlich in der Fondsindustrie, wo er unter anderem für die Warburg Bank arbeitete.

Der Entschluss, sich mit einem eigenen Fonds selbstständig zu machen, beruhte dann auch zunächst auf einem Zufall. 2018 lernte er im Urlaub in einem Bus im iranischen Teheran, den Luxemburger Alain Wildanger kennen, der einen Hintergrund im Investment-Banking hatte und unter anderem für die Schweizer Bank UBS gearbeitet hat. Auf der Reise reifte der Entschluss, es auf eigene Faust zu versuchen. „Wir haben uns von Anfang an gut verstanden. Da wir beide ein bisschen Geld auf der Seite hatten, haben wir uns entschieden es zusammenzupacken und zu investieren“, erzählt Hengesch.

Also gründeten sie 2019 ein eigenes Unternehmen, das sie nach den Mädchennamen ihrer Großmütter Ilavka Vuillermoz Capital taufen. Zu ihren ersten Investments gehörte eine französische Firma, die Technologien für die Abwehr von Drohnen zum Beispiel über Flughäfen und Gefängnissen entwickelt. Nach den ersten Deals entschlossen die beiden sich, den Fonds für Investoren von außen zu öffnen. „Auch, weil unser eigenes Geld nach einer Zeit nicht mehr für neue Investments reichte“, sagt Hengesch. Das Kapital des Fonds stammt heute überwiegend von wohlhabenden Luxemburgern und Deutschen, sowie von Family Offices.

Fokus auf Fintech

Der Anfang war nicht einfach für die zwei Gründer, beide erst in ihren Dreissigern, galt es doch Fremde davon zu überzeugen, ihnen ihr Geld anzuvertrauen. „Natürlich gibt es leichtere Aufgaben auf der Welt. Uns hat geholfen, dass wir erst mal mit unserem eigenen Geld einen „Track Record“ aufbauen

konnten. So haben wir gezeigt, dass wir es können“, sagt Hengesch. „Dann haben wir mit kleineren Investments weitergemacht und für jeden Deal das Geld einzeln eingesammelt.“ Am Anfang spreche man üblicherweise mit Geschäftspartnern, Familienmitgliedern und Freunden. Mit einer Mindestinvestmentsumme von mehreren hunderttausend Euro ist die Schwelle für einen Einstieg in den Fonds allerdings recht hoch. „Also, meine Familie könnte es sich nicht leisten, bei mir zu investieren“, scherzt Hengesch.

Mit jedem gelungenen Deal sei letztlich das Vertrauen der Anleger gewachsen. Inzwischen habe man einen großen Pool an Investoren aus der Luxemburger Fondswelt. Georges Bock, der frühere Managing Partner von KPMG Luxembourg, ist vor kurzem als Partner in das Management des Fonds eingestiegen. Das Klinkenputzen war erfolgreich, denn inzwischen hat die noch junge Firma ein namhaftes Portfolio vorzuweisen. Unter anderen ist der Fonds an N26 beteiligt, einer der meistbeachteten Mobilbanken Europas. Daneben hält der Fonds auch Anteile an Penta, einer digitalen Plattform für Unternehmensfinanzen, Investify aus Wasserbillig, ein Spezialist für digitales Wealth Management und Robo-Advisor, sowie an dem Berliner Start-up Element Insurance, das digitale Versicherungsprodukte anbietet.

„Wir haben dann irgendwann angefangen, uns auf Unternehmen im Bereich Finanztechnologie zu konzentrieren, weil wir uns da am besten auskennen“, sagt Hengesch. Gerade in der Pandemie boomt das Geschäft der jungen Fintech-Start-ups. In der Krise seien die Downloads von entsprechenden Apps um 53 Prozent gestiegen und damit noch stärker gewachsen als der Onlinehandel oder Computerspiele, erklärt der Unternehmer.

Gut vernetzt

Neben dem Anwerben von Investoren ist für die Fondsmanager die zweite große Herausforderung, lohnende Deals zu finden. „Im Moment werden die guten Start-ups praktisch mit Geld zugeworfen. Du musst sie erstmal überzeugen, dass sie dein Geld annehmen.“ Dem 31-jährigen Luxemburger hilft dabei, dass er seit zwölf Jahren vor allem in Berlin lebt, europaweit eines der Zentren der Fintech-Branche. „Die Szene ist relativ überschaubar und wir kennen inzwischen die meisten wich-

tigen Akteure“, sagt er. „Oft schnappt man so zum Beispiel Gerüchte auf, dass ein Unternehmen eine neue Finanzierungsrunde plant.“ Eine gewisse Zurückhaltung helfe dem Luxemburger Fonds auch, das Vertrauen der jungen Unternehmen zu gewinnen. „Viele Investoren sind recht ellbogenmäßig unterwegs, wir sind da etwas angenehmer“, sagt er.

So beschränkt sich der Fonds in der Regel darauf, Anteile der Firmen zu erwerben und dringen nicht auf einen Sitz im Board. Auf diese Weise konnte sich der Fonds an der letzten Finanzierungsrunde von N26 neben etablierten Investoren wie dem Staatsfonds von Singapur, dem chinesischen Technologiekonglomerat Tencent und der Silicon-Valley-Ikone Peter Thiel beteiligen.

In den nächsten vier Monaten wollen die Manager von Ilavka Vuillermoz weiteres Kapital einsammeln. Mindestens 50 Millionen Euro sollen es werden, maximal 100 Millionen. Mit dem Geld wollen die Luxemburger in den nächsten fünf Jahren in etwa 30 Unternehmen im Bereich der Finanztechnologie investieren. „Davon soll etwa ein Fünftel in Start-ups gesteckt werden, die in einer sehr frühen Phase ihrer Entwicklung stehen und 80 Prozent in Unternehmen die schon weiter sind und schon einmal um die 50 Millionen Euro einwerben konnten“, erklärt Hengesch. Die Anlagestrategie sei eher konservativ.

Da geplant ist, dass der Fonds auf eine Laufzeit von mehreren Jahren begrenzt ist und dann die Anleger ausbezahlt werden müssen, haben die Manager von Anfang an auch den Exit im Blick. „Das könnten entweder Börsengänge der Unternehmen sein, in die wir investiert haben oder wir verkaufen unsere Anteile an eine Bank oder eine Private Equity Firma“, sagt Hengesch.

Dabei soll es nicht unbedingt bei dem einen Fonds bleiben, der sich auf die Fintechs beschränkt. Für die Zukunft planen die Manager weitere Teilfonds, die sich dann jeweils auf Anlagen in einem spezifischen Markt wie dem Gesundheitssektor konzentrieren, erklärt der Gründer.

Die Herausforderungen der Finanzbranche

Luxemburg. Den Klimawandel sehen 60 Prozent der 350 von der Promotionsagentur „Luxembourg for Finance“ im April befragten Führungskräfte des Finanzplatzes als eine der Hauptsorgen der Branche in den nächsten Monaten an. Insolvenzen im Zusammenhang mit der Krise gelten hingegen als

bereits weitgehend eingepreist. 84 Prozent der Befragten gaben darum an, dass sie in den nächsten zwei bis fünf Jahren Schulungen zum Thema nachhaltige Finanzen anbieten wollen. Weniger Zuversicht herrscht beim Thema digitale Disruption: 69 Prozent der Führungskräfte zeigten sich „moderat“, „stark“ oder „extrem“ besorgt darüber, dass E-Commerce-Plattformen ihr Geschäft in die Finanzbranche hinein ausweiten und

in den nächsten zwei bis fünf Jahren zu Anbietern von Finanzprodukten werden könnten. Sorgen macht auch der Nachwuchsmangel: 44 Prozent der befragten Führungskräfte des Finanzsektors sind „überhaupt nicht zuversichtlich“ oder „nicht sehr zuversichtlich“, was die Fähigkeit ihrer Organisation angeht, Talente anzuziehen und zu halten. *MeM*

Verbriefungsmarkt soll wieder zulegen

Luxemburg. Ende Mai 2021 hat Finanzminister Pierre Gramegna dem Parlament einen Gesetzesentwurf zur Änderung des Verbriefungsgesetzes vorgelegt, das seit 17 Jahren in Kraft ist. Dieser

lang erwartete Gesetzesentwurf führe einige kleine, aber wichtige Anpassungen ein und werde dem luxemburgischen Verbriefungsmarkt helfen, in Zukunft wieder zu florieren, teilte dazu die Beratergesellschaft PwC Luxembourg gestern mit. Mit mehr als 160 neuen Verbriefungsvehikeln ist die Gesamtzahl im Jahr 2020 nach einem

leichten Rückgang im Jahr 2019 wieder gestiegen. Ende März 2021 gab es in Luxemburg rund 1 370 Vehikel. Die Zahl der beaufsichtigten Verbriefungsorganismen sank um drei auf 30 bei einem Volumenerückgang von acht Prozent auf 41,9 Milliarden Euro bis zum Ende des Jahres 2020. *MeM*

IM GESPRÄCH: OLIVER SCHMID

Es geht auch ohne Bankpartner

Fintech Iwoca reicht Unternehmenskredite über einen Luxemburger Fonds aus – Deutschland-Chef hofft auf Belebung der Nachfrage

Es geht auch ohne Bankpartner: Das Kredit-Fintech Iwoca hat einen Luxemburger Fonds hochgezogen, über den die Ausleihungen laufen können. Das gesamte Kreditbuch wurde migriert, jetzt läuft die Implementierung von Produktprozessen beschleunigt, so Deutschland-Chef Oliver Schmid im Gespräch.

Von Björn Godenrath, Frankfurt

Börsen-Zeitung, 19.6.2021

Seit sechs Jahren operativ tätig, gehört das deutsche-britische Startup Iwoca zur wachsenden Zahl an Fintechs, die Unternehmenskredite vermitteln. Dabei differenziert sich Iwoca von der Konkurrenz dadurch, dass man auf das Laufzeitensegment von bis zu zwölf Monaten zielt und bislang Kredite im Volumen von 1 000 bis 100 000 Euro vermittelte. Diese Losgröße habe man nun auf 200 000 Euro verdoppelt, sagt Deutschland-Chef Oliver Schmid im Gespräch mit der Börsen-Zeitung.

Diese Ausweitung erfolgt vor dem Hintergrund einer strukturellen Veränderung im Maschinenraum, hat Iwoca sich doch von der langjährigen Fronting Bank Fidor abgenabelt, indem man ein Fondsvehikel aufgesetzt hat. „Wir verwenden jetzt ausschließlich einen eigenen AIF (Alternative Investment Fund), den wir seit Herbst 2019 aktiv im Hintergrund aufgebaut haben. Im Laufe des Jahres 2020 haben wir unser gesamtes Kreditbuch auf den AIF verschoben, dieser Prozess ist seit Anfang des Jahres abgeschlossen“, sagt Schmid.

Die Vorteile eines Modells ohne Fronting-Bank als Lizenzgeber und Dienstleister liegen auf der Hand. „So haben wir volle Kontrolle über die Wertschöpfungskette und können als Fintech Produktprozesse schneller marktfähig machen.“ In Zusammenarbeit mit einer Fronting-Bank ent-

stehe doch immer wieder Abstimmungsbedarf bei Produktänderungen, was alles verlangsame. Außerdem berge das AIF-Modell als Fundingbecken mit Schnittstelle zum Markt einen weiteren Vorteil: Es verbessere die Investitionsstruktur für die Debt-Investoren, hätten diese so doch einen direkten Zugang, was die Bearbeitung von Krediten – mit Iwoca als On Balance Sheet Lender in der Mitte der Plattform – erleichtere. Für jeden Investor habe man ein eigenes „Compartment“ aufgesetzt, womit für diese (falls gewünscht über Verbriefungen gehende) Investments ein Ringfencing bestehe.

Aufgelegt wurde der Fonds in Luxemburg, womit man von der CSSF beaufsichtigt wird und das über eine EU-Richtlinie geschaffene AIF-Vehikel in weiten Teilen Europas vertreiben kann – wobei Iwoca sich voll auf die beiden großen Märkte Deutschland und Großbritannien konzentriert. Als Verwahrstelle fungiert Intertrust, rechtlicher Beistand kam von Norton Rose Fulbright. Auch wenn mit Octobre schon ein Kredit-Fintech über eine Eltif-Fonds-konstruktion geht, so nimmt Schmid doch für Iwoca in Anspruch, im kleinteiligen und kurzfristigen Unternehmenskreditgeschäft als erster Stück für Stück über eine Fonds-Lösung Kredite ausgereicht zu haben. Und dass ein AIF eine Alternative für ein Kredit-Fintech darstelle, liege daran, dass man keine klassischen Depositen aufnehme und deshalb keine Banklizenz benötige.

Zu den Investoren, die Kreditlinien bereitstellen, gehört BNY Mellons Insight Investment, die im Februar 2020 100 Mill. Euro zusagte. Und da sich das Kreditbuch mit den kurzen Laufzeiten schnell drehe, brauche man auf der Seite der Plattform keinen Nachschub, sagt Schmid. Was die

Kreditvergabe angehe, da seien die letzten 12 bis 15 Monate „nicht leicht gewesen“. Man habe mit dem pandemiebedingten Einschlafen der Kreditnachfrage nicht so viel ausgereicht wie geplant, habe in den ruhigeren Pandemie-Monaten aber schon wieder gesehen, dass etwas gehe. Und mit den Lockerungen hoffe man auf eine weitere Belebung der Kreditnachfrage. Dabei habe Iwoca in der Krise gezeigt, dass die Mechanismen der Datenanalyse zur Risikosteuerung greifen; man komme mit guten Zahlen da raus, verspricht Schmid. 2018 sei Iwoca auf Gruppenebene schon profitabel gewesen, 2019 habe man bei hohen Investitionen mit einer roten Null abgeschlossen. Für 2020 seien die Zahlen noch nicht öffentlich, aber die negativen Effekte durch Ausfälle hielten sich in engen Grenzen. Das Investment in die Tech-Plattform habe man auch in der Dürrezeit fortgesetzt, weiteren Eigenkapitalbedarf habe Iwoca absehbar nicht – man will hier keine Geldverbrennungsmaschine aufbauen. Eine große Finanzierungsrunde gab es im Februar 2019, die Commerzbank gehört zu den frühen Investoren.

Der Fintech-Vorteil

Dabei geht Iwoca ja in eine Nische, die von Banken nicht so effektiv bedient werden kann: Denn bei kleinen Losgrößen fallen für Banken trotzdem hohe Prozesskosten an, wenn sie keine volldigitalen Kreditstrecken haben. Das ist der Fintech-Vorteil, wenn man auf der grünen Wiese ein System ohne interne Mittelsmänner gebaut hat, das sich als Plattform nach oben skalieren lässt. Mit dem AIF als Basis für das Kredit-handling dürfte Iwoca nun noch einen Zahn zulegen können.



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

TRANSPORT UND LOGISTIK

CFL erzielt Gewinn im Krisenjahr 2020

Die Eisenbahngesellschaft verzeichnet einen deutlichen Rückgang bei den Fahrgästen

Von Thomas Klein

Dass die Pandemie mit allen damit verbundenen Einschränkungen das Geschäft der Eisenbahngesellschaft CFL massiv beeinträchtigt, liegt auf der Hand. Entsprechend gingen alle Zahlen, die mit dem Fahrgastgeschäft verbunden sind, in den Keller. So nahmen in Luxemburg im vergangenen Jahr nur noch 14,5 Millionen Menschen den Zug, verglichen mit 25 Millionen im Jahr 2019 – ein Rückgang von 42 Prozent. Besonders deutlich sei der Rückgang während des harten Lockdowns gewesen, sagte Generaldirektor Marc Wengler bei der Bilanzpressekonferenz gestern.

Zwar dürfte die Entscheidung der Regierung, den öffentlichen Transport in Luxemburg ab März 2020 kostenlos zu machen, dazu beigetragen haben, die Gesellschaft bis zu einem gewissen Grad von Einnahmeausfällen im Fahrgastgeschäft zu immunisieren. Dennoch ist es beachtlich, dass die CFL im Krisenjahr nicht in die Verlustzone rutschte. Die Gruppe schloss 2020 mit einem Gewinn von 4,6 Millionen Euro ab.

Frachtgeschäft rückläufig

Das stellt einen deutlichen Rückgang zum Ergebnis des Vorjahrs dar, als ein Gewinn von 17,8 Millionen Euro zu Buche stand. Aber,

so betonte Jeannot Waringo, der Präsident des Verwaltungsrates, war das außergewöhnlich gute Ergebnis von 2019 auch dem Sondereffekt durch Immobiliengeschäfte geschuldet. Rechnet man diese heraus, liegt der Gewinn des Vorjahres mit 5,3 Millionen nur geringfügig über 2020. Im Jahr 2018 hatte das Resultat bei zehn Millionen Euro gelegen. Der Umsatz der Gruppe stieg im Corona-Jahr sogar um 0,6 Prozent auf 915,8 Millionen Euro.

Auch das Frachtgeschäft schrieb im vergangenen Jahr schwarze Zahlen mit einem Gewinn von 800 000 Euro. Insgesamt trug der Bereich 234,4 Millionen Euro zum Ergebnis des Konzerns bei. Im Vergleich zum Vorjahr mit 248,9 Millionen Euro ein deutlicher Rückgang von 5,8 Prozent. Auch hier fiel vor allem die frühe Phase der Pandemie besonders ins Gewicht, als durch geschlossene Fabriken der Bedarf an Frachtleistungen zurückging. „Vor allem die Monate März bis Juli waren sehr schwierig. Im vierten Quartal lief es dann wieder besser“, sagt Wengler. Beispielsweise die neue Frachtverbindung ins polnische Posen musste aufgrund der Pandemie gleich wieder ausgesetzt werden. Der Betrieb solle aber bald wieder aufgenommen werden, sagte Wengler.

„Dass wir auch hier ein positives Ergebnis erzielen konnten, ist in einem hochkompetitiven Umfeld wie dem Frachtgeschäft nicht selbstverständlich“, so Wengler, der herausstrich, dass es erst das dritte Mal überhaupt sei, dass das Frachtgeschäft in einem Jahr einen Gewinn erzielen konnte.

Die Direktion des Unternehmens betonte, dass der Konzern trotz der Krise weiterhin investiert hat. So stiegen die Ausgaben für Investitionen von 77,8 Millionen Euro im Jahr 2019 auf 92,5 im letzten Jahr. Das Geld floss zum Beispiel in den Ausbau der Infrastruktur wie die Bahnhöfe in der Hauptstadt oder in Ettelbrück. Daneben kaufte der Konzern im November unter anderem zehn neue Lokomotiven von Bombardier. Gerade wird ein neues System von verbundenen Sensoren in Schienen aufgebaut, das in Zukunft dabei helfen soll, Materialfehler schon vorauszusehen und zu beheben, bevor sie auftreten. Auch ins Personal investierte der Betrieb. So wurden im vergangenen Jahr 310 neue Mitarbeiter eingestellt, sagt Wengler.

Auf der anderen Seite steigt aber auch die Verschuldung des Konzerns. Mit 334,9 Millionen Euro lag sie im vergangenen Jahr um 15,9 Prozent höher als 2019 (288,9 Millionen Euro). 2018 hatten die Schul-

den noch bei 261,2 Millionen Euro gelegen. Im Vergleich zum Gesamtumsatz sei das aber immer noch nicht viel, betont Aufsichtsratschef Waringo.

Investitionen ins Schienennetz

Marc Wengler betonte auch, dass die Bemühungen der letzten Jahre um eine Verbesserung der Servicequalität nun Rechnung trügen. So seien 2020 94,5 Prozent der Züge pünktlich angekommen. Im Vorjahr hatte die Quote mit 90 Prozent noch deutlich darunter gelegen. Natürlich habe auch die geringere Auslastung einen Einfluss auf dieses Ergebnis gehabt, so der Generaldirektor, aber auch schon in den ersten beiden Monaten von 2020 habe die Pünktlichkeitsrate bei 92,7 Prozent gelegen. Gründe dafür seien Fahrplanänderungen, aber auch Infrastrukturmaßnahmen wie das zusätzliche Gleis am Luxemburger Hauptbahnhof und das neue Viadukt in Sandweiler, so Wengler.

Auch im dritten Geschäftsbereich des Konzerns, dem Management des Schienennetzes wurden mehr Investitionen getätigt. So setzte die CFL 2020 Ausbauvorhaben in Höhe von insgesamt 221,8 Millionen Euro um, im Vergleich zu 210 Millionen im Vorjahr. Bis 2024 soll der Betrag auf etwa 358 Millionen Euro anwachsen.

Cargolux ohne 747

Die Luftfrachtairline muss in den nächsten Jahren neue Modelle in die Flotte aufnehmen

Von Marco Meng

Die Planungen zum Ersatz der Flotte von 30 Jumbo-Jets haben begonnen, sagte Cargolux-Chef Richard Forson gegenüber den Kollegen von Luxembourg Times.

Der Flugzeughersteller Boeing hatte letztes Jahr angekündigt, dass die Produktion der 747 im Jahr 2022 eingestellt wird. Die Produktionsrate lag zuletzt bei nur mehr sechs Maschinen pro Jahr. Das Modell wird nur noch in der Frachtversion gebaut – und in einer Sonderversion für den US-Regierungsjet Air Force One.

Boeing und Airbus seien mit Cargolux und anderen Frachtfluggesellschaften im Gespräch, so Forson zu Luxembourg Times, um zu verstehen, welche Maschinen gebraucht würden.

Cargolux fliegt derzeit 30 Jumbos Boeing 747 mit einem Durchschnittsalter von 12,6 Jahren: 14 Boeing 747-8F, zehn Boeing 747-400F und sechs Boeing 747-400ERF. Laut Forson können die neuesten Flugzeuge des Unternehmens bis 2040 und sogar darüber hinaus geflogen werden.

Vom Vierstrahler zum Zweistrahler

Gegenüber dem Luxemburger Wort hatte Forson anlässlich des 50. Firmenjubiläums 2020 erklärt, ihn interessiere vor allem eine neue Generation von Großraumfrachtern. Neben der möglichen Frachtvariante der B777X von Boeing sei auch ein Großraumfrachter basierend auf der A350 von Airbus interessant. Beide würden mit ihren je zwei Triebwerken treibstoffsparender fliegen als die 747

mit ihren vier Turbinen. Allerdings würde Cargolux auch einen Wettbewerbsvorteil gegenüber vielen anderen verlieren: Mit welcher Maschine auch die 747 künftig ersetzt wird, bei keiner von ihnen wird sich wie bei der 747 der Bug als Ladeluke öffnen lassen, um sehr lange Frachtstücke laden zu können, wie es die derzeitige Flotte von Cargolux vermag. Wahrscheinlich werde auch kein neues Modell gebaut, bei dem das möglich sein wird, so deutet Forson an. Die 777F wird auch von Lufthansa Cargo geflogen. Eine Frachtvariante des Airbus A350 gibt es noch nicht.

Der 777-Frachter hat bei bis zu 102 Tonnen Nutzlast eine Reichweite von 9 070 Kilometer. Die Boeing 747-8F hat im Vergleich etwa 30 Tonnen mehr Nutzlast, aber

eine um 900 Kilometer geringere Reichweite und einen höheren Kerosinverbrauch.

Geld auf der hohen Kante

Bis Cargolux die heutigen Maschinen nach und nach zu ersetzen beginnen muss, bleibt allerdings noch einige Jahre Zeit. Die Gesellschaft verzeichnete im vergangenen Jahr einen Rekordgewinn von 769 Millionen US-Dollar (636 Millionen Euro). Bei der Bilanzvorlage Ende April deuteten Richard Forson und Cargolux-Finanzchef Maxim Strauss bereits an, dass man den Überschuss als Reserve zurücklegen wolle, um auch in den nächsten Jahren zahlungsfähig zu bleiben.

Ein 777-Frachter hat einen Listenpreis von etwa 300 Millionen Euro.



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

WISSENSCHAFT, BILDUNG UND KULTUR

Luxemburgs neue Wundermaschine

SUPERCOMPUTER

MeluXina offiziell eingeweiht

Yves Greis

Mit dem Druck auf einen roten Knopf hat Großherzog Henri am Montag den Supercomputer MeluXina offiziell gestartet. Die Maschine ist in der Lage, mehr als 10 Milliarden Rechnungen in einer Sekunde durchzuführen und ist damit unter den 50 besten Computern der Welt.

Nicht nur was die Leistung angeht, ist MeluXina eine Bestie. Ihr neues Zuhause ist ein Datenzentrum auf Roost bei Bissen. Dort steht der riesige Computer – so groß wie mehrere Schrankwände. Auf dem grau-weißen Gehäuse des riesigen Rechners prangt groß die namensgebende Nixe aus der luxemburgischen Sagenwelt vor Luxemburgs stilisierter Skyline. Das rot-weiß-blaue Nation Branding ist hier, wie auch im Rest dieser Etage des Rechenzentrums, nicht zu übersehen. Quer über das Gehäuse zieht sich ein blauer Lichtstreifen, von links nach rechts.

Für die feierliche Einweihung allerdings war im Rechenzentrum kein Platz. Diese fand wenige Meter weiter im Atrium der benachbarten Firma IEE statt. Bei der Einweihung anwesend waren neben dem Großherzog auch der für Digitalisierung zuständige Premier Xavier Bettel, Wirtschaftsminister Franz Fayot und weitere Gäste. Live zugeschaltet war Roberto Viola, Generaldirektor der Generaldirektion Kommunikationsnetze, Inhalte und Technologien der Europäischen Kommission.

In seiner Ansprache nannte Xavier Bettel die Rechenleistung der Maschine „unvorstellbar“. Diese unvorstellbare Leistung nun steht sowohl der Forschung wie auch der Wirtschaft zur Verfügung. Diese doppelte Ausrichtung von

MeluXina in Wissenschaft und Wirtschaft ist einigermaßen außergewöhnlich. „Während die meisten Hochleistungsrechner in der Welt alleine zu Forschungszwecken verwendet werden, hat Luxemburg entschieden, seinen Hochleistungsrechner so zu designen, dass er auch die Bedürfnisse der Wirtschaft erfüllt“, sagte Mario Grotz, Direktor des MeluXina-Betreibers LuxProvide. Vor allem schielt MeluXina auf die Unternehmen aus Luxemburg und der Großregion. Dabei sind sowohl große Industriebetriebe, aber auch kleine und mittlere Betriebe und Start-ups gemeint. Sie können besonders rechenintensive Arbeiten auf dem Computer ausführen. Um den Markt auszuloten, hatte LuxProvide einen Aufruf gemacht und einen frühen und kostenlosen Zugang zum Computer angeboten. Laut Grotz haben sich

38 Bewerber dafür interessiert. Darunter waren

laut Wirtschaftsminister Franz Fayot Unternehmen unterschiedlichster Art. Sowohl der Premier wie auch der Wirtschaftsminister unterstrichen die Effizienz und damit die grüne Seite des Computers. Das Ökologische und Ökonomische gehörten zusammen, denn was schlecht für die Umwelt sei, schade auch der Wirtschaft. Die Umweltaspekte lägen auch dem Großherzog am Herzen, betonte Bettel. Auf Roost befindet sich das Kraftwerk der Firma Kiowatt. Dort werden Pellets hergestellt, aber auch Energie. In einem riesigen Ofen wird altes Holz, etwa Fensterrahmen von abgerissenen Häusern, verfeuert. Von hier bezieht das Datenzentrum seine Energie.

Der Computer ist Teil eines neuen europäischen Netzwerkes

von acht Supercomputern. Die Verwaltungsgesellschaft für die Supercomputer in Europa wurde in Luxemburg angesiedelt – das gemeinsame Unternehmen EuroHPC JU wird von der Europäischen Kommission und den 33 beteiligten Ländern kofinanziert.

Auf luxemburgischer Seite ist in der Praxis das Unternehmen LuxProvide S.A. verantwortlich. Dabei handelt es sich um eine hundertprozentige Tochter des Datenzentrumsbetreibers LuxConnect. LuxConnect wiederum ist ein Privatunternehmen, das zu 100 Prozent dem Staat gehört. MeluXina ist der zweite Computer dieses europäischen Netzwerkes, der seine Arbeit aufgenommen hat. Der erste dieser Computer, Vega, steht in Maribor in Slowenien. Weitere Computer entstehen in Sofia (Bulgarien), Ostrava (Tschechien), Bologna (Italien), Barcelona (Spanien), Guimarães (Portugal) und Kajaani (Finnland).

Luxemburg habe den Zuschlag für einen der Rechner erhalten, weil das Land mit seiner Bewerbung zeigen konnte, dass es über die nötigen Kapazitäten an Rechenzentren verfüge, hatte EuroHPC-Direktor Anders Jensen, bei einer Pressekonferenz im letzten September gesagt. Auch die bereits erwähnten ökologischen Aspekte seien dafür ausschlaggebend gewesen, dass Luxemburg den Zuschlag erhalten habe.

Im Umfeld von MeluXina entsteht zusätzlich ein nationales Hochleistungsrechner-Kompetenzzentrum. Dieses soll in Zukunft auch Unterstützung und Schulungen für zukünftige Anwender von MeluXina anbieten.

Mit den neuen Supercomputern wollen Europa und Luxemburg den digitalen Wandel vorantreiben und weltweit führend in Sachen Hochleistungsrechner werden. In einer Pressemitteilung der Europäischen Kommission zur Einweihung von MeluXina heißt es überschwänglich: „EuroHPC JU zielt darauf ab, die Lebensqualität zu verbessern, die Wissenschaft voranzubringen, die industrielle Wettbewerbsfähigkeit zu steigern und die technologische Autonomie Europas zu sichern.“

MeluXina ist einsatzbereit

Der neue Supercomputer in Bissen ist einer der leistungstärksten Europas

Luxemburg. Immer größer, immer schneller: Mit „MeluXina“, dem neuen Supercomputer im Datenzentrum von LuxConnect, steigern Luxemburg und die Europäische Union ihre Kapazitäten auf dem Gebiet des Hochleistungsrechnen. Für viele Wissenschaftsfelder und Unternehmen ist dies von großer Bedeutung: Der neue Rechner ist in der Lage, riesige Datenvolumen zu verarbeiten und Tausende von Milliarden von Rechenoperationen pro Sekunde durchzuführen. Zusammen mit sie-

ben anderen europäischen Supercomputern soll MeluXina die Technologieversorgungsbranche fördern und eine europaweite Hochleistungsrecheninfrastruktur garantieren. Weitere Supercomputer sind in Portugal, Spanien, Italien, Bulgarien, Finnland und in der Tschechischen Republik geplant oder befinden sich derzeit im Bau. Gestern wurde der Supercomputer in Bissen im Beisein von Großherzog Henri eingeweiht. *ndp*

Wirtschaftsminister Franz Fayot, Großherzog Henri und Premierminister Xavier Bettel bei der Feierlichkeit zur Einweihung des neuen Superrechners



Supercomputer geht an den Start

Der Hochleistungsrechner MeluXina ist ab sofort einsatzbereit – Forschung und Innovation spielen zentrale Rolle

Von Nadia Di Pillo

„Jetzt geht es erst richtig los“ – Premierminister Xavier Bettel hat gestern im Beisein von Großherzog Henri und Wirtschaftsminister Franz Fayot im Datenzentrum von LuxConnect in Bissen den Supercomputer MeluXina eingeweiht. Luxemburg verfügt damit über „einen der leistungsstärksten Hochleistungsrechner nicht nur in Europa, sondern weltweit“.

Der neue Rechner ist in der Lage, riesige Datenvolumen zu verarbeiten und Tausende von Milliarden von Rechenoperationen pro Sekunde durchzuführen. Er bietet, genauer gesagt, eine Rechenleistung von 10 Petaflops, das heißt zehn Millionen Milliarden Operationen pro Sekunde oder in Zahlen ausgedrückt: 10 000 000 000 000 000.

„Etwas Unglaubliches ist auf einmal Realität geworden“, so Bettel in seiner Ansprache. „Wir sind fest davon überzeugt, dass der Supercomputer die Innovation auf europäischer Ebene fördern wird.“

Das neue 30,4 Millionen Euro teure technologische Juwel ist im Datenzentrum von LuxConnect in Bissen untergebracht, wird von dort aus betrieben und vermarktet; es funktioniert ausschließlich mit grüner Energie, die zum Teil von Kilowatt stammt, einer mit Holzabfällen betriebenen Kraft-Wärme-Kopplungsanlage.

Der luxemburgische Supercomputer ist einer von insgesamt acht Hochleistungsrechnern der EU, die über ganz Europa verteilt sind und in den nächsten Jahren an den Start gehen sollen. Die Computer sind Teil des EuroHPC, des Gemeinsamen Unternehmens für europäisches Hochleistungsrechnen (Joint Undertaking European High Performance Computing) – eine öffentlich-private Partnerschaft von EU-Mitgliedstaaten, Norwegen und der Industrie. Das Unternehmen soll unter anderem den Aufbau und Betrieb von acht Supercomputern steuern und diese Hochleistungsrechenkapazitäten für Nutzer aus Industrie und Forschung bereitstellen.

Franz Fayot:

„Für alle zugänglich machen“

Das „EuroHPC JU“ wurde 2018 gegründet. Luxemburg ist der Hauptsitz des EuroHPC, und verfügt nun mit MeluXina über einen Supercomputer – nach „Vega“ in Slowenien der zweite aktive in Europa. Weitere Supercomputer sind in Portugal, Spanien, Italien, Bulgarien, Finnland und in der Tschechischen Republik geplant oder befinden sich derzeit im Bau.

„Wenn wir den Abstand zwischen Europa und anderen Regionen der Welt im Rennen um eine wettbewerbsfähige Datenökonomie schließen wollen, brauchen

wir ein Netzwerk von Supercomputern“, sagte Wirtschaftsminister Franz Fayot. Der Start von MeluXina sei ein wichtiger Meilenstein in diesem Wettlauf zu einem wettbewerbsfähigeren digitalen Europa.

„In Luxemburg ist MeluXina ein wesentlicher Schritt, um sicherzustellen, dass öffentliche und private Akteure Zugang zu einer möglichst wettbewerbsfähigen Basisinfrastruktur haben. Während sich die meisten Supercomputer in der Welt auf die akademische Forschung konzentrieren, hat sich Luxemburg dafür entschieden, dass sein HPC – High Performance Computer – auch spezifische Businessanforderungen erfüllen soll. Und das ist es, was MeluXina so besonders macht“, sagte Fayot. Ob multinationaler Konzern, kleines und mittleres Unternehmen oder junges Start-up, „unser Ziel ist es, Supercomputing für alle zugänglich zu machen“, betonte der Minister.

„Wir sind bereit, unsere Kunden zu bedienen“

„MeluXina ist ab heute voll einsatzfähig und wir sind bereit, unsere Kunden zu bedienen“, sagte Mario Grotz, Verwaltungsratspräsident von LuxProvide, das den Supercomputer betreiben wird. Die Anwendungsmöglichkeiten sind zahlreich: Modellierung, Ent-

wicklung von neuen Produkten, Prognosen oder aber auch Big Data. Mit dem derzeitigen Aufbau könne MeluXina alle Arten von Nutzergruppen über die gesamte Bandbreite des Forschungs- und Innovationsspektrums bedienen, von wissenschaftlicher Grundlagenforschung, Forschung, Entwicklung und Innovation bis hin zur kommerziellen Nutzung.

„Mit der Investition in MeluXina positioniert sich LuxProvide als Vorreiter in Europa für industrietriebenes HPC, indem es im Wesentlichen auf die Wirtschaftsstruktur des Landes und der Großregion abzielt, einschließlich Industrie, KMU und Start-ups“, so Grotz. Um den Markt zu testen, hat LuxProvide einen Aufruf für einen frühen und kostenlosen Zugang zu MeluXina gestartet. „Mit 38 eingereichten Bewerbungen ist das Ergebnis sehr vielversprechend und bestätigt das aktuelle Geschäftsmodell“, sagte Grotz. Die Anwendungen seien sehr heterogen und würden vom traditionellen HPC (Modellierung/Simulation) bis hin zu Big-Data-Anwendungen reichen. „Alle Arten von Anwendern von der Wissenschaft bis zur Industrie, von großen Unternehmen bis zu KMUs haben sich an der Ausschreibung beteiligt.“



Premierminister Xavier Bettel, Großherzog Henri, Wirtschaftsminister Franz Fayot und Anders Jensen, Exekutivdirektor des EuroHPC JU (v. l. n. r.), starten offiziell den Supercomputer.

Foto: Guy Jallay

Ein „Vive!“ light

NATIONALFEIERTAG Behörden setzen weiterhin auf eingeschränktes Festprogramm



Illustration: AdobeStock

Auch im zweiten Jahr nach Ausbruch der Pandemie mussten sich die Luxemburger an ihrem Nationalfeiertag mit einem leichten Programm begnügen. Der Stimmung tat dies aber keinen Abbruch. Vor allem in der Hauptstadt erinnerten so manche Bilder am Vorabend des Nationalfeiertags an Vor-Pandemie-Zeiten. In ihren offiziellen Reden riefen die Würdenträger, darunter Großherzog Henri und Premier Xavier Bettel, die Bewohner erneut zur Verantwortung und Solidarität auf. Gleichzeitig sprachen sie den Luxemburgern auch Mut zu. Das Licht am Ende des Tunnels sei bereits in Sicht.

BERICHTE

S. 20-23

Ein Hoch auf den Zusammenhalt in Luxemburg

NATIONALFEIERTAG Corona-Pandemie dominiert Festakt

Frank Goebel

Als gestern Vormittag die Limousine des Großherzogs am Nationaldenkmal der Luxemburger Solidarität ankam, verriet zumindest ein Detail, dass längst nicht alles Routine ist – auch, wenn es schon der zweite Nationalfeiertag ist, der hierzulande im Zeichen eines Virus hochhoffiziell eingeleitet wird.

Als Großherzog Henri am Kanonenhügel dem dunklen Wagen entsteigt, fällt die Begrüßung durch den Premierminister, den Parlamentspräsidenten und die Bürgermeisterin der Hauptstadt jeweils unterschiedlich aus: Während sich Xavier Bettel dezent im Hintergrund hält, scheinen die beiden anderen nicht zu wissen, ob ein Handschlag wieder angebracht ist. Schließlich kommt es zwischen dem Staatsoberhaupt und Fernand Etgen zu einem etwas verunglückten Ellenbogen-Stupser, während Lydie Polfer aus der Distanz kurz winkt und dabei etwas verlegen wirkt.

Die restliche Veranstaltung folgt dann dem angepassten Protokoll, wie es schon im vergangenen Jahr zum Einsatz kam: Gerade einmal 20 Stühle stehen, in hygienisch gebührendem Abstand zueinander, für die wichtigsten Repräsentanten am ewigen Feuer bereit, das ein Denk- und Mahnmal ist für den Widerstand und die Solidarität des Luxemburger Volkes gegen die deutsche Besatzung. Einige Dutzend Schaulustige haben sich auch versammelt: Sie bleiben aber auf Distanz und schauen von der gegenüberliegenden Straßenseite aus dem zeremoniellen Treiben zu.

„Philharmonie

wäre zu klein“

Xavier Bettel nennt in seiner Begrüßung den Nationalfeiertag „symbolisch für unsere Freiheit, Unabhängigkeit und Geschichte“. Es sei der Tag, an dem man sich zurückbesinne auf das, was das Land wirklich ausmache. Und: In schwierigen Zeiten erkenne man die wirkliche Größe Luxemburgs. Dessen Zusammenhalt sei in der Corona-Pandemie besonders zupassgekommen: Man sei insgesamt bisher gut durch die Krise gekommen – dafür dankt der Regierungschef zuerst den Bürgern des Großherzogtums.

In einem normalen Jahr sei dies der Zeitpunkt, um in der Philharmonie Persönlichkeiten zu ehren, die sich in den vergangenen zwölf Monaten besonders verdient gemacht hätten. „Dieses Jahr wäre die Philharmonie dafür zu klein gewesen“, stellt Bettel fest – und dankt also, symbolisch, dem Gesundheits- und Pflegepersonal, Polizisten, Rettungskräften und den Angestellten im Einzelhandel, „die auf dem Höhepunkt der Krise arbeiten gegangen sind, um uns mit Lebensmitteln zu versorgen“. Er spricht den Lehrkräften, Beamten und Verwaltungsangestellten seinen Dank aus – und allen Menschen, die Tag für Tag unterwegs sind, damit das alltägliche Leben weitergehen kann, aber auch allen, die zu Hause geblieben sind, um ihre Mitmenschen zu schützen. Bettel gedenkt auch aller Menschen, die den Nationalfeiertag nicht mehr erleben können, da sie im Kampf gegen das Virus unterlegen waren.

Bettel blickt aber auch in die Zukunft – und benennt hier den Klimawandel als eine zentrale Mission, die das Land im Blick

haben müsse. Man sei es den Jungen und zukünftigen Generationen schuldig, nichts unversucht zu lassen, um „ihnen einen gesunden Planeten und eine lebenswerte Zukunft“ zu hinterlassen. Dazu habe man sich eine Reihe ambitionierter Ziele gesetzt.

„Licht am Ende
eines langen Tunnels“

Parlamentspräsident Fernand Etgen stellt fest, dass man doch vor einem Jahr an dieser Stelle davon ausgegangen sei, 2021 wieder in gewohnter Weise zu feiern – doch ganz offensichtlich sei die Pandemie noch nicht vorbei. „Immerhin sehen wir ein Licht am Ende des sehr langen Tunnels“, sagt er zuversichtlich.

Auch er dankt für den Einsatz der Gesellschaft in der Pandemie: „Dabei denke ich insbesondere an den Gesundheits- und Pflegebereich, aber auch an die Reinigungsbranche, Unternehmen, Schulen und Kindertagesstätten, Landwirtschaft, Handel und Gastronomie und viele andere Bereiche, ohne all die Mütter und Väter sowie die vielen ehrenamtlichen Helfer zu vergessen.“

„Können Zähne
zusammenbeißen“

Ebenfalls spricht er ausdrücklich den jungen Leuten seinen Dank aus, da sie während 16 Monaten auf vieles hätten verzichten müssen: „Sie konnten ihre Jugend nicht so erleben, wie sie das wollten. Masken und soziale Distanz passen nicht zur Jugend!“

Der Großherzog nennt die Symbolik des Platzes der Solidarität

„so aktuell wie nie“: Es sei stets ein schwieriger Abwägungsprozess, die Freiheit des Einzelnen weitgehend zu erhalten, aber auch „alle Mitglieder unserer Gesellschaft zu schützen“. Als Nation habe man gezeigt, „dass wir uns solidarisch zeigen, einen langen Atem haben und im Interesse der Allgemeinheit die Zähne zusammenbeißen können“. Darauf könnten die Luxemburger stolz sein.

Bei alledem dürfe man aber auch nicht vergessen, dass die Pandemie zahlreiche Opfer gefordert habe. Für die 818 Toten, die in diesem Zusammenhang bisher gezählt worden sind, bittet Henri um eine Schweigeminute.

Das reduzierte Leben „in Zeitlupe“ habe auch Schönes offenbart „wie grenzüberschreitende Solidarität und weniger Schönes

wie Populismus und Unwahrheit, denen man keine Glaubwürdigkeit verleihen darf“, stellt der Großherzog fest.

„Bei der Wahrheit bleiben“

Er ruft dazu auf, optimistisch zu bleiben und „auf Fakten und Wahrheit zu bauen“: Es gebe ständig verbesserte technische und digitale Lösungen, auch unkonventionelle Wege würden gesucht und besritten: „Home-Schooling, Home-Office oder Online-Konferenzen haben eine ganz neue Dimension bekommen.“

Abstand zu halten sei im Moment wichtig, dürfe aber nicht zum Zusammenbruch der Gesellschaft führen. „Dank der Impfung

und Ihrem großartigen Beitrag dazu können wir uns Menschen wieder näher kommen. Das brauchen wir alle“, erklärt Henri und endet mit dem Wunsch, dass kommendes Jahr endlich wieder alles anders werde – oder eher normal werde: Dann ist es nämlich das 60. Mal, dass am 23. Juni der Nationalfeiertag begangen wird: „Meine große Hoffnung ist, dass wir dann wieder alle zusammen feiern können!“

Ob es so kommen wird? Es wird sich zeigen: Im Jahr 2021 endet die Zeremonie wiederum im kleineren Rahmen – aber nicht ohne die 21 Salutschüsse, die den Großherzog und die Honoratioren auf den Heimweg geleiten.



Foto: SIP/Jean-Christophe Verhaegen

Premierminister Xavier Bettel

Zwischen Gedenken und Hoffnung

Bei den Nationalfeiertagsreden gehen die obersten Amtsträger des Staates auf die Pandemie und den Klimawandel ein

Von Morgan Kuntzmann

„Unser Nationalfeiertag steht symbolisch für unsere Freiheit, unsere Unabhängigkeit und unsere Geschichte“, sagte Premierminister Xavier Bettel bei seiner Rede zum Nationalfeiertag. Coronabedingt fand die öffentliche Feier des Geburtstags des Großherzogs auch in diesem Jahr wieder am „Kanounenhüwel“ in der Stadt Luxemburg statt. Vor dem Nationaldenkmal der Luxemburger Solidarität bekräftigte Bettel, dass diese ein Teil der nationalen Tugenden sei. „Wir passen aufeinander auf und lassen keinen im Regen stehen. Diese Eigenschaften haben sich für uns als vorteilhaft erwiesen. Luxemburg ist bisher gut durch diese Krise gekommen. Und das ist vor allem Ihnen, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger zu verdanken“, so der Regierungschef bei der digital übertragenen Rede.

„In einem normalen Jahr würden wir in der Philharmonie die Persönlichkeiten ehren, die sich in den vergangenen zwölf Monaten besonders ausgezeichnet haben“, so der Premierminister. „Doch dieses Jahr wäre sie dafür zu klein gewesen“. Zu vielen Menschen müsse man danken, ob nun im Gesundheits- und Pflegesektor, bei der Polizei, Feuerwehr, den Beamten, im Schulwesen oder einfach den Menschen, die zu Hause geblieben sind oder „hinter einer Kasse oder zwischen den Regalen stehen“. In schwierigen Zeiten zeige sich die wahre Größe eines Landes: „Wenn es darauf ankommt, halten wir zusammen“. Das Jahr habe viel von den Menschen abverlangt, um sich vor dem Virus zu schützen, so Bettel, der ebenfalls die Corona-Toten erwähnte: „Trotzdem haben wir Menschen für immer verabschieden müssen. Ich denke auch an sie, die in diesem Moment den Nationalfeiertag nicht miterleben können.“

Wie Chamberpräsident Fernand Etgen und Großherzog Henri, die anschließend ihre Reden zum Nationalfeiertag hielten, verband Bettel den Kampf gegen die Pandemie mit den anstehenden Einschränkungen, die zur Eindämmung des Klimawandels nötig sind. „Der 23. Juni steht gleichermaßen für die Geschichte, aber auch für unsere Zukunft. Die Zukunft eines Landes, das sich nicht unterkriegen lässt. Von einem Volk, das den Blick nach vorne richtet und die nächsten Herausforderungen mit dem nötigen Mut und Op-

timismus angeht“, so der Premierminister. „Wir sind es den nächsten Generationen schuldig, dass wir nichts unversucht lassen, um ihnen einen gesunden Planeten und eine lebenswerte Zukunft zu hinterlassen“. Luxemburg habe einen ambitionierten Klimaplan vorgelegt, den man jetzt so schnell wie möglich umsetzen müsse. Am Ende seiner Rede ermahnte Bettel die Bevölkerung, dass die Pandemie noch nicht vorbei sei. „Wir müssen weiter vorsichtig bleiben.“

Wehrhafte Demokratie und EU

Fernand Etgen erinnerte an die Aufbruchsstimmung, die beim letztjährigen Nationalfeiertag herrschte: „Der Etat de crise war gerade vorbei. Wir hatten gehofft, die Pandemie sei vorbei. Ist sie aber nicht. Trotzdem sehen wir Licht am Ende des Tunnels.“ Die Wissenschaft gebe der Gesellschaft mit der Zeit mehr und mehr Werkzeuge, angefangen mit den Masken bis zu den Impfstoffen, um mit der Pandemie umgehen zu können. Für Etgen war es auch wichtig, „einen Gedanken an die jungen Leute der Generation Covid-19“ zu haben. „In den letzten 16 Monaten mussten sie auf vieles verzichten, um andere zu schützen. Auch sie brauchen jetzt Unterstützung. Aber zuerst möchte ich mich bei den jungen Menschen bedanken. Vielen Dank, dass ihr euch so vorbildlich an die Regeln gehalten habt.“ Die Krise habe darüber hinaus gezeigt, dass wir unserer Demokratie vertrauen können, so Etgen. „Unsere Institutionen haben gut und schnell zusammengearbeitet. Uns ist in diesen schwierigen Zeiten wieder bewusst geworden, wie wichtig stabile und krisenfeste demokratische Institutionen sind, um Krisen zu bewältigen“, fügte Etgen an.

Auch das über ein Jahr zurückliegende einschneidende Kollektiverlebnis der Grenzschließungen fand sich in der Ansprache des Parlamentspräsidenten wieder. „Schengen lebt. Grenzkontrollen und Einschränkungen der Bewegungsfreiheit innerhalb des Schengenraums dürfen nicht existieren.“ Die letzten 16 Monate hätten gezeigt, wie wertvoll, aber auch wie „zerbrechlich“ diese Normalität sei.

Corona-Krise als Zäsur

Etgen versteht die Covid-Krise, „als ein Alarmsignal, um unsere Lebensweise zu überdenken und uns mehr um unse-

re Erde zu kümmern“. Dabei stecke hinter der Liebe zum Planeten auch ein egoistisches Ziel: „Indem wir den Planeten schützen, schützen wir uns auch selbst“, so Etgen. Um die anstehenden Herausforderungen zu meistern, hat der Parlamentspräsident drei Mittel ausgemacht. Neben Europa helfen Bildung, Digitalisierung und Forschung, um besser auf die Zukunft vorbereitet zu sein. Auch der Wissenschaftsglaube solle gestärkt werden: „Wir sollen mehr Bescheidenheit beweisen und auch denen zuhören, die nicht nur das sagen, was man am liebsten hören würde.“

Der Großherzog erinnerte an die Toten

Großherzog Henri analysierte in seiner Rede, inwieweit die Pandemie unsere Gesellschaft verändert hat. Das reduzierte Leben „in Zeitlupe“ habe Schönes offenbart, „wie grenzüberschreitende Solidarität und weniger Schönes wie Populismus und Unwahrheit, die keine Glaubwürdigkeit verdienen“, stellte Großherzog Henri fest und fügte an: „Wir haben gesehen, dass die Globalisierung kein Allheilmittel ist, sondern dass es wichtig ist, eine lokale, regionale und europäische Produktion von essenziellen Produkten zu erhalten, um in Krisenzeiten schnell reagieren zu können“. Er rief dazu auf, optimistisch zu bleiben und „auf Fakten und Wahrheit zu bauen“. Es gebe ständig verbesserte technische und digitale Lösungen, auch unkonventionelle Wege wie Homeoffice und -schooling würden beschritten.

Das Staatsoberhaupt hielt eine Schweigeminute ab, um der 818 Menschen zu gedenken, die bisher dem Virus zum Opfer gefallen sind. „Gemeinsam mit der Großherzogin und unserer Familie möchte ich all jenen, die einen geliebten Menschen verloren haben, unser tiefstes Beileid aussprechen“, sagte der Großherzog und erinnerte daran, dass die Regierung später in diesem Jahr eine Zeremonie zum Gedenken an die Verstorbenen und zur Würdigung der Helfer organisieren wolle. Der Großherzog beendete seine Rede mit einem gewissen Optimismus und erinnerte daran, dass es im Jahr 2022 „60 Jahre her sein wird, dass wir am 23. Juni den Nationalfeiertag zelebrieren. Meine große Hoffnung ist, dass wir dann wieder alle gemeinsam feiern können!“

Leitartikel

Ein Akt der Solidarität

Von Roland Arens

Auch in diesem Jahr, zum zweiten Mal in Folge, wird es keinen Nationalfeiertag im traditionellen Sinn geben. Keine Militärparade, kein Feuerwerk, keine große Feier, kein Te Deum. Vor einem Jahr konnte das Land immerhin etwas aufatmen, als nach drei Monaten zumindest der „Etat de crise“ beendet werden konnte. Doch das gesellschaftliche Leben funktionierte danach weiterhin auf Sparflamme, ebenso die wirtschaftliche Aktivität. Flächendeckende Impfungen waren damals bestenfalls eine vage Hoffnung.

Zwölf Monate später hat sich eine gewisse Zuversicht breit gemacht, fast schon Euphorie – trotz der inzwischen 818 Corona-Toten. Die Impfkampagne kommt voran, und allem Anschein nach hat die Wirtschaft die Pandemie besser überstanden als befürchtet werden konnte. Nur noch 20

Prozent der Bürger sind besorgt um die wirtschaftliche Entwicklung, wie unsere Politmonitor-Umfrage ergab. Vor einem Jahr waren es noch 41 Prozent.

Gefühlt scheint die Welt an diesem 23. Juni also wieder in Ordnung zu kommen. Da kommt der Nationalfeiertag gerade recht als Fest des Zusammenhalts unserer Gesellschaft, als ritualisierte Würdigung des

Gemeinwesens, dessen obersten Fürsprecher, Großherzog Henri, wir stellvertretend feiern. Es ist ein Tag der Zuversicht und des Vertrauens in die eigenen Stärken.

Zu Recht wurde in den zurückliegenden Monaten immer wieder die Solidarität hervorgehoben, mit der luxemburgische und nicht-luxemburgische Bürger die Krise bisher gemeistert haben. Nachbarn helfen sich gegenseitig, Familien

rücken näher zusammen, wo Not am Mann ist. Ein bemerkenswerter Trend angesichts der sonst so oft kritisierten gesellschaftlichen Isolation und Individualisierung.

Die gesellschaftlichen Reflexe scheinen also noch intakt zu sein, wenn es wirklich darauf ankommt. Das ist beruhigend. Andererseits ist die Pandemie noch lange nicht überwunden, der Verlust von Angehörigen von den Familien noch nicht verarbeitet, die Langzeitfolgen von Corona erst ansatzweise erkennbar. Fast zwei Drittel der Luxemburger Wähler fühlen sich durch die Pandemie psychisch belastet, wie die Politmonitor-Umfrage zeigt.

Einiges wird nach der Krise nicht mehr sein wie vorher, manche Probleme im Zusammenleben der Bürger werden jedoch immer noch ungelöst sein. Beispiel Demokratiedefizit: Nicht nur wurden während der Pandemie die Covid-Gesetze auf Kosten der Beteiligung von Parlament, Staatsrat und Berufskammern im Stakkato durchgepeitscht. Es ist weiterhin nicht gut um den Zusammenhalt der Gesellschaft bestellt, wenn mehr als die Hälfte der Bevölkerung nicht oder nur eingeschränkt an der politischen Entscheidungsfindung teilhaben darf. Initiativen wie das Bürgerforum in Düdelingen sind deshalb zu begrüßen, weil sie das Land als Gemeinschaft und als Staat weiterentwickeln.

Vor allem das Virus selber ist noch nicht endgültig besiegt, woran die vermehrt auftretenden Covid-Varianten drohend erinnern. Über den Sommer wird es daher auf die Bereitschaft der Bürger zum Impfen und zum Einhalten von Schutzmaßnahmen ankommen. In Zeiten einer Pandemie ist auch dies ein Akt bürgerlicher Solidarität.

*Die Pandemie
hat gezeigt,
dass die gesellschaftlichen
Reflexe noch
intakt sind.*



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

TOURISMUS UND GASTRONOMIE

Erfolgsgeschichte mit Bläschen

Die Caves Bernard-Massard feiern in diesem Jahr ihr hundertjähriges Unternehmensbestehen. Schicksalhaft war das Gründungsjahr auch für die Luxemburger Weinproduktion allgemein.

Vor Antoine Clasens Bürofenster in Grevenmacher fließt die Mosel und davpr der Verkehr. Er spricht gern über die Unternehmenstradition seiner Familie, mit aufgewecktem Blick und tanzenden Augenbrauen. Wenn er über Weinberge spricht, blickt er auf den Druck der grünen Rebenreihen an seiner Wand. Antoine Clasen sieht aus, als blieben seine Füße nicht oft im Matsch eines Weinberges stecken. Er trägt hellblaues Freizeithemd, Sakko und grüne Velours-Sneakers, digitale Armbanduhr, ist CEO, nicht Winzer. Er studierte Management und Finanzen, arbeitete bei einer Bank und dann im Consulting, bevor er sich dem Core-Business seiner traditionsreichen Familie zuwendete.

Clasen heißt weder Bernard noch Massard, und doch ist er der rechtmäßige Thronfolger des Schaumweinimperiums aus Grevenmacher. Denn Clasens hatten von Anfang an ihre Geldbörsen im Spiel und wurden schnell nach der Gründung des Unternehmens zu dessen Leiter. Wenig von der Romantik der klassischen Winzerfamilie haftet an Clasens.

Am 2. Juni 1921 gründete Jean Bernard die Kellerei, drei Monate später wurde das Unternehmen immatrikuliert. Jean Bernard, verheiratet mit Anne Massard, war Luxemburger Önologe, der einige Jahre in der Champagne gearbeitet hatte und nach dem ersten Weltkrieg mit der Idee und den nötigen Kenntnissen, um Sekt herzustellen, zurückkam. „Er gründete seine Firma, hatte aber nicht genug Geld dafür“, erklärt Antoine Clasen. „Deshalb bat er Freunde, ihn zu begleiten. Und so kam meine Familie rein. Mein Ururgroßvater war Arzt in Grevenmacher und hatte eigene Weinberge, er war passi-

onierter Freizeitwinzer.“ Der bekannteste von Bernard-Massards Weinbergen, der Clos des Rochers, war zuvor in Besitz der Familie Clasen. Jean Bernard war nicht der Einzige an der luxemburgischen Mosel, der zu dieser Zeit eine Kellerei gründete. Die erste Genossenschaftskellerei Caves de Grevenmacher ging 1921 an den Markt, und schon zwei Jahre zuvor die Caves Saint Martin.

Der Zeitpunkt war denkbar günstig, erklärt Roby Ley. Er ist Direktor des staatlichen Weinbauinstitutes in Remich. „Nach dem ersten Weltkrieg hatten die Luxemburger Winzer ein wirtschaftliches Problem, weil mit dem Ende der Mitgliedschaft im preußischen Zollverein der deutsche Markt wegbrach.“ Bis dato war der Export nach Deutschland zollfrei und Luxemburgs Weinproduktion namenlos. Die Luxemburger Winzer pflanzten vorrangig Elbling. Die Erträge wurden zu Grundweinen verarbeitet, die in Deutschland, gemischt mit weniger sauren Pfälzer Weinen, zu Sekt gemacht wurden. „Damals waren nicht viele Unternehmen hier. Die Winzer waren kleine landwirtschaftliche Mischbetriebe. Kaum einer konnte nur vom Weinberg leben“, sagt Ley. Nur wenige versuchten, eigenen Wein herzustellen. „In Luxemburg war nicht viel Geld und es gab keinen Absatz.“

Mit dem Ende des Zollerlasses mussten die Luxemburger Winzer einen neuen Markt suchen. Einige haben angefangen, eigene Weine herzustellen. „Doch Grundweine für deutschen Sekt zu produzieren ist etwas anderes als vollständige Weine herzustellen.“ Die Luxemburger Winzer pflanzten Rivaner, dann auch Pinot Gris. Riesling war schon immer in den besten Lagen. In die Karten spielte ihnen, dass

der 1921er ein sehr guter Jahrgang war. „Das war der erste luxemburgische Wein, den die Arbed gekauft hat, um ihn in den Restaurants der Stahlindustrie anzubieten.“ Der Preis habe sich in diesem Jahr verfünffacht, weil die Qualität hoch und die verfügbare Menge sehr gering war.

Andere wollten in Luxemburg eigene Schaumweine herstellen. Der Gedanke: Wenn sie in Deutschland unsere Weine versekten, warum machen wir das nicht hier? Denn die Rebsorten hier eignen sich sehr gut dafür. „Damals nannte man den Luxemburger Champagner“, sagt Antoine Clasen und schmunzelt. Es ist die gleiche Methode wie in der Champagne. Die Luxemburger Winzer, allen voran Bernard-Massard und die Caves Saint Martin, begründeten daraufhin ihre Sektproduktion.

Doch schon die Gründer von Bernard-Massard fanden Luxemburg zu klein, um nur hier zu verkaufen. „Belgien war naheliegend, wir haben vor 100 Jahren die Union belgo-luxembourgeoise unterschrieben, die dann Benelux wurde und der erste Kern von Europa war“, sagt Clasen stolz. Die Kellerei wurde schnell zur Institution, Jean Bernard repräsentierte die luxemburgischen Moselwinzer bei den Verhandlungen. Schon ein Jahr nach der Gründung reiste er für Luxemburg zur Weltausstellung nach Rio de Janeiro. In der Obermosel-Zeitung hieß es zu diesem Anlass: „Die große Wein-Gesellschaft Bernard Massard & Cie. wird ihren Champagner der Luxemburger Mosel bekannt machen und sonder Zweifel werden die Luxemburger Weinprodukte die Gunst der Brasilianer erwerben.“

Anderthalb Jahre nach Beginn seines rasanten Aufstieges verlautete das

Tageblatt den Tod von Jean Bernard: „Der kaum 47-Jährige wird in einem Alter dahingerafft, wo er erst die Früchte seines Fleißes, seiner seltenen kommerziellen Begabung und seines Unternehmergeistes ernten sollte. Aus bescheidenen Verhältnissen heraus arbeitete sich Jean Bernard-Massard hinauf zu einem der angesehensten Vertreter der Schaumweinbranche.“

Familie Clasen übernahm das Management des Unternehmens und führte die Erfolgsgeschichte ohne Unterlass weiter. Seit Beginn macht das Unternehmen nicht nur Profit aus den eigenen Trauben, sondern kauft Trauben von anderen Winzern für die Sektherstellung. „Vorrangig aber ist Bernard-Massard Weinhändler“, betont Roby Ley. „Sie haben zwar einige Weinberge, doch das Hauptgeschäft ist der Weinhandel.“ Antoine Clasen sagt: „In Frankreich arbeiten wir mit einigen der besten Winzer der Welt, da kann man auch viel lernen, das bringt dich weg von der Vorstellung, dein Wein sei der beste.“ Probieren, probieren, probieren. „Ich probiere viel Wein und trinke relativ wenig. Je mehr man probiert, desto mehr kann man lernen.“ Diese Woche nimmt Clasen an einer Blindverkostung von 50 Pinot Noirs teil, luxemburgische und ausländische Weine.

Auch der eigene Anbau wuchs stetig, sodass die Familie Clasen heute der größte Einzelweingebirgsbesitzer an der Mosel ist. Die Clos des Rochers mussten

sie in den 1950er Jahren verkaufen. „Es war kein Geld da, das waren schlechte Jahrgänge und wir haben Trauben von anderen Winzern gekauft“, erklärt Antoine Clasen. „In den 1980ern konnte mein Vater den Weinberg wieder aufleben lassen und 1986 kauften wir auch das Wein-
gut Château de Schengen.“

Was Familie Clasen und die Caves Bernard-Massard mit Erfolg durch 100 Jahre gebracht hat, ist nach Antoine Clasen Opportunismus und nicht zuletzt Glück. Aber wir haben auch geliefert, waren immer bereit und wir sind von unseren Produkten überzeugt.“ Antoine Clasen versucht nicht, das Unternehmen mit der neuen Generation umzukrempeln. „Man muss seinen Vorfahren treu sein und ich mag unsere Produkte. Wir überlegen zusammen mit meinem Vater, wie man das noch besser machen kann.“

Bernard-Massards Erfolgsstory ist gleichzeitig die des Luxemburger Weinbaus insgesamt. 100 Jahre reiner Aufbau, so Roby Ley. „Anfang der 1930er Jahre war der Beginn des Luxemburger Qualitätsweines“, sagt André Mehlen, Projektleiter am Weinbauinstitut, das auch zu dieser Zeit gegründet wurde. 1935 wurde eine staatliche Qualitätskontrolle eingeführt. Der Crémant spielte immer eine große Rolle. „Der Crémant de Luxembourg ist ein Produkt, das wunderbar zum Land passt. Ursprünglich war Luxemburg ein Bauernland, jetzt ist es international. Der Crémant de Luxembourg ist ein Qualitätsschaumwein, das passt wie die Faust

aufs Auge. Er ist nirgends mehr wegzu-
denken, von keiner Feier.“

45 Hektar Chardonnay werden an der luxemburgischen Mosel heute für die Crémantherstellung angepflanzt. Auch Pinot noir und immer noch Riesling. „Die Winzer hier experimentieren mit den Sorten und das ist eine Stärke, denn die einen mögen lieber das weichere, cremigere des Champagners, andere eher das spritzig-rassige“, sagt Mehlen. Es gebe viele Anstrengungen, was die Qualität betrifft. Die Produkte werden immer feiner, die Winzer lassen ihre Weine länger auf der Hefe liegen. Besonders in den letzten Jahren schauen sich Winzer viel aus dem Ausland ab und experimentieren. Auch Bernard-Massard zieht mit und versucht sich jetzt an der Herstellung von Lagencrémants vom Clos des Rochers.

„Luxemburg ist zu klein, um billigen Wein zu machen“, sagt Antoine Clasen. „Spanier und Italiener machen guten billigen Wein. Wir können das nicht, die Fläche ist klein, die Löhne sind hoch, Materialien teuer. Deshalb überlassen wir das besser den anderen. Die wenigsten Luxemburger wissen, was sie für ein Glück haben, in einem Land zu leben, in dem die allermeisten Winzer sehr guten Wein machen. Das ist der Weg, den wir als Luxemburger Moselwinzer gehen müssen, alle zusammen.“

Wenn sie in
Deutschland
unsere Weine
versekten,
warum
machen wir
das nicht
hier?

„Luxemburg ist zu klein, um
billigen Wein zu machen.“

Antoine Clasen

26 neue Weinführer für die Via mosel'

GREVENMACHER (sas) Das erste grenzüberschreitende Weingüter- und Architekturprojekt Via mosel' in Weinorten entlang der Mosel hat nun 26 neue Via mosel' Führer mit der Prüfung zur Fortbildung „Weinarchitektur im grenzenlosen Moseltal“ qualifiziert. Die Via mosel' Guides sollen Reisende zukünftig mit spannenden Geschichten von der Mosel und interessanten Einblicken in die hiesige und internationale Weinarchitektur versorgen.

In einer Serie von acht Online-Se-

minaren im vergangenen Winter gaben elf Lehrende aus Deutschland, Luxemburg und Frankreich ihr Wissen zu Geologie, Weinarchitektur und Kunstgeschichte an die angehenden Via mosel' Guides weiter – die erste durchgehend bilinguale Fortbildung im Moseltal. In der Prüfung wurde das Wissen in einer schriftlichen Arbeit und einer mündlichen Führung zu einem in Via mosel' aufgenommenen Weingut oder Weinort unter Beweis gestellt. Durch die Konzeption der Führung sind auch neue Touren entstanden, die Mosellandbesucher zu den architektonischen Schätzen demnächst buchen können. Eine zweite Runde zur Fortbildung soll bereits im Winter star-

ten und richtet sich an bereits zertifizierte Guides aus der Moselregion.

Via mosel' ist das erste grenzüberschreitende weintouristische Angebot mit dem Ziel, die Moselregion als attraktives Ausflugsziel hervorzuheben. Dazu wurde mit verschiedenen Akteuren eine Route entlang der grenzenlosen Mosel ausgearbeitet, welche es ermöglicht, die verschiedenen Weinbaugebiete aus einem architektonischen Blickwinkel zu bereisen. Die Fortbildung und die Prüfungen der Via mosel' Guides wurden von der Europäischen Wirtschaftlichen Interessenvereinigung Terroir Moselle organisiert und durch die Interreg-Förderung der Großregion finanziert.



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

VERSCHIEDENES

„Herausragender Beitrag“

LUFTRETTUNG Luxembourg Air Rescue erhält Adenauer-de-Gaulle-Preis

Eric Hamus

Wegen ihres Einsatzes zu Beginn der Covid-19-Pandemie wurde die Luxembourg Air Rescue bereits letztes Jahr mit dem Adenauer-de-Gaulle-Preis ausgezeichnet. Wegen der Einschränkungen während der sanitären Krise konnte die prestigeträchtige Auszeichnung aber erst jetzt überreicht werden.

„Ich bin positiv überrascht, dass so große Nationen wie Deutschland und Frankreich bei der Verleihung eines prestigeträchtigen Preises an eine bescheidene Organisation aus dem kleinen Luxemburg denken“, unterstrich LAR-Gründer René Closter, unmittelbar nachdem sich die frohe Kunde den Weg nach Luxemburg gebahnt hatte.

Tatsächlich hatte die Luxemburger Flugrettung kurz nach dem Ausbruch der Pandemie auf Anfrage der Regierung sechs Covid-Patienten aus dem französischen „Grand Est“ nach Luxemburg überführt. Nur etwas später wurde die LAR auf Anfrage der französischen Regierung gar ins Notsystem des französischen SAMU eingebunden, um weitere Patienten aus dem Osten Frankreichs nach Deutschland zu transportieren.

Für diesen „herausragenden Beitrag zur deutsch-französischen Solidarität während der Pandemie“ wurde die LAR im Dezember letzten Jahres zusammen mit der DRF-Luftrettung aus Filderstadt (Stuttgart/D) mit dem Adenauer-de-Gaulle-Preis ausgezeichnet. Beide hätten auf dem Höhepunkt der

Krise ein starkes Zeichen für europäische Solidarität und grenzüberschreitende Kooperation gesetzt, heißt es in der Begründung.

Ins Leben gerufen wurde der deutsch-französische Freundschaftspreis 1988 anlässlich des 25. Jahrestages des Elysée-Vertrags. Preisträger sind Personen, Initiativen oder Institutionen, die durch ihr Wirken einen „herausragenden Beitrag zur Festigung der deutsch-französischen Freundschaft“ geleistet haben. Der Preis soll an die Leistung des deutschen Kanzlers Konrad Adenauer und des französischen Präsidenten Charles de Gaulle erinnern, die 1963 der Aussöhnung zwischen dem deutschen und dem französischen Volk entscheidende Impulse gaben. Zu den früheren Preisträgern zählen die französische Sängerin Patricia Kaas (1999), der deutsche Journalist Ulrich Wickert (2000), Arte (2013) und „Une Terre Culturelle“ (2019). Der Preis ist mit 10.000 Euro dotiert.

Unter schwierigen Umständen hätten LAR und DRF „mit großer Professionalität und starkem persönlichen Einsatz“ den Großteil der Hubschraubertransporte französischer Patienten übernommen. „Dabei haben DRF und LAR nicht nur konkret Menschenleben gerettet, sondern auch einen sehr wichtigen Beitrag zur Bewältigung der Gesundheitskrise und zur Festigung der deutsch-französischen Freundschaft geleistet“, so die Begründung.

Diese zivilgesellschaftliche Solidarität über die Grenzen hinweg sei in Zeiten großer Ängste und Spannungen im Alltag der Menschen der Grenzregion be-

sonders wichtig. Beide hätten auf beeindruckende Weise den Wert der deutsch-französischen Freundschaft gezeigt. „Europa ist dann stark, wenn wir uns aufeinander verlassen können und wenn für uns Solidarität eine Selbstverständlichkeit ist“, heißt es weiter.

Konkrete und lebendige Solidarität

Mit dem diesjährigen Preis zeichne man das aus, was man sich für Europa wünsche: „konkrete und lebendige Solidarität, grenzüberschreitende Zusammenarbeit und starkes zivilgesellschaftliches Engagement“. Der Adenauer-de-Gaulle-Preis sollte zunächst am 22. Januar, dem Tag der deutsch-französischen Freundschaft, verliehen werden. Die Zeremonie wurde aus ersichtlichen Gründen nun aber auf letzte Woche verlegt.

Während einer feierlichen Zeremonie in der Abtei Neumünster konnten die Vertreter der LAR den Preis endlich auch offiziell entgegennehmen. Überreicht wurde die Auszeichnung vom deutschen Staatsminister für Europa, Michael Roth, und vom französischen Botschafter in Luxemburg, Bruno Perdu.

„Dieser Preis geht nicht nur an die LAR als Organisation, sondern vor allem an die LAR-Mitarbeiter, die auch während der Pandemie Tag und Nacht bereitstehen, Menschenleben zu retten, dies in Luxemburg, der Großregion und weltweit“, so René Closter, Präsident der Luxembourg Air Rescue.

Internetnutzung boomt

Luxemburgs Telekomfirmen investieren viel in den Ausbau der Netze

Von Marco Meng

Die Gesundheitskrise prägt deutlich den Luxemburger Telekommunikationsmarkt, so das Institut luxembourgeois de régulation (ILR) am gestrigen Donnerstag. Das ILR untersuchte das Jahr 2020: Mehr Internetanschlüsse, mehr Mobilfunkdienste und schnellere Downloads waren von den Nutzern während der Pandemie gefragt.

„Im Jahr 2020 beeinflusste die Covid-19-Krise die Marktzahlen, insbesondere durch einen außergewöhnlichen Anstieg sowohl des Volumens der Festnetztelefonie (+10,6 Prozent) als auch des Volumens der mobilen Kommunikation (+19,6 Prozent)“, teilte das ILR mit.

Der Gesamtumsatz der Luxemburger Telekommunikationsanbieter blieb mit 567,6 Millionen Euro im Jahr 2020 stabil mit einem minimalen Plus von 0,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Mehr Internetnutzung

Die Umsätze aus dem Festnetzgeschäft, die unter dem deutlichen Einfluss der um 6,2 Prozent gestiegenen Zahl der Internetzugänge standen, glichen den Umsatzrückgang bei den Mobilfunkdiensten von minus 5,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr aus.

„Die Digitalisierung schreitet weiter voran, insbesondere mit dem schnellen Ersatz traditioneller analoger Telefonanschlüsse durch IP-Telefonie-Dienste, die im festen Internetzugang enthalten sind“, erklärt das ILR. Telefonieren über Internet zählt inzwischen 190 100 Einheiten. In Luxemburg entfallen mehr als 60 Prozent des Gesamtvolumens der Festnetzkommunikation auf Unternehmen, während die Haushalte nur 24 Prozent der Anschlüsse stellen. Die Gesamtzahl der festen Internet-Abonnements lag Ende 2020 bei 235 200.

Nicht überraschend nimmt die

Zahl der Anschlüsse mit einer geringen Downstream-Geschwindigkeit von weniger als 100 Mbit/s weiter ab, während die Zahl der Anschlüsse mit einer Geschwindigkeit von 100 Mbit/s und mehr um 23,2 Prozent auf 154 700 Einheiten Ende 2020 gestiegen ist. Damit macht dieses Segment Ende letzten Jahres 65,8 Prozent des Marktes für feste Internetzugänge aus.

Seit Ende 2020 ist Glasfaser mit 50,2 Prozent der Zugänge die meistgenutzte Technologie für den Festnetzinternetzugang in Luxemburg. Die Abdeckung mit Glasfaser erreichte letztes Jahr 72,1 Prozent der Haushalte; insgesamt sind 95,1 Prozent der Haushalte in Luxemburg mit einem Netz von hoher Datenkapazität versorgt. Der höchste Wert in Europa. Der durchschnittliche monatliche Umsatz der Betreiber pro festen Internetzugang stieg um 6,2 Prozent auf 50,4 Euro.

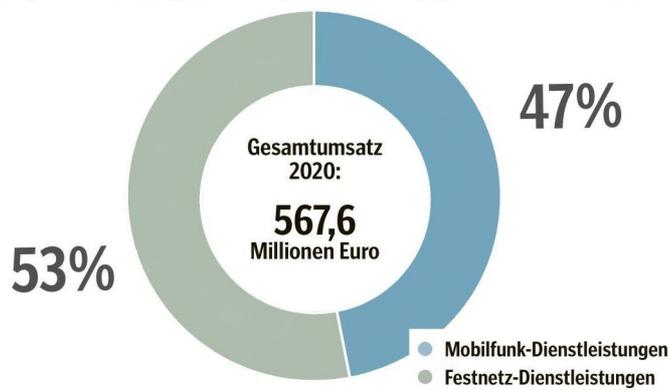
Auch die Nutzung der Mobilfunknetze nimmt stetig zu, was sich allerdings nicht unbedingt in Umsatzzahlen bemerkbar macht, zum Beispiel weil Roaminggebühren weggefallen sind. In der Pandemie ist insbesondere die Nutzung von Datendiensten mit einem Wachstum von 53,6 Prozent deutlich gestiegen.

Dabei hat Luxemburg die Marke von einer Million aktiver SIM-Karten im Jahr 2020 überschritten mit einem durchschnittlichen Umsatz pro SIM-Karte von 20,4 Euro pro Monat, ein Minus von knapp zehn Prozent. Während 57,7 Prozent der Nutzer von Mobilfunkdiensten monatlich weniger als 20 Euro dafür aufwenden, sind es bei 20,8 Prozent mehr als 40 Euro im Monat.

Was im letzten Jahr ebenfalls deutlich gestiegen war, sind die Ausgaben der Unternehmen für Infrastrukturprojekte. Die Investitionen der Telekomunternehmen stieg den ILR-Daten zufolge im letzten Jahr um 14,7 Prozent gegenüber 2019, im Mobilfunk-Segment waren es Investitionen in Höhe von 24 Millionen Euro, und im Festnetz 67,7 Millionen Euro.

Umsatz bleibt stabil

Im Mobilfunksegment wurden 266,7 Millionen Euro erwirtschaftet, 5,9 Prozent weniger als 2019, und im Festnetzgeschäft 300,9 Millionen Euro, 6,2 Prozent mehr als 2019



Quelle: ILR

Warten auf Erneuerung

Grundwasserreserven bleiben weiterhin unter dem Mittelwert

Luxemburg. Bereits seit 2005 liegt der Grundwasserspiegel bestenfalls um den Mittelwert oder darunter. In der jüngsten Vergangenheit befanden sich die Reserven gar meist unter dem Durchschnitt. Schuld daran sind unzureichende Niederschläge – vor allem wäh-

rend der Wintermonate. Denn diese sind für die Erneuerung der Grundwasserreserven unabdinglich. Auch in diesem Jahr wird sich der allgemeine quantitative Zustand des Grundwassers wohl nicht verbessern. Zu diesem Schluss kam das Wasserwirt-

schaftsamt bereits im Februar in einem Bericht. Eine Einschätzung, an der die Regenfälle der vergangenen Wochen wohl nichts geändert haben. Für eine ausreichende Erneuerung muss es regelmäßig und über eine längere Periode regnen. Nur dann werde der Boden

gesättigt und das Wasser habe Zeit, für im Untergrund zu versickern. Die Auswirkungen der Wetterbedingungen auf das Grundwasser zeigen sich jedoch erst nach einigen Monaten bis zu einem Jahr. Damit sich die Reserven wieder füllen, muss es aber während mehrerer aufeinanderfolgender Jahre ausreichend Niederschlag in den Wintermonaten geben. *m.r.*

Im Grund und Boden

Der Grundwasserspiegel bleibt auf einem niedrigen Niveau

Von Maximilian Richard

Luxemburg. Bereits im Februar klang die Einschätzung der Experten ernüchternd: Der allgemeine quantitative Zustand des Grundwassers werde sich nicht verbessern, sondern höchstens im Vergleich zum Vorjahr stabilisieren, so die Einschätzung der Experten des Wasserwirtschaftsamts.

Das Regendefizit der vergangenen Jahre hat in den tieferen Bodenschichten seine Spuren hinterlassen – dem Bereich, dem die Hälfte des Trinkwassers in Luxemburg entspringt. Bereits seit 2005 liegt der Grundwasserspiegel bestenfalls um den Mittelwert oder darunter. In der jüngsten Vergangenheit befanden sich die Reserven meist unter dem Durchschnitt.

Allgemein bilden sich die Grundwasserreserven vor allem in den kälteren Monaten – zwischen Anfang November und Ende März – neu. Da es in dieser Periode weniger Pflanzen gibt und die Temperaturen deutlich niedriger sind, kann mehr Wasser durch den Untergrund sickern.

Aber auch wenn im vergangenen Dezember und Januar überdurchschnittlich viel Niederschlag fiel, bringt dies – anders als man vielleicht vermuten könnte – kei-

ne Entspannung der Lage. Für eine ausreichende Erneuerung müsse es regelmäßig und über eine längere Periode regnen, wie eine Sprecherin des Umweltministeriums erklärt. Nur dann werde der Boden gesättigt und das Wasser habe Zeit, im Untergrund zu versickern. Damit sich die Reserven aber auffüllen, müsse es während mehrerer aufeinanderfolgender Jahre ausreichend Niederschlag in den Wintermonaten geben.

Nasser Eindruck ohne direkte Folgen

Deshalb wird, auch wenn das Ende des Frühjahrs einen feuchten Eindruck hinterlassen hat, diese Periode wohl auch kaum Einfluss auf die Grundwasserreserven haben. Insbesondere da bei viel Regen in kurzer Zeit die Reserven nicht effizient aufgefüllt werden, weil das Wasser dann einfach abfließt.

Des Weiteren lagen auch die Niederschläge der Monate Februar und April unter dem langjährigen Durchschnitt. Die Auswirkungen der Wetterbedingungen auf das Grundwasser zeigen sich jedoch erst nach einigen Monaten bis zu einem Jahr. So lange braucht das Wasser nämlich, um in den

Untergrund zu gelangen.

In Luxemburg werden etwa 270 Quelfassungen und 40 Bohrungen für die Erschließung von Trinkwasser genutzt. Mit rund 85 Prozent befindet sich der Großteil von ihnen in einer Trinkwasserschutzzone. Die Restlichen sollen allerdings noch folgen.

Wie wichtig solche Schutzzonen sind, zeigen die Situationen mehrerer Trinkwassererfassungen. Erfassungen, die etwa 62 000 Einwohner beliefern könnten, werden derzeit wegen zu schlechter Wasserqualität nicht genutzt. Abbaustoffe von Pflanzenschutzmitteln und Nitrate sind für die Verunreinigungen verantwortlich.

Bis die unterirdischen Gewässer sich erholen, wird es noch mehrere Jahre dauern. Somit kann auch nach der Ausweisung entsprechender Schutzzonen erst nach zehn bis 15 Jahren mit einer bedeutenden Verbesserung der Qualität der Gewässer gerechnet werden.

Das Grundwasser ist allerdings nicht nur bedeutend für das Trinkwasser. Eine der Hauptkonsequenzen von einem niedrigen Niveau des Spiegels ist, dass aus den Quellen weniger Wasser fließt und somit verschiedene Bäche – besonders während des Sommers – nicht

mehr genügend mit Wasser gespeist werden. Dies hat dann mitunter negative Konsequenzen für die Wasserqualität eines Bachs und dementsprechend auch für die davon abhängigen Pflanzen und Tierwelt.

Neue Quellen für Trinkwasser

Derzeit werden im Schnitt täglich rund 120 000 Kubikmeter Trinkwasser unter normalen Bedingungen hierzulande verbraucht. Durch den Klimawandel könnte der Druck auf die Wasserreserven weiter erhöht werden: Dürre- und Hitzeperioden werden immer häufiger, was auch den Wasserverbrauch in die Höhe treibt – ebenso wie wirtschaftliches und demografisches Wachstum. Neben den Quellabflüssen des Grundwassers gilt der Obersauer-Stausee in Esch/Sauer hierzulande indes als wichtigste Trinkwasserressource. Um die Versorgung weiterhin zu gewährleisten, wird in Eschdorf derzeit eine neue Trinkwasser-Aufbereitungsanlage für das Wasser des Stausees fertiggestellt.

Dort sollen ab 2022 insgesamt 110 000 Kubikmeter Trinkwasser täglich aufbereitet werden, das sind 40 000 Kubikmeter mehr, als die aktuelle Station liefern kann. Eine erste Produktionsstraße soll bereits im Oktober in Betrieb gehen (das LW berichtete).

Ein Netz von Messstationen

Der Grundwasserstand wird im Großherzogtum an insgesamt 17 repräsentativen Stellen des Landes gemessen. Etwa die Hälfte (47 Prozent) der Mengenmessstellen sind Grundwassermessstellen, der übrige Teil (53 Prozent) sind Quelfassungen. Die Messstellen verteilen sich auf die sechs Grundwasserkörper des Landes und sind Teil des Netzwerkes

von insgesamt 31 Gütemessstellen, die die Qualität des Grundwassers überwachen.

An diesen Stellen wird die chemische Beschaffenheit des Grundwassers, also die Konzentration natürlicher Stoffe sowie durch menschlichen Eintrag vorhandener beziehungsweise in ihrer Konzentration erhöhter Stoffe erhoben.

Coronaviren in fünf von 13 Kläranlagen nicht mehr nachweisbar

CORONASTEP Viruslast hierzulande stabil

Raffael Wilmes

Das SARS-CoV-2-Genom ist in fünf von 13 Kläranlagen nicht mehr nachweisbar – die Viruslast stabilisiert sich. Das geht aus dem jüngsten Bericht des Luxembourg Institute of Science and Technology (LIST) hervor.

Die Viruslast in Luxemburgs Kläranlagen hat sich laut den LIST-Forschern in den letzten ein bis zwei Wochen stabilisiert – zu diesem Schluss kommen die Forscher des Luxembourg Institute of Science and Technology (LIST). Sie nehmen mit

ihrem Coronastep-Programm die Luxemburger Abwässer unter die Lupe. „Der in Kläranlagen gemessene SARS-CoV-2-RNA-Fluss zeigt eine moderate nationale Prävalenz des Virus“, schreiben die LIST-Wissenschaftler im aktuellen Report Nummer 81.

Die einzelnen Kläranlagen würden einen ähnlichen Trend aufzeigen: In den meisten Anlagen sei der SARS-CoV-2-Fluss nahe an der feststellbaren Nachweisgrenze oder sogar darunter. Das SARS-CoV-2-Genom ist in fünf von 13 Kläranlagen nicht

mehr nachweisbar, geht aus dem Bericht hervor. In den anderen Anlagen sei das Genom nur noch „in Spuren vorhanden“.

Obwohl sich die Corona-Pandemie zu stabilisieren scheint, bereitet die ansteckendere Delta-Variante Sorgen. Die Virus-Variante konnte zwar laut Corona-Taskforce im Vergleich zu den letzten Wochen gestoppt werden, macht aber mit 30,9 Prozent einen hohen Anteil aller festgestellten Neuinfektionen in Luxemburg aus.

So funktioniert die Coronastep-Untersuchung

Das Forschungsinstitut entnimmt Proben an 13 Luxemburger Kläranlagen: Beggen, Bettemburg, Schiffingen, Bleesbrück, Mersch, Petingen, Hesperingen, Echternach, Übersyren, Grevenmacher, Ulflingen, Böwingen/Attert und Wiltz. Insgesamt wird somit ein Einzugsgebiet mit 445.302 Menschen abgedeckt. Dafür wird über 24 Stunden Wasser am Zufluss der jeweiligen Kläranlage gesammelt. Die Virus-RNA ist in menschlichen Exkrementen nachweisbar und kann deshalb in Kläranlagen gefunden werden. Die Forschungseinrichtung LIST beschäftigt sich seit mehr als zehn Jahren mit Abwässern und den Viren, die sich darin befinden. Normalerweise gehen die Forscher Viren nach, die Magen-Darm-Entzündungen oder andere Infektionen des Verdauungstrakts auslösen können. Für die Auswertung benutzen die Wissenschaftler im Grunde die gleiche PCR-Methode, wie sie auch bei Rachenabstrichen angewandt wird. Sie erlaubt es, die RNA – also den genetischen Bauplan des Virus – aufzuspüren.

(sen/gr/mb)



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

ZAHLEN UND FAKTEN

Nur in Finnland waren 2020 mehr Menschen im Home-Office

ARBEITNEHMER Das alltägliche Chaos auf Luxemburgs Straßen wird wieder zunehmen

Christian Muller

Die Corona-Krise hat ein Fenster in eine alternative Gegenwart geöffnet. Ein gewaltiger Anteil der Beschäftigten arbeitete von zu Hause aus, die Betriebe liefen weiter, die täglichen Staus auf den Straßen wurden kleiner. Neue Zahlen von Eurostat zeigen nun, dass letztes Jahr, europaweit, nur in Finnland noch ein größerer Anteil der Menschen im Home-Office war als in Luxemburg. Doch die Zeiten ändern sich: Werden nicht bald neue Verlängerungen ausgehandelt, dann ist es ab Ende Juni zumindest für viele Grenzgänger wieder vorbei mit der Heimarbeit.

Bereits vor der Krise hatten sich viele Beschäftigte die Möglichkeit gewünscht, zumindest manchmal von zu Hause aus arbeiten zu dürfen. In der Vergangenheit konnte jedoch kaum jemand diese Option nutzen. Noch 2019 arbeiteten in Luxemburg nur 11,6 Prozent der arbeitenden Bevölkerung (normalerweise) im Home-Office. Europaweit lag der Durchschnitt mit 5,4 Prozent noch deutlich niedriger.

Im Jahr 2020 sind diese Zahlen dann sprunghaft in die Höhe geschossen. Europaweit und auch in Luxemburg hat sich der Anteil der Menschen, die für gewöhnlich von zu Hause aus arbeiten, mehr als verdoppelt. In der EU sprang die Quote auf 12,3 Prozent, im Großherzogtum gar auf 23,1 Prozent. Damit hat Luxemburg die Niederlande, die sich letztes Jahr den ersten Platz in diesem Ranking mit Finnland geteilt hatten, überholt. 2020 war nur noch in Finnland der Anteil der Menschen im Home-Office (25,1 Prozent) höher als in Luxemburg. Auf dem dritten Platz liegt mittlerweile Irland, mit einer Quote von 21,5 Prozent. Das zeigen neue Zahlen von Eurostat.

In den zehn Jahren zuvor hatte es beim Anteil der Menschen, die normalerweise von zu Hause aus arbeiten, kaum Bewegung gegeben. In Luxemburg, wie in ganz Europa, war die Quote fast unverändert geblieben. Zugelegt hat in den letzten zehn Jahren nur der Anteil der Menschen, die manchmal von zu Hause aus arbeiten.

Umfragen von Statec hatten ähnliche Ergebnisse erzielt. Denen zufolge war der Prozentsatz der Beschäftigten im „Télétravail“ Anfang Mai 2020 – mitten im ersten Lockdown – auf eine Rekordquote von 69 Prozent hochgeschossen. Auch in der Zeit danach ist die Zahl der Menschen in Telearbeit hoch geblieben. Laut Statec waren im dritten Quartal immer noch fast 37,7 Prozent der Beschäftigten im „Télétravail“. Der insgesamt sehr hohe Home-Office-Anteil verdeckte jedoch, je nach Wirtschaftssektor und geografischer Region, große Unterschiede, hatte Statec damals mitgeteilt.

Doch trotz des Booms hat, auch 2020, mehr als die Hälfte der arbeitenden Bevölkerung weiter täglich physisch zur Arbeit gehen müssen. In Luxemburg waren es, Eurostat zufolge, immerhin 52 Prozent der Menschen, die die Erfahrung des Home-Office nicht machen durften oder konnten. Europaweit waren es satte 79 Prozent der arbeitenden Bevölkerung, die selbst im Corona-Jahr 2020 nie die Gelegenheit zur Telearbeit hatten.

Für 52% der Arbeitnehmer kein Home-Office

Mit dem Ergebnis von 52 Prozent liegt das Großherzogtum europaweit trotzdem an der Spitze. In keinem anderen Land konnte ein größerer Anteil der arbeitenden

Bevölkerung die Home-Office-Erfahrung machen. Auf Luxemburg folgen die Niederlande (59,8 Prozent waren nie in Heimarbeit), Finnland (60,7 Prozent) und Dänemark (64,7 Prozent). In Luxemburgs Nachbarländern Belgien (66,3 Prozent), Deutschland (77,3 Prozent) und Frankreich (70,6 Prozent) war der Anteil der Menschen, die nie im Home-Office waren, noch deutlich höher.

Für die Wirtschaft war das Home-Office, mal abgesehen von Einzelhändlern und Restaurantbesitzern, die vom Verbrauch der Arbeitnehmer leben, eine gute Sache. Die „schnelle Anpassung an die Telearbeit“ habe dazu beigetragen, dass Luxemburg es geschafft hat, „die Pandemie relativ gut zu überstehen“, schreibt der Internationale Währungsfonds (IWF) kürzlich in seinem Bericht über das Großherzogtum. So ist die Wirtschaftsleistung des Landes letztes Jahr nur um 1,3 Prozent zurückgegangen, während die Mitgliedsländer des europäischen Währungsraums im Schnitt einen Einbruch von 6,6 Prozent verbucht haben. Auch Finnland schnitt im europäischen Vergleich mit einem Minus von 2,8 Prozent noch relativ gut ab. Irland hatte letztes Jahr als einziges europäisches Land reelles Wachstum verbucht (ein stattliches Plus von 3,4 Prozent).

Sonderregelungen werden auslaufen

Verstärkt wurde der Anteil der Mitarbeiter im Home-Office hierzulande durch Abkommen mit Belgien, Deutschland und Frankreich, um den Grenzgängern das Home-Office zu versüßen. Telearbeit ist mit Blick auf die Covid-Krise politisch gewollt und wird demnach gefördert. Um Ansteckungen zu vermeiden und Menschenleben zu schützen. Im

Normalfall müssten Grenzgänger, wenn sie mehr als eine gewisse Zahl Tage von zu Hause aus arbeiten (29 Tage mit Frankreich; 24 Tage mit Belgien, 19 Tage mit Deutschland), ihre Steuern am Wohnsitz zahlen. Das wäre weniger attraktiv für die Betroffenen – und Luxemburg würde einen Teil der für die Staatsfinanzen so wichtigen Lohnsteuer verlieren.

Die Abkommen hatten dieses Prinzip ausgesetzt – so konnten die Grenzgänger bis jetzt von zu Hause aus arbeiten und gleichzeitig ihre Lohnsteuern in Luxemburg zahlen. Doch diese Sonderregelungen werden auslaufen. Mit Belgien und mit Frankreich laufen die Vereinbarungen noch bis Ende Juni 2021. Das Abkommen mit Deutschland läuft automatisch von Monat zu Monat weiter, bis es von einer der beiden Seiten gekündigt wird. Hinter den Kulissen laufen Verhandlungen. Was jedoch die Ergebnisse sein werden, steht noch in den Sternen.

Wie sich die Tendenz zum Home-Office in Zukunft entwickeln wird, bleibt demnach eine spannende Frage. Vieles

deutet jedoch darauf hin, dass der Anteil der Menschen in Telearbeit bald wieder abnehmen wird, auch wenn er wohl höher als vor der Krise bleiben wird.

Zwei Tage und neun Stunden weniger im Stau

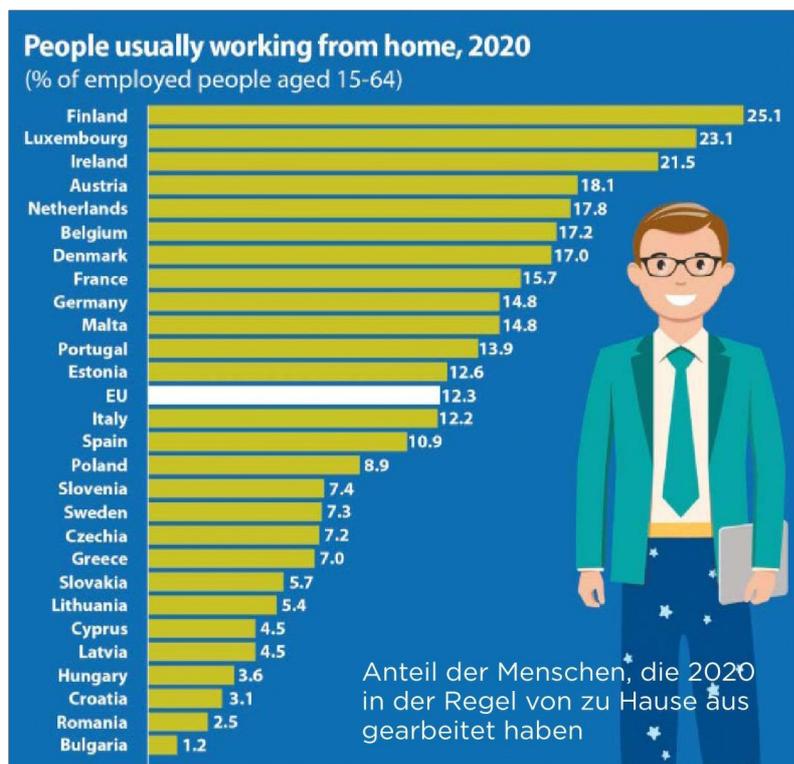
Das Home-Office war eine Wohltat für die Situation auf Luxemburgs Straßen. Dank Krise und Telearbeit haben Autofahrer, die nach Luxemburg-Stadt wollten, letztes Jahr insgesamt zwei Tage und neun Stunden weniger in Staus verbracht als noch im Vorjahr. „Nur“ 105 Stunden (immerhin vier ganze Tage und neun Stunden) haben Autofahrer rund um Luxemburg-Stadt letztes Jahr im Schnitt im Stau gestanden. Das geht aus den Verkehrsdaten des Navi-Herstellers TomTom hervor.

Der Corona-bedingte Rückgang war derweil stärker in Luxemburg-Stadt als in vielen anderen Orten. Während der „Traffic Index“ 2019 nur 52 Städte weltweit zählte, in denen die Fah-

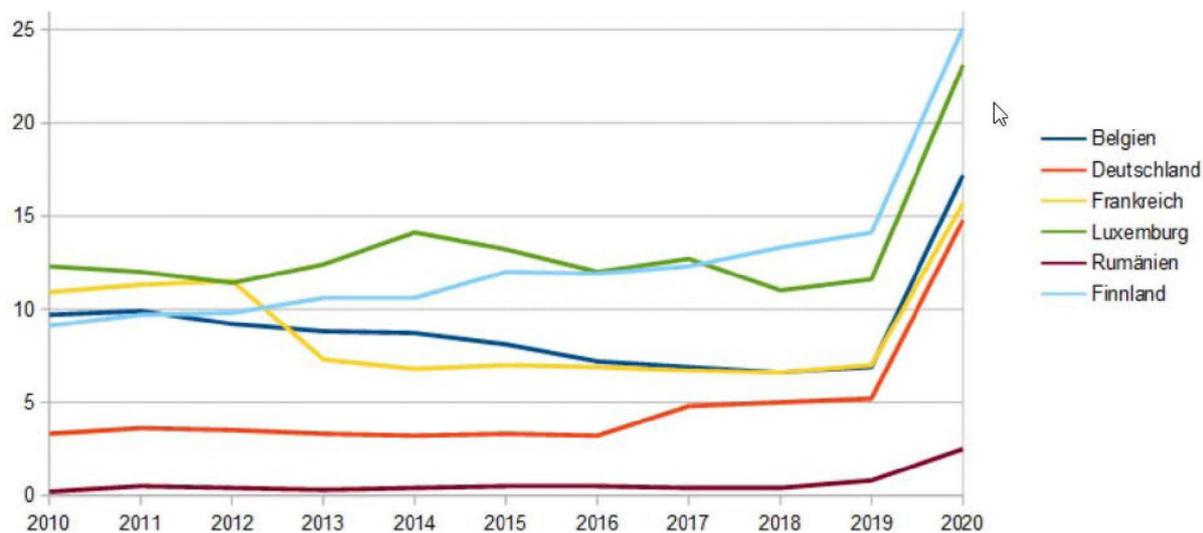
rer noch mehr Zeit in Staus verbrachten, fiel Luxemburg 2020 in dem Ranking auf einen deutlich besseren 106. Platz. Insgesamt nimmt das Ranking 416 Städte aus 57 Ländern unter die Lupe.

Auf die Rückkehrer wartet nun eine negative Überraschung: Machen sich die Menschen jetzt wieder auf den Weg an ihre Arbeitsplätze, dann werden sie feststellen, dass sich die Situation auf den Straßen weiter verschlechtert hat. Denn die Zahl der neu geschaffenen Jobs legte 2020, trotz Krise, weiter stark zu. Seit Ende April 2020 wurden hierzulande 16.535 neue Arbeitsplätze geschaffen – 9.994 Grenzgänger wurden in dieser Zeit eingestellt. Auch die Zahl der angemeldeten Fahrzeuge ist weiter gewachsen, um satte 6.837 – auf insgesamt 433.183 angemeldete Autos im Land zu Beginn des Jahres 2021.

Zur Erinnerung: Im Jahr 2019 mussten die Autofahrer im Schnitt 163 Stunden Stau in Kauf nehmen. Das waren sechs volle Tage und noch einmal 19 Stunden. Künftig werden es wohl noch mehr werden.



2020 wird als Jahr der Telearbeit in die Geschichte eingehen



Quelle: Eurostat

Entwicklung des Anteils der Menschen, die normalerweise von zu Hause aus arbeiten